



## Plenum

### 51. Sitzung

München, Dienstag, 7. Juli 2020, 14:00 bis 20:04 Uhr

Maskenpflicht..... 6259

**Geburtstagswünsche** für die Abgeordneten **Martina Fehlner, Hans Herold** und **Martin Hagen** ..... 6259

**Rüge** und **Entziehung des Wortes** für den Abgeordneten Stefan Löw (AfD).. 6289

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho** auf Vorschlag der SPD-Fraktion

**"Rückschlag für die Gleichberechtigung verhindern: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken!"**

Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	6260	6262
Petra Högl (CSU).....		6262
Eva Lettenbauer (GRÜNE).....		6264
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....		6267
Dr. Anne Cyron (AfD).....		6270
Julika Sandt (FDP).....		6271
Markus Plenk (fraktionslos).....		6273
Thomas Huber (CSU).....		6273
Katharina Schulze (GRÜNE).....		6275
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....		6276
Staatsministerin Carolina Trautner.....		6278

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

**zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 18/8546)**

- Erste Lesung -

Florian von Brunn (SPD).....	6281	6286
Matthias Enghuber (CSU).....		6282
Dr. Martin Runge (GRÜNE).....	6285	6286
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....		6287
Stefan Löw (AfD).....	6288	6288 6288 6289
Alexander Muthmann (FDP).....		6289

Verweisung in den Innenausschuss..... 6290

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (Drs. 18/8547)**

- Erste Lesung -

Staatsministerin Kerstin Schreyer..... 6290 6293  
Sebastian Körber (FDP)..... 6292 6302  
Ursula Sowa (GRÜNE)..... 6293 6295  
Ulrike Scharf (CSU)..... 6295  
Josef Seidl (AfD)..... 6298 6299  
Hans Friedl (FREIE WÄHLER)..... 6299 6301  
Natascha Kohnen (SPD)..... 6301

Verweisung in den Bauausschuss..... 6304

**Antrag** der Staatsregierung  
**auf Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienänderungsstaatsvertrag)**  
(Drs. 18/8862)

- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Florian Herrmann..... 6304  
Maximilian Deisenhofer (GRÜNE)..... 6306  
Dr. Marcel Huber (CSU)..... 6307  
Uli Henkel (AfD)..... 6309 6310 6310  
Alexander Hold (FREIE WÄHLER)..... 6310  
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 6310  
Martina Fehlner (SPD)..... 6311  
Helmut Markwort (FDP)..... 6312

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss..... 6313

**Neubestellung**  
**eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung**

Beschluss..... 6314

**Abstimmung**  
**über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 6314

**Antrag** der Staatsregierung  
**Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2018 (Drs. 18/6798)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 18/7984)

und

**Antrag** des Bayerischen Obersten Rechnungshofs  
**Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2018 für  
den Einzelplan 11 (Drs. 18/6891)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 18/7922)

Josef Zellmeier (CSU).....	6314
Claudia Köhler (GRÜNE).....	6317 6328
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	6319
Ferdinand Mang (AfD).....	6321
Harald Güller (SPD).....	6323
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....	6324 6326
Ernst Weidenbusch (CSU).....	6326 6328
Staatsminister Albert Füracker.....	6328
Beschluss zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung 18/7984.....	6332
Beschluss zu Nr. 2 i der Beschlussempfehlung 18/7984.....	6333
Beschluss zu Nrn. 2 a mit 2 h und 2 j mit 2 p der Beschlussempfeh- lung 18/7984.....	6333
Beschluss zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs 18/6891....	6333

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten

Markus Blume, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a.  
und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Frak-  
tion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Frak-  
tion (FREIE WÄHLER),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion  
(FDP)

**zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München  
(Drs. 18/8343)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 18/8907)

Beschluss..... 6334

Schlussabstimmung..... 6334

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung

**zur Anpassung leistungslaufbahnrechtlicher Regelungen an die Not-  
wendigkeiten in der Corona-Pandemie (Drs. 18/8327)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (Drs. 18/8905)

Max Gibis (CSU).....	6334
Tessa Ganserer (GRÜNE).....	6336
Gerald Pittner (FREIE WÄHLER).....	6337
Markus Bayerbach (AfD).....	6338
Arif Taşdelen (SPD).....	6339

---

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP).....	6340
Staatsminister Albert Füracker.....	6341
Beschluss.....	6341
Schlussabstimmung.....	6341
 <b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung <b>zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 18/5860)</b> - Zweite Lesung -	
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/8412)	
Berthold Rüth (CSU).....	6342
Gabriele Triebel (GRÜNE).....	6343
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....	6344
Markus Bayerbach (AfD).....	6345
Margit Wild (SPD).....	6345
Matthias Fischbach (FDP).....	6346
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo.....	6347
 (Abstimmung siehe Plenarprotokoll 18/52)	
Schluss der Sitzung.....	6349

(Beginn: 14:02 Uhr)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Zunächst darf ich Sie noch einmal darauf hinweisen, dass seit 3. Juli im Maximilianeum die Maskenpflicht gilt. Sie gilt auch für Abgeordnete. Wir haben Sie schriftlich darüber sehr ausführlich informiert. Ich bitte Sie eindringlich, beim Betreten, in den Gängen und auf den Gemeinschaftsflächen die Mund-Nase-Bedeckung aufzusetzen. Nach dem, was ich bisher gesehen habe, haben sich praktisch alle daran gehalten, was schon mal gut ist. Sie können sie natürlich an Ihrem Sitzplatz abnehmen und selbstverständlich auch am Rednerpult und an den Saalmikrofonen. Das sei noch mal klargestellt. Ich darf feststellen, dass die allermeisten sich nicht nur heute, sondern schon in der letzten Sitzung daran gehalten haben. Nebenbei möchte ich anmerken, dass das Verwaltungsgericht München ganz aktuell, heute, einen Eilantrag der AfD-Fraktion gegen meine Anordnung abgelehnt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Bereichen konnten wir bereits Lockerungen wagen. Erst heute hat der Ministerrat, sehr geehrter Herr Staatsminister, einige Neuerungen und Lockerungen beschlossen und verkündet. Aber die Maskenpflicht gilt eben überall und bleibt auch zu Recht unberührt. Das haben gestern auch die Gesundheitsminister aller Bundesländer so entschieden. Die Coronapandemie ist eben nicht vorbei. Wir sehen es in der ganzen Welt und auch an Hotspots, die hierzulande immer wieder aufflackern: Leichtsinns und Ignoranz ebnen ihr den Weg. Die Masken bieten Schutz, und zwar den einfachsten und den wirksamsten: im Einzelhandel, in der Post, in der Bank, in Bus und Bahn und auch hier im Landtag. Ich bestehe darauf, dass wir einander schützen und aufeinander Rücksicht nehmen, in diesem Fall mit Maske. Wer dies nicht einhält, wird mit einem Zwangsgeld belangt.

Nach der Sommerpause sollen wir alle hier wieder an den Sitzungen teilnehmen können. Das hat der Ältestenrat so beschlossen. Wir müssen uns immer wieder an dem jetzigen Wissens- und Erkenntnisstand orientieren, der dem zugrunde liegt. Deshalb treffen wir bauliche Vorkehrungen; und deshalb ist auch die Maske im Vollbetrieb unerlässlich. Sie zu tragen, ist ein Akt der Verantwortung, der gegenseitigen Rücksichtnahme und Fürsorge und letztendlich auch der Solidarität. Das sei eingangs dieser Sitzung gesagt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch eine Reihe von Glückwünschen aussprechen: Die Kollegin Martina Fehlner hatte am 26. Juni einen runden Geburtstag zu feiern. Am 4. Juli konnte der Kollege Hans Herold einen halbrunden Geburtstag feiern. Wir haben auch ein Geburtstagskind von heute unter uns: Martin Hagen hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

**"Rückschlag für die Gleichberechtigung verhindern: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken!"**

Sie kennen alle das Prozedere: 5 Minuten Redezeit; wenn einer 10 Minuten in Anspruch nimmt, muss ein anderer aus der Fraktion verzichten. – Die erste Rednerin ist die Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hundert Jahre, nachdem Frauen das Wahlrecht erkämpft haben; sechzig Jahre, nachdem ins Grundgesetz aufgenommen worden ist: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt"; 26 Jahre, nachdem viele Frauen für die Erweiterung des Grundgesetzes gekämpft haben, in dem nunmehr steht: Der Staat ist verpflichtet, für die Gleichberechtigung zu sorgen – nach dieser Zeit stehe ich heute hier und muss feststellen, dass die erste große Krise meiner Generation, die Corona-Krise, vor allem auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird und dass Gleichstellung viele, viele Jahre zurückgeworfen wird.

Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, spricht von einer Retraditionalisierung. Sie verweist auf die in der Krise erhobenen Daten. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Sie heute nur aufrufen: Kämpfen Sie mit uns Sozialdemokraten dafür, dass Corona kein Rückschlag für die Frauenbewegung wird! Wir wollen in einem modernen Bayern leben, in einem Bayern, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt sind, wie es in Artikel 118 der Bayerischen Verfassung steht. Deshalb wollen wir die Aktuelle Stunde heute nutzen und Sie aufrütteln. Wir brauchen auch hier in Bayern endlich eine Debatte darüber, wie wir künftig verhindern können, dass Frauen durch die Corona-Krise ungleich stärker belastet werden als Männer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Rückschau ist klar: Es musste damals schnell gehen bei der Pandemiebekämpfung. Wir waren nicht vorbereitet. Kitas und Schulen wurden geschlossen, Frauen sind zu Hause geblieben. Aber heute sind wir vorbereitet. Wir wissen mehr über COVID-19. Es gilt, die Krise im Folgenden so zu überstehen, dass die Lasten gerecht auf Männer und Frauen verteilt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir rufen Sie heute auf, diesen Weg mit uns zu gehen – vor allen Dingen Sie, Frau Ministerin Trautner. Leider haben wir Frauen von Ihnen bisher wenig gehört. Das Thema Frauen fristet bei Ihnen ein eher stiefmütterliches Dasein. Wir fordern Sie heute auf, als Frau, als Mutter, als zuständige Ministerin, als oberste Gleichstellungsbeauftragte für uns Frauen und für die Frauenrechte endlich tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frauen sind von der Corona-Krise besonders betroffen und belastet. Frauen arbeiten zu einem hohen Prozentanteil in systemrelevanten Berufen. 75 % des Gesundheitspersonals sind Frauen. Egal, ob in Krankenhäusern oder Pflegeheimen: Frauen stehen in der Corona-Krise, in der Corona-Zeit ihren Mann und sind sogar durch ihre Arbeit besonders gefährdet, sich selbst anzustecken. Auch im Einzelhandel halten Kassiererinnen und Verkäuferinnen die Stellung. 70 % der im Einzelhandel Beschäftigten sind Frauen, ganz zu schweigen von den vielen Frauen, die für die Hygiene sorgen. Das sind fast alles Frauen.

Der Lohn für diese systemrelevante Arbeit ist gering. Viele Frauen, vor allen Dingen Alleinerziehende, leben am Existenzminimum und sind von Armut bedroht, auch hier im reichen Bayern, Frau Ministerin. Die SPD hat hierzu unzählige Initiativen ergriffen. Doris Rauscher, unsere sozialpolitische Sprecherin, ist hier sehr aktiv. Leider mussten wir auf Ihre Unterstützung bisher verzichten. Das muss sich ändern!

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern dringend ein, dass diese Ungerechtigkeiten zulasten von Frauen endlich beseitigt werden. Frauen in der Pflege und im Einzelhandel brauchen dauerhaft bessere Löhne und einen allgemeinverbindlichen Tarif. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, die in Bayern – Frau Ministerin! – bundesweit am größten ist, muss endlich geschlossen werden. Hier ist die Staatsregierung in der Verpflichtung.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist Ministerpräsident Söder heute nicht da. Aber ich sage Ihnen eines: Es reicht nicht, auf den Wahlplakaten neuerdings zwei Frauen abzubilden. Frauenpolitik, Gleichstellungspolitik ist mehr. Sie muss dauerhaft und nachhaltig betrieben werden und darf nicht immer das fünfte Rad am Wagen sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie Gleichstellungspolitik endlich ernst und setzen Sie sich für die Frauen ein!

Ich habe es mehrmals gesagt: Die Corona-Krise trifft Frauen besonders hart. Neben der Arbeit stemmen viele Frauen zu Hause den Haushalt und sind durch die Schließung von Kitas und Schulen extrem belastet. Ganz besonders belastet sind natürlich die Alleinerziehenden, auch kinderreiche Familien, Familien, die in beengten Wohnverhältnissen leben, und Frauen mit Gewalterfahrung.

Ich möchte es noch mal ausdrücklich sagen: Ohne die vielen Mütter, die jeden Tag geschaut haben, was zu tun ist, wäre Lernen zu Hause nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich haben weinende Mütter angerufen, die mehrere Kinder haben, wovon eines vier Monate oder länger nicht in die Kita konnte, ein weiteres erst gar nicht in die Schule gehen konnte und dann nur dienstags und donnerstags im Wechsel mit montags, mittwochs und freitags. Das dritte musste drei Monate zu Hause bleiben, konnte dann eine Woche in die Schule gehen und eine Woche zu Hause lernen. Diese Mütter machen zusätzlich Homeoffice, waschen, putzen und kochen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist kein Wunder, dass viele vor dem Burn-out stehen.

Liebe Kollegen, ich spreche jetzt mal gezielt die Mehrheit in diesem Parlament an: Unbezahlte Familien- und Pflegearbeit ist bei uns in Bayern in der Realität immer noch Frauensache. Das belegen viele Studien. Die Hans-Böckler-Stiftung hat zum Beispiel eine Studie in Haushalten mit zwei Kindern unter 14 gemacht. Die Studie hat ergeben, dass 27 % der Frauen, aber nur 16 % der Männer ihre Arbeitszeit reduziert haben, um die Kinderbetreuung zu Hause zu übernehmen.

Franziska Giffey, unsere Bundesfamilienministerin, sagt, dass Corona wie ein Brennglas ist. Es wird schonungslos offenbart, was im Argen liegt.

Ja, Gleichberechtigung steht im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung. Theoretisch muss der Staat auch dafür sorgen, dass sie umgesetzt wird. Aber in der Praxis sah schon vor Corona für Frauen vieles nicht rosig aus: Immer noch verdienen Frauen im Durchschnitt ein Viertel weniger als Männer. Immer noch, Frau Ministerin, ist Altersarmut im reichen Bayern weiblich. Immer noch passen Familie und Beruf oft nicht unter einen Hut, weil es zu wenige Kitaplätze gibt oder keine Ganztagsangebote an den Schulen. Immer noch ist das Gleichstellungsgesetz in Bayern ein zahnloser Tiger. Frau Ministerin, da spreche ich Sie ganz persönlich an.

Schon zu Normalzeiten war es ein Drahtseilakt, Beruf und Familie zu vereinbaren. Das wissen alle berufstätigen Mütter. Auch hier im Parlament sitzen ja viele, die das unterschreiben können. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Corona-

Krise ist alles noch mal schwieriger geworden: Durch die Kurzarbeit haben die Frauen weniger vom wenigen Verdienst. Viele Minijobs im Gastronomiebereich sind weggefallen und hinterlassen bei den Frauen eine Lohnlücke. Darüber hinaus sind viele Frauen in Kurzarbeit, und auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit trifft Frauen bereits jetzt mehr als Männer. Corona hat also auch gravierende wirtschaftliche Folgen für Frauen.

Ganz besonders dramatisch ist die Situation für Frauen mit Gewalterfahrung. Es ist keine Frage: Gewalt an Frauen hat während des Shutdowns zugenommen. Davon können Ihnen die vielen Beratungsstellen berichten. Es ist gut, dass dank der SPD die Situation in den Frauenhäusern in den letzten Jahren etwas verbessert werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Was können wir besser machen? Was können wir aus der Krise lernen? – Wir brauchen mehr Expertinnen in den Gremien, die mitentscheiden, wie man mit dieser Krise umgeht. Wir müssen darüber reden, wann Schulen schließen, wann Kitas schließen. Und, Frau Präsidentin, wir brauchen vor allen Dingen Parité in den Parlamenten. So wird für uns Frauen ein Schuh daraus. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Högl für die CSU-Fraktion. Sie hat übrigens auch zehn Minuten Redezeit.

**Petra Högl (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Corona-Pandemie stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Es war und es ist bislang eine gesamtgesellschaftliche Leistung, mit der das Infektionsgeschehen zunächst deutlich verlangsamt und schließlich weitgehend unter Kontrolle gebracht werden konnte. Das Virus ist aber noch da, und deshalb sind auch weiterhin Maßnahmen zum Schutz der Menschen erforderlich. Eine Überforderung unseres Gesundheitssystems und schreckliche Bilder, wie wir sie aus Nachbarländern gesehen haben, sind uns Gott sei Dank erspart geblieben.

Die dazu erforderlichen Maßnahmen bedeuteten aber harte Einschnitte im Alltags- und Wirtschaftsleben in Bayern. Gerade für Familien und ihre Kinder war und ist die Corona-Pandemie eine belastende Situation. Aber auch Eltern, die oft Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice unter einen Hut bringen mussten und müssen, kostet die Corona-Pandemie viel Kraft und Nerven. Wenn wir diese Ausnahmesituationen in Familien genauer betrachten, dann sehen wir, dass es gerade die Frauen waren und sind, die das Familienleben in der Krise gemanagt oder den Laden am Laufen gehalten haben.

Jede vierte Frau hat hierzu in der Corona-Krise ihre Arbeitszeit reduziert. Von den Männern hat das nur jeder sechste getan, um sich um die Betreuung der Kinder, aber auch um die Pflege von kranken und betagten Angehörigen innerhalb der Familie zu kümmern. Homeoffice und Homeschooling bedeuteten für viele Frauen viel Home und manchmal wenig Office. Was hier vor allem seitens der Frauen in der Krise geleistet wurde und nach wie vor geleistet wird, ist von unschätzbarem Wert. Dafür sage ich im Namen der CSU-Fraktion herzlichen Dank und ein "Vergelt's Gott"!

(Beifall bei der CSU)

Doch nicht nur in den Familien waren und sind Frauen in Zeiten von Corona eine unverzichtbare Stütze. Auch in vielen systemrelevanten Berufen sind Frauen oft besonders engagiert. Sie waren und sind vermehrt den Gefährdungen durch COVID-19 ausgesetzt. So stellen beispielsweise Frauen mit 85 % der deutschlandweit rund 1,1 Millionen Beschäftigten in der Altenpflege die Mehrheit des Personals. Auch in der Krankenpflege sind acht von zehn Beschäftigten Frauen.

Als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung gewährt der Freistaat für das außergewöhnliche Engagement in Zeiten der Corona-Pandemie einen Corona-Pflege-Bonus in Höhe von bis zu 500 Euro. Diesen Bonus können Pflegenden in Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken, stationären Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten und Einsatzkräfte im Rettungsdienst beanspruchen. Rund 350.000 Pflegekräfte in Bayern haben diesen beantragt. Dies ist ein erster Schritt und ein klares Signal vonseiten des Freistaats, um auch mittelfristig eine bessere Bezahlung für unsere Pflegekräfte zu erreichen.

Unser bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder und unsere Sozialministerin haben in diesem Zusammenhang mehrmals betont, dass es uns als Gesellschaft eine Lehre aus der Corona-Pandemie sein muss, die Pflegekräfte besser zu bezahlen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hier sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert, aber letztlich wir alle, damit sich die Situation in der Pflege weiter verbessert und diese Berufe aufgewertet werden. Wir alle sind gefordert, diesen Berufsgruppen mehr Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen; denn gerade auch bei den Gesundheits- und Pflegeberufen hat sich in der Pandemie gezeigt, dass Frauen das Rückgrat der Gesellschaft sind. Wir müssen zeigen, dass uns das als Gesellschaft sehr viel wert ist.

Auch deshalb hat unsere Sozialministerin die Kampagne "Herzwerker" ins Leben gerufen. Das Sozialministerium will damit einen Bewusstseinswandel für den gesellschaftlichen Wert des Dienstes für den Menschen vorantreiben; denn soziale Berufe, sei es in der Pflege oder auch in der Kinderbetreuung, sind sehr verantwortungsvoll und sehr anspruchsvoll. Tragen wir alle dazu bei, dass die sozialen Berufe die Berufe der Zukunft werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das vorderste Ziel der bayerischen Frauen- und Gleichstellungspolitik ist es nicht, ein bestimmtes Frauenbild vorzugeben. Vielmehr wollen wir Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein möglichst hohes Maß an Wahlfreiheit für ihre individuelle Lebensgestaltung ermöglichen. Daran arbeiten wir, und dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein.

Um dies zu erreichen, ist uns als CSU-Landtagsfraktion die kontinuierliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein großes Anliegen. Hier konnten bereits vor der Corona-Zeit wichtige Verbesserungen gerade für uns Frauen erreicht werden. Bei den Arbeitsbedingungen kann durch eine Vielzahl flexibler Arbeitszeitmodelle den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Frauen Rechnung getragen werden. Der Anspruch auf Brückenteilzeit seit dem 1. Januar 2019 mit dem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit verhindert zudem, dass Teilzeit für Frauen zur Sackgasse wird. Den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und der Ganztagsbetreuung von Schulkindern treiben wir im Freistaat weiter voran. Dafür investiert der Freistaat über 3,7 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2019/2020.

(Zuruf)

Wir wollen ein passgenaues Betreuungsangebot für die individuelle berufliche Situation in den Familien schaffen. Auch hier gilt: Wir wollen eine echte Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung für die Eltern.

Als dritten Punkt möchte ich hier noch die Unterstützung von Frauen in der Phase der Berufsorientierung und Berufsrückkehr anführen. Hier unterstützt etwa der bayerische Arbeitsmarktfonds Projekte zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns daher die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der veränderten Familien- und Arbeitswelt in Zeiten von Corona nutzen, um konkrete politische Handlungsweisen für künftige Entscheidungen abzuleiten. In diesem Sinne begrüße ich die Förderbekanntmachung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Rahmen des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung sehr. Dabei sollen erstens Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Erwerbstätigkeit, Arbeitsverhalten, Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation und zweitens Auswirkungen der Corona-Pandemie auf soziale und gesellschaftliche Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wissenschaftlich untersucht werden. Diese Erkenntnisse sollten wir für künftige Entscheidungen, auch was die Verbesserung der Chancengerechtigkeit für Frauen betrifft, nutzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich nicht vergessen zu betonen, dass die Corona-Pandemie auch eine Chance für uns Frauen sein kann. So hat die Pandemie den Trend zu mehr Homeoffice deutlich verstärkt. Homeoffice ist in manchen Bereichen zur Regel geworden, und Präsenztermine im Unternehmen nehmen ab. Daraus ergibt sich mehr Flexibilität für Angestellte und folglich auch für deren Familien. Dies bedeutet auch, dass Frauen seltener zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen und beides möglich ist.

Der Trend zur Digitalisierung in der Arbeitswelt, der von Arbeitnehmern mehr Selbstorganisation und mehr Disziplin erfordert, kommt gerade Frauen entgegen, wie zahlreiche Veröffentlichungen zeigen.

Es liegt aber an uns Frauen, diese Chance zu nutzen, selbstbewusst für uns einzutreten und unsere berechtigten Anliegen einzufordern, wenn es um die Bezahlung oder um eine Beförderung geht. So banal es sein mag – eine gleiche Bezahlung ist ein wesentlicher Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung auch in Führungspositionen. Wenn es unserem Lebensplan entspricht, müssen wir auch in die Familie selbstbewusst sein und die Väter stärker in die Kinderbetreuung einbinden, damit wir einen Karriereschritt gehen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden als CSU-Landtagsfraktion auch künftig intensiv daran arbeiten, Frauen ein hohes Maß an Wahlfreiheit für ihre individuelle Lebensgestaltung zu ermöglichen. Das ist Ziel bayerischer Frauen- und Gleichstellungspolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Sie haben völlig recht, Herr Hahn. – Frau Lettenbauer, Sie hätten auf dem Weg hierher die Maske aufsetzen müssen. Ich muss mich auch erst daran gewöhnen. Dann also bitte beim nächsten Mal!

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Selbstverständlich. Entschuldigung. Ich glaube, jetzt wissen wir es alle.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie hat Bayern wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich getroffen. Menschen mussten ihre sozialen Kontakte einschränken, viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren, viele haben einen geliebten Menschen verloren. Ja, das Corona-Virus macht keinen Unterschied nach Geschlecht, sozialer Herkunft oder Hautfarbe. Trotzdem sind die Konsequenzen der Pandemie für bestimmte Gruppen deutlicher zu spüren. Dazu zählen besonders Frauen.

Ich will, dass wir die Fortschritte in der Gleichberechtigung über die vielen Jahrzehnte hinweg nicht wieder einbüßen. Wir müssen sicherstellen, dass die Frauenrechte in der Krise geschützt werden. Retraditionalisierung der Geschlechterrollen – das mag für manche unauffällig klingen, aber es bedeutet die Gefahr, dass Frauen in ihren Freiheiten ganz grundsätzlich massiv eingeschränkt werden, dass sie nach Hause gedrängt, dass sie zurückgedrängt werden. Genau das darf nicht passieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen müssen sich hier in Bayern verwirklichen und ihre beruflichen Ziele gestalten können. Jetzt ist die Zeit dafür, Frauenrechte langfristig zu sichern und die Krise zu nutzen. Gerade Frauen sind es, die während des Lockdowns die unbezahlte Sorgearbeit übernommen haben, weil Kitas und Schulen geschlossen waren. Es waren Frauen, die im Zweifelsfall ihren Job an den Nagel gehängt haben oder kürzergetreten sind. Gleichzeitig sind es vor allem Frauen, die an vorderster Stelle in den systemrelevanten Berufen unsere Gesellschaft am Laufen gehalten haben, an der Supermarktkasse, in den Pflegeeinrichtungen, in den Kitas und Krankenhäusern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frauen sind systemrelevant, Frauenrechte sind es ebenfalls.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist für uns Grüne klar: Frauen brauchen mehr als nur Beifall. Frauen brauchen auch mehr als nur Anerkennung. Frauen brauchen Chancengleichheit, Frauen brauchen den Schutz ihrer Rechte. Dabei geht es sowohl um Freiheitsrechte als auch um soziale Rechte. Wir müssen hart gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen, wir müssen dafür sorgen, dass das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" endlich zur Realität wird, und wir müssen dafür sorgen, dass Frauen endlich die Hälfte der Macht in unserer Gesellschaft erhalten.

(Beifall)

Lassen Sie mich die einzelnen Punkte noch verdeutlichen. Schauen wir einmal auf die Sorgearbeit: Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Mai hat gezeigt, dass es vor allem Frauen sind, die während des Lockdowns die Sorgearbeit für die Kinder übernommen haben. Etwa 27 % der Frauen mit einem Kind unter 14 Jahren haben ihre Arbeitszeit reduziert. Bei den Männern waren es nur 16 %. Dazu kommt: Nur 60 % der Paare mit Kindern unter 14 Jahren, die sich die Sorgearbeit vor der Pandemie noch fair aufgeteilt hatten, tun das auch während der Krise. Das ist deutlich zu wenig.

Ich finde, diese Diskrepanz ist absolut deutlich und lässt sich nicht wegdiskutieren. Auch Männer können Stunden reduzieren. Das muss endlich als Normalität und auch von Unternehmen als selbstverständlich anerkannt werden.

Das berufliche Weiterkommen von Frauen während der Corona-Krise hat einen Gegner: veraltete Rollenbilder und alle Parteien, die diese nicht aktiv bekämpfen. Die veralteten Rollenbilder gehören endlich in die Mottenkiste der Fünfzigerjahre, ein für alle Mal.

(Beifall)

Ein Umdenken in den Köpfen reicht aber nicht aus. Bayern braucht funktionierende Strukturen. Dazu zählen umfassende Kinderbetreuung und Schulangebote für alle, die Bildungsgerechtigkeit in allen Familien sicherstellen. Wenn Eltern – und Frauen besonders – ihre Kinder aktuell selbst betreuen, dann müssen wir sie finanziell unterstützen. Wir brauchen ein Corona-Elterngeld für die Eltern, die Kinder betreuen.

Da wir gerade über das Geld reden, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Bei der Bezahlung von Arbeit müssen wir endgültig die Gleichberechtigung wirklich umsetzen. Wie lange noch müssen Frauen dafür kämpfen, gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit zu erhalten? Warum ist uns Pflege in Bayern in den verschiedenen Einrichtungen noch immer keine fairen Löhne wert? Pflege, Betreuung unserer Kinder, die Arbeit mit Menschen ist systemrelevant, und sie muss gut bezahlt werden. Dafür brauchen wir endlich allgemeinverbindliche Tarifverträge und ein Vergabegesetz, das gleiche Arbeit und Gleichberechtigung zur Pflicht in den Betrieben, die für den Staat arbeiten, macht.

Auf Landesebene können wir auch dafür sorgen, unsere Erzieher und Erzieherinnen endlich anständig zu bezahlen. Wir können den Fachkräftemangel in den Einrichtungen beheben. Bei einer zweiten Welle müssen vernünftige Konzepte, wie belastete Familien und Alleinerziehende von Anfang an unterstützt werden können, umgesetzt werden. Wir können die Sorgearbeit nicht mehr wieder hauptsächlich bei den Frauen abladen. Das alles sind wichtige Bausteine bei dem Schutz von Frauenrechten.

Aber das Problem geht noch weiter: Auch die körperliche Unversehrtheit, das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, steht während der Krise aktuell unter Druck, Beispiel: Schwangerschaftsabbruch. Die Grundversorgung in Bayern ist desolat. Bei der Abdeckung mit wohnortnahen Stellen zum Abbruch einer Schwangerschaft liegt Bayern mit 139.000 Personen pro Stelle bundesweit auf dem vorletzten Platz. Bei einer Abdeckung über 100.000 spricht man schon von einer sehr schlechten Versorgungslage. Wenn Sie jetzt noch einberechnen, dass es vor allem in München Ärzte gibt, dann erkennen Sie absolut und unweigerlich die katastrophale Lage im Rest Bayerns. Während der Pandemie hat sich das Bild sogar noch verschlechtert. Viele Ärzte wollen nicht behandeln, weil sie selbst zur Risikogruppe gehören. Das Durchschnittsalter liegt bei 57 Jahren. Wir fordern, die Grundversorgung in der Fläche endlich sicherzustellen.

Auch bei dem Thema "Gewalt an Frauen" besteht Handlungsbedarf. Viele Opfer saßen mit den Tätern jetzt in den eigenen vier Wänden fest. Viele konnten sich nicht bei den Fachberatungsstellen melden. Ich habe auch erfahren, dass besonders das Thema "Sexualisierte Gewalt, Nötigung, Vergewaltigung" bei den Beratungsstellen wieder mehr in das Zentrum rückt. Hier müssen wir klare Haltung zeigen und hart gegen Täter vorgehen. Mein Körper gehört mir – das gilt in allen Bereichen, uneingeschränkt.

(Beifall)

Wir fordern deshalb, einerseits den Bereich der Gewaltprävention stärker zu intensivieren und ihn in den Blick zu nehmen und andererseits Angebote für Frauen zu schaffen, die die Frauenhäuser wieder verlassen. Deswegen müssen die Second-Stage-Modellprojekte nach Abschluss zügig evaluiert werden, und die Finanzierung muss langfristig auf eigene Beine gestellt werden.

All diese Probleme können politisch gelöst werden, sie werden es nur nicht. Das liegt mit Sicherheit auch daran, dass es immer noch zu wenige Frauen in den Parlamenten gibt. Hier im Bayerischen Landtag haben wir den niedrigsten Frauenan-

teil seit 1998. Das Problem lässt sich lösen. Beschließen wir endlich ein Paritätsgesetz mit quotierten Listen und quotierten Stimmkreispaaren. Andere Bundesländer feiern längst das Inkrafttreten eines solchen Gesetzes. Wir brauchen endlich auch in Bayern, die Hälfte der Macht für Frauen.

(Beifall – Zuruf)

– Wir sind hier überhaupt nicht die Hälfte. Ich denke, wir können hier alle zählen. Das würde ich jedem und jeder hier einfach mal empfehlen.

(Zuruf)

Frauen bringen nämlich andere Perspektiven ein. Sie können die Probleme von Frauen besser verstehen. Deshalb brauchen wir ein Parlament, das das Spiegelbild unserer bayerischen Gesellschaft darstellt. So können wir die Rechte von Frauen nachhaltig stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um die Rechte, um die Zukunft der Hälfte der Menschen in Bayern. Wir brauchen eine klare Perspektive statt des Prinzips Hoffnung. Wir brauchen messbare Fortschritte statt erlebbarer Rückschritte.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie brüchig unsere Fortschritte waren und wie schnell sie wieder in Gefahr geraten können. Wo ist Ihr Bestreben, Elite zu sein und Elite sein zu wollen bei der Gleichberechtigung von Frauen? Das frage ich Herrn Söder. – Die Gleichberechtigung muss scheinbar hinter Ihr Profitdenken zurücktreten. Für mich und uns GRÜNE sind aber gleiche Chancen und gleiche Rechte für Frauen immer und besonders in Krisenzeiten klares Topziel: Bayern muss endlich gleichberechtigt werden – weg vom Lippenbekenntnis, hin zum Handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nutze die kurze Pause, die durch die Hygienemaßnahmen entsteht, um darauf hinzuweisen, dass auch beim Umhergehen im Saal gerade deshalb Maskenpflicht besteht, weil man meistens die Abstände nicht einhalten kann. Wir müssen uns alle daran gewöhnen. Deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass auch diejenigen, die zu den Kabinettsmitgliedern gehen, daran denken und es umsetzen sollten. – Dies als Orientierung.

Frau Gottstein macht es vorbildlich, wunderbar. Ich erteile Ihnen nun das Wort.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Puh! – Bei diesem Thema auf die fehlenden Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs in Bayern zu kommen, macht mich fast sprachlos. Das muss ich einfach so sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

– Ich möchte trotzdem, wenn ich das Thema Gleichberechtigung höre, zunächst eine französische Schriftstellerin des vor-vorigen Jahrhunderts, Colette, zitieren.

Eine Frau, die sich für intelligent hält, verlangt die Gleichberechtigung mit dem Mann. Eine Frau, die intelligent ist, tut das nicht.

Oder im Volksmund: Frauen, die so gut sein wollen wie Männer, haben einfach keinen Ehrgeiz.

(Heiterkeit – Zuruf)

– Okay.

(Beifall)

Wenn es so einfach wäre!

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der SPD dafür, dass sie das Thema "Rückschlag für die Gleichberechtigung verhindern: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken!" gewählt hat, da wir wirklich auf einmal merken und Angst haben müssen, dass vieles, was im vergangenen Jahrhundert erreicht worden ist, in Frage gestellt wird. Diese Woche war der 150. Geburtstag von Ellen Ammann. Die Frau Präsidentin hat, weil die Dame eine der ersten Frauen im Landtag war, einen Kranz niedergelegt. Ellen Ammann hat den KDFB, den Frauenbund, gegründet, die Bahnhofsmission gegründet, die Polizeiseelsorge gegründet. Sie war lange Zeit Landtagsmitglied. Wenn man nachdenkt, muss man gerade auch in dieser Krise feststellen, wie weit wir in den letzten hundert Jahren gekommen sind. Die Ängste, dass eine gewisse Fragilität besteht, dass wir einen Rückschritt machen, sind berechtigt.

Auch ohne große wissenschaftliche Studien kann man einige Fakten bereits feststellen: Erstens. Frauen sind von der Krise beruflich überdurchschnittlich betroffen, weil sie in den systemrelevanten Berufen arbeiten, und sie überwiegend in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind. Zweitens. Wir haben eine deutliche Zunahme der häuslichen Gewalt, der sexualisierten Gewalt. Drittens. In Zeiten von Homeoffice und Homeschooling ist es anscheinend wirklich so, wie die Kollegin von der CSU sehr nett gesagt hat: Homeoffice heißt anscheinend mehr Home als Office. Ich meine, vielleicht kommt man wieder auf den Spruch zurück: Trautes Heim bringt Glück allein. Auch hier gibt es die Assoziation Home – Heim. Anscheinend wird hier assoziiert: Wenn ich daheim bin, gilt vieles, was wir an Gleichberechtigung haben, nicht mehr.

Ich gehe davon aus, dass diesen Rückschritt niemand will. Bei einer Fraktion weiß ich das nicht so genau. Wenn ich Ihre Äußerungen bezüglich der Frauenpolitik lese – ich lese Ihre Veröffentlichungen schon –, entsteht der Eindruck, dass Sie die Frauen daheim haben wollen. Wenn wir also diesen Rückschritt nicht wollen, dann müssen wir bei den drei Problemfeldern Verbesserungen erreichen.

Zum beruflichen Bereich: Die bessere Bezahlung – da haben Sie nicht recht, Frau Kollegin Lettenbauer – liegt größtenteils nicht in der Hand des Freistaats. Wir haben Tarifpartner, wir haben Tarifautonomie, und auch wir können die Kindergärtnerinnen und die Krankenschwestern nicht sofort besser bezahlen, auch wenn wir es wollten. Sie wissen das. Sie sind ja auch im Bund, nicht nur hier im Land tätig.

Zur Lohngerechtigkeit: Wir wissen, dass hier noch Handlungsbedarf besteht. Ich meine, dass in dieser Entwicklung das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen ein wichtiger Meilenstein ist. Wir haben enorme Teilzeitmöglichkeiten geschaffen. Wir haben Ausweitungen. Wir haben flexible Arbeitszeitmodelle. Im öffentlichen Dienst gilt ganz klar der Grundsatz, dass durch Teilzeit keine Benachteiligung hinsichtlich Karriere und Beförderungsmodellen entstehen darf. Wir haben die Brückenteilzeit, die einen ganz wichtigen Schritt darstellt. Bei den freien Berufen unterstützen wir speziell Existenzgründerinnen.

Hier passiert also sehr viel, wenngleich ich sage, dass sicher noch nicht alles passiert, was möglich wäre. In Bayern – das muss man auch ganz klar sagen – haben wir den Pflegebonus sehr schnell und unbürokratisch eingeführt. Wir haben, um ein großes Problem zu lösen, sofort eine Notbetreuung für die Kinder von Frauen in systemrelevanten Berufen sichergestellt und haben die Gruppe der systemrelevanten Berufe sehr realistisch ergänzt. Das war dann eben nicht nur die Ärztin

oder die Krankenschwester. Wir haben – auch das war eine große Hilfe für die Frauen – im Gegensatz zu Bundesländern, in denen Sie von der SPD oder den GRÜNEN mitregieren, einen konkreten Stufenplan für die Schulöffnungen gehabt, sodass für die Frauen eine gewisse Verlässlichkeit bestand. Wir haben jetzt auch in den Ferien eine Notbetreuung, ein Ferienprogramm organisiert, das vielen helfen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Hinsichtlich des Problems der Zunahme häuslicher und sexualisierter Gewalt sind wir unterwegs. Der Koalitionspartner CSU und wir haben ein Antragspaket zum Beispiel zum Kinderschutz entwickelt; dieses wird morgen oder am Donnerstag in Form von Dringlichkeitsanträgen eingebracht werden. Wir setzen ganz stark auf Schutz, auf Beratung und auf Prävention. Die Zahlen sind von den Vorrednerinnen teilweise schon genannt worden.

Am meisten besorgniserregend – da bin ich etwas skeptischer als manche von Ihnen – ist für mich der Rückfall in alte Rollenmuster. Dazu muss man sagen: Es gehören zwei dazu, um in alte Rollenmuster zurückzufallen – ein Mann und eine Frau. Die Generation, die jetzt in der Corona-Krise berufstätig ist, besteht aus Söhnen und Töchtern, die meine Generation erzogen hat. Ich stelle daher ganz klar die Frage: Was ist in der Erziehung eventuell noch zu verbessern, damit das, was wir durch die seit hundert Jahren stattfindende Erziehung zur Gleichberechtigung erreicht haben, nicht verloren geht? Dabei geht es nicht um Schulbücher. In den Schulbüchern wird inzwischen die gendergerechte Sprache verwendet. In den Schulbüchern gibt es Fotos von Männlein, Weiblein und Divers usw.

Ich glaube, wir müssen uns immer noch fragen, warum wir uns nicht entsprechend durchsetzen können. Nach wie vor fehlen Vorbilder. Wir haben Mentoren-Programme usw. Jede Partei macht das inzwischen. Trotzdem ist hier anscheinend noch ein Defizit vorhanden. Ich meine, daran müssen wir arbeiten.

Natürlich sind auch Quoten wichtig. Sie wissen aufgrund der langen Jahre, die ich im Parlament bin, dass ich persönlich eine Anhängerin von Quoten bin. Das ist noch nicht mehrheitsfähig. Eine Frau Merkel spricht inzwischen davon; eine Barbara Stamm spricht davon, aber viele junge Frauen wollen die Quote nach wie vor nicht. Da besteht Diskussionsbedarf.

Sie sprechen speziell die Wahlen an. Mir macht Angst, dass bei den letzten Kommunalwahlen, die noch nicht einmal ein Vierteljahr zurückliegen, obwohl fast alle Parteien durchgehend, ob mit Zwang oder ohne Zwang, paritätisch besetzte Listen hatten, doch wieder nur Männer gewählt worden sind. Das macht mir Sorgen. Wir haben Beweise. Inzwischen wird dies auch untersucht. Auch bei dieser Kommunalwahl haben wir beim Anteil der weiblichen Mitglieder in den Kommunalparlamenten lediglich eine Steigerung von 7 auf 10 % gehabt, obwohl wir fast durchweg oder zumindest zum überwiegenden Teil paritätisch besetzte Listen hatten.

Ich meine also, dass wir noch einmal überlegen müssen, was wir tun können. Ich bin die Erste, die immer dabei ist und sagt, dass wir die Gleichberechtigung erreichen müssen. Die Frage ist, wie wir sie erreichen können. Ich meine, wir müssen das miteinander machen.

Im Rahmen des Homeoffice haben zwar nicht die überwiegende Anzahl der Männer, aber immerhin viele Väter ihre Pflichten wahrgenommen und haben gesehen, wie schwierig das ist. Vielleicht ist dies auch ein Ansatz, damit die Bereitschaft, die Frauen zu unterstützen, etwas größer wird; denn auch die Männer haben gesehen, wie schwierig es ist, Kinder zu erziehen und sich auf mehrere Dinge zu konzentrieren: auf den Haushalt, auf den Partner, auf die Kinder und auf die Programme.

Mich freut, dass die Jugend als Vorbild vorangeht. Der Bayerische Jugendring verlangt zum Beispiel in allen seinen Gremien paritätisch besetzte Vorstände. Der Landesschülerrat – ich hoffe, das Kultusministerium wird dem sehr wohlwollend gegenüberstehen – wird demnächst vorschlagen, die Funktion der Schülersprecher und der Landesschülersprecher paritätisch zu besetzen. Ich meine, das sind wichtige Ansätze. Wir müssen aber nach wie vor – ich meine, dies gilt für alle Geschlechter – überlegen, was wir tun können, um miteinander die Gesellschaft frauenfreundlich, familienfreundlich und männerfreundlich zu gestalten.

An dieser Stelle auf jeden Fall Dank an alle Frauen, Dank an alle Mütter, aber auch an alle Väter, die die Mütter unterstützt haben. Danke auf jeden Fall noch einmal an unsere Frauen. Sie sind natürlich systemrelevant.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Dr. Anne Cyron für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Anne Cyron (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es war von der SPD fast zu erwarten, dass die ewig gleichen Themen Frauenquote, Gleichberechtigung, Frauenbevorzugung und Frauendiskriminierung nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" immer wieder in einem neuen Kontext, dieses Mal im Windschatten von Corona, auftauchen. Deshalb hier ein paar Gedanken zur Bevorzugung von Frauen und zur Diskriminierung von Männern.

Ja, wir haben längst internalisiert, dass die Frauen die ewig Benachteiligten, Diskriminierten und Unterdrückten sind. Seit nunmehr zwei Generationen wird die Öffentlichkeit mit diesem Dogma genervt. Aber das Gegenteil entspricht der Wahrheit: Frauen sind in den westlichen Gesellschaften seit Jahrzehnten gleichgestellt. Ein Blick in das Grundgesetz, in die Bayerische Verfassung und in die Realität würde genügen, um das feststellen zu können. In vielen Fällen sind Frauen sogar besser gestellt als die Männer. Man denke daran, dass sie weder Wehr- noch Zivildienst leisten mussten oder müssen, dass Alleinerziehende im Gegensatz zu den Männern massive Vorteile beim Sorgerecht genießen, dass die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten in unserer Gesellschaft immer noch von Männern erledigt werden und nicht von Frauen

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

und dass Männer immer noch die meisten Überstunden machen und die Mehrzahl der Hilfsarbeiter stellen – nicht, weil sie weniger im Kopf hätten, sondern weil es keine Männerquote gibt. Männerdiskriminierung ist schon Teil unserer Kultur geworden. Männer werden seit Jahren diskriminiert und als potenziell gewalttätig angesehen, obwohl die Studien ergeben, dass Männer- und Frauengewalt, vor allem jetzt in der Corona-Krise, etwa gleich verteilt sind.

(Beifall bei der AfD)

Sie werden als rücksichtslos und triebgesteuert dargestellt und als emotional minderentwickelt lächerlich gemacht. Die Abwertung des Mannes ist Ausdruck dieser feministischen Arroganz. Frauen erheben sich in unerträglicher Weise über die Männer, und niemand kritisiert das. Denn wer es wagt, diesen Missstand zu kritisieren, hat mit scharfem Gegenwind in Form der Totschlagargumente "Intoleranz", "politisch reaktionär" usw. zu rechnen.

Feministinnen brauchen für ihren Lebenssinn die unterdrückten Frauen, die unter der fehlenden Gleichberechtigung leiden. Durch die gesetzlich verankerte Frauenquote wurde eine ungeheure Schlechterstellung der Männer vorgenommen. Frauen genießen längst so viele Vorrechte, dass es endlich an der Zeit wäre, sich für die Gleichberechtigung und Besserstellung der Männer einzusetzen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Nun wird die sogenannte Pandemie dazu genutzt, wieder einmal auf die Verschärfung der angeblichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hinzuweisen. Viel wichtiger wäre es gewesen, endlich einmal die ganz großen Verlierer der Corona-Krise in einer Aktuellen Stunde in den Vordergrund zu rücken.

(Zuruf)

Das sind die Kinder, und das sind die Familien. Beide haben unendlich gelitten unter den Kontaktbeschränkungen und Kontaktsperrungen, durch den Entzug schulischer und gesundheitlicher Förderung, durch die häusliche Gewalt vor allem gegen die Schwächsten, die Kinder, infolge der von der Staatsregierung verordneten Zwangsmaßnahmen und durch die steigenden Suizidraten aufgrund der existenziellen Probleme, die man damit geschaffen hat.

Beenden Sie endlich Ihr Denken in Opfergruppen! Immer wieder wird eine ganze Gruppe als Opfer definiert, obwohl sie sich selbst vielleicht gar nicht als Opfer fühlt. Es ist richtig, dass Frauen die Hauptlast tragen, wenn Kitas und Schulen auf Monate hin geschlossen werden. Aus den Daten lässt sich auch ableiten, dass Frauen in diesen Zeiten ihre Arbeitszeit häufiger reduzieren müssen als Männer, um sich um die Kinder zu kümmern und nicht auf das höhere Gehalt der Familienväter verzichten zu müssen. Aber viele Frauen entdecken in Corona-Zeiten auch, dass es sehr schön sein kann, die Zeit mit den Kindern, mit der Familie, anstatt mit der Erwerbsarbeit zu verbringen, und dass das Leben auch mit Familienarbeit sehr erfüllend sein kann, auch wenn Sie das jetzt nicht so gerne hören.

(Beifall bei der AfD)

Frauenrechte weiter stärken? – Nein, wir haben bereits die Gleichberechtigung. Eine Bevorzugung lehnen wir ab. Eine Männerdiskriminierung lehnen wir ebenfalls ab.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt vielleicht minderbemittelte Männer. Es gibt auch minderbemittelte Frauen. Das haben wir gerade eindrucksvoll erlebt.

(Zurufe)

– Das gibt es in allen Bereichen.

(Zuruf)

– Ich weiß nicht, wen Sie jetzt meinen, aber das können Sie sich genauso – –

(Zuruf)

– Wir haben es gehört. – Es geht um Frauen, es geht um Frauen in der Corona-Krise. "Schickt die Kinder halt tagsüber in den Biergarten!" – Das twitterte eine bayerische Mutter am 18. Mai, als die Staatsregierung die Biergärten geöffnet hat. Das war ja gut, dass die Biergärten geöffnet hatten. Aber gleichzeitig wurde angekündigt, dass die Kitas erst am 31. Mai für maximal 50 % der Kinder öffnen sollten. Da wurde deutlich, welchen Stellenwert Familien und vor allen Dingen Frauen in der Corona-Krise hatten. Denn wie sämtliche Studien, die heute zitiert wurden, belegen, haben Frauen de facto den Großteil der Kinderbetreuung, den Großteil der Arbeit in den Familien und den Großteil des Homeschoolings übernommen und gestemmt. In welche Situation hat also die Staatsregierung Eltern, meistens eben Frauen, hineinmanövriert? – Zum einen konnten viele wegen der Kinderbetreuung gar nicht arbeiten. Denjenigen, die nicht im Homeoffice arbeiten konnten, brach das Einkommen weg. Wir haben Anträge zur Lohnfortzahlung und zum Lohnersatz eingebracht, die Sie abgelehnt haben, und da ging es nur um 67 % des Einkommens. Diejenigen, die ihre Kinder im Homeoffice betreut haben, drehten komplett am Rad. Mit einem großen Kind ist es schon schwierig. Aber mit einem kleinen Kind, das ständig Sachen in den Mund nimmt und das man ständig im Auge behalten muss, ist es sicher unmöglich, ohne Fremdbetreuung vernünftig im Job zu performen.

Die Folgen sind nach der Corona-Krise für diese Menschen, meist eben Frauen nicht vorbei. Es sind Jobverluste, es sind fehlende Aufstiegsperspektiven bis hin zu Altersarmut. Die Situation der Frau im Jahr 2020 ist also vergleichbar mit der Situation der Frau in den 1960er-Jahren: Sie ist finanziell abhängig von ihrem Mann, im Schnitt nach der Corona-Krise viel stärker als vorher. Damit geht wahrscheinlich ein Traum vieler CSUler und FREIER WÄHLER in Erfüllung: Die Frau ist zurück am Herd. Manche von Ihnen sehen es anders. Frau Gottstein hat gerade den Rückfall in alte Rollenklischees beklagt. Aber wieso? Sie haben es doch in der Hand! Sie sind in der Staatsregierung.

Wir hatten der Staatsregierung frühzeitig aufgezeigt, wie man die Kinderbetreuung öffnen hätte können. Wir hatten schon im April die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Studie gesehen und gefordert, eine solche in Auftrag zu geben oder sich einer wissenschaftlichen Studie anzuschließen, um zu schauen, wie hoch die Notwendigkeit der Schließung von Kitas ist. All das haben Sie abgelehnt. Es mag sein, dass es üblich ist, dass man in der Regierung Anträge der Opposition ablehnt, um drei Monate später einen gleichen oder ähnlichen Vorstoß zu machen. Aber in diesem Fall haben die Familien gelitten, haben die Kinder gelitten und ganz besonders auch die Frauen, die wirklich existenziell belastet wurden.

Ein weiteres Phänomen ist mit der Corona-Krise verbunden – auch das wurde heute schon öfter erwähnt und ist durch Studien belegt: der Anstieg der häuslichen Gewalt. Auch da hätte ich mir ein sehr viel konsequenteres Vorgehen gewünscht; eine stärkere Unterstützung der Frauenhäuser, die Schaffung von mehr Kapazitäten. Aber nutzen wir doch die Stunde. Packen Sie wenigstens jetzt an. Wir brauchen mehr Kapazitäten in den Frauenhäusern, niedrighwelligen Zugang, barrierefreie Plätze, Plätze für Frauen mit beispielsweise jugendlichen Söhnen. Frauen brauchen in den Frauenhäusern Schutz; aber sie brauchen dort auch anderes: In den Frauenhäusern fehlen zum Beispiel WLAN-Angebote und Ähnliches. Sie brauchen auch Chancen, um raus aus dem Frauenhaus und wieder auf die eigenen Beine zu kommen, raus aus der Abhängigkeit.

Die Corona-Krise – das haben heute fast alle Beiträge bis auf einen, der meiner Meinung nach sehr zynisch war, stark vor Augen geführt; es ist zynisch zu sagen, die Frauen fanden es alle super, die Frauen sollen sich entscheiden können; darum geht es doch. Das ging massiv auf Kosten der Frauen.

Dabei haben Frauen ganz besonders viel geleistet, sowohl in der Pflege als auch in der Kinderbetreuung. Auch die FDP dankt den Frauen dafür. Aber das reicht nicht. Mit einem Dank ist es nicht getan. In Zukunft muss sich Leistung wieder lohnen, und das gerade auch für Frauen. Hier müssen wir an folgenden drei Hebeln ansetzen: der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Wahlfreiheit für Frauen, einer guten Qualität der frühkindlichen Bildung, damit Frauen ihre Kinder mit einem guten Gewissen in die Kita geben können, der Bildungsaufgabe, damit Stereotype aufgebrochen werden. Schlechter bezahlte Frauenberufe und besser bezahlte Männerberufe müssen der Vergangenheit angehören. Zudem sollte es überhaupt keine Unterscheidung zwischen Frauen- und Männerberufen mehr geben. Setzen wir alle Hebel in Bewegung, packen wir an!

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Plenk – fraktionslos – das Wort.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Thema der heutigen Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich sofort gefragt, wie lange Sie eigentlich glauben, dass die Corona-Krise noch anhalten wird beziehungsweise anhalten soll. Offensichtlich gehen Sie davon aus, dass uns die Krise noch sehr lange begleiten wird. Ich räume ein: Damit haben Sie vollkommen recht. Sie wird uns noch sehr lange begleiten. Es handelt sich um eine Krise, die mittlerweile nur noch sehr wenig mit einem Virus zu tun hat, dafür vielmehr mit vollkommen überzogenen politischen Maßnahmen, die sich wirtschaftlich, gesellschaftlich, sozial und gesundheitspolitisch sehr negativ auswirken werden.

Frauenrechte sind Menschenrechte. In einer Zeit, in der unsere Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten unverhältnismäßig stark eingeschränkt sind, und zwar für alle Menschen, sollte die Politik sich darauf fokussieren, wie man insgesamt wieder zu einer demokratischen, freiheitlichen Gesellschaft zurückfinden kann. Frauenrechte und Gleichberechtigung stärken wir vor allem dadurch, dass wir zügig zum Normalzustand zurückkehren. Eine Gleichberechtigung im Unrecht hilft niemandem, insbesondere auch nicht den Frauen in unserem Land.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Thomas Huber von der CSU Fraktion das Wort. – Ich glaube, Ihr Mundschutz fehlt noch. Bitte schön, Herr Abgeordneter Huber.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Kollegin Petra Högl hat bereits auf die großen Herausforderungen für Frauen in der Corona-Krise hingewiesen. Die durch diese Pandemie notwendigen Einschränkungen waren und sind für viele Menschen in der Tat eine große Belastung. Solche Belastungen können in Einzelfällen leider auch in physische und psychische Gewalt umschlagen. Den Schutz von Kindern und Jugendlichen müssen wir deswegen als gesamte Gesellschaft immer im Blick behalten, in schwierigen Zeiten aber noch stärker und ganz besonders. Die bestehenden Strukturen, die Freistaat und Kommunen im Rahmen des Gesamtkonzeptes zum Kinderschutz über Jahre aufgebaut und ausgebaut haben, haben sich in der Krise bewährt. Damit dürfen wir uns aber nicht zufriedengeben. Wir müssen dranbleiben und die Strukturen, wo nötig, weiterentwickeln. Deshalb haben wir diese Woche als Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN ein Antragspaket zum Kinderschutz vorgestellt und eingereicht.

Neben diesem Thema müssen wir auch den Schutz von Frauen und Mädchen im Blick behalten. Auch für in Not geratene Frauen und Mädchen müssen wir Hilfestellungen und Zufluchtsräume anbieten. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie

wissen ganz genau, dass hier in erster Linie die Kommunen gefordert sind. Aber auch der Freistaat Bayern hat sich in den vergangenen Jahren intensiv des Themas angenommen, die Angebote im gesamten Hilfesystem vorangetrieben und die Kommunen beim Ausbau unterstützt – ja, der Ausbau muss noch weiter intensiviert werden. An dieser Stelle möchte ich unserer Staatsministerin Kerstin Schreyer ein herzliches Vergelt's Gott sagen, die den Gewaltschutz schon als Sozialministerin massiv nach vorne gebracht und auf Landesebene zum Thema gemacht hat. Es wird von unserer jetzigen Sozialministerin Carolina Trautner sukzessive ausgebaut. Liebe Frau Strohmayer, ich wüsste nicht, welchen Beitrag die SPD geleistet hat, wie Sie ihn eingangs dargestellt haben.

Die staatlichen Haushaltsmittel für das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder wurden im Doppelhaushalt 2019/20 auf Initiative der CSU um 16 Millionen Euro aufgestockt. Damit wurden und werden unter anderem die bedarfsgerechte Aufstockung der Plätze in den Frauenhäusern in Bayern und die Ausstattung der Notrufe vorangetrieben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es geht aber auch um die inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung für Nachhaltigkeit und Passgenauigkeit des bestehenden Hilfesystems. Als ergänzender Baustein des bestehenden Hilfesystems für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder werden deshalb schon jetzt die von den GRÜNEN lobend erwähnten Second-Stage-Einrichtungen an 17 Standorten vom Freistaat Bayern gefördert. Wichtig ist, dass die Hilfe gerade auch in schwierigen Zeiten wie der Corona-Krise zuverlässig bereitstehen muss. Wir wissen, dass ständige Nähe in der Wohnung, im Homeoffice sowie bei der häuslichen Kinderbetreuung und hinzukommende Existenzängste zu hohen Belastungen in Familien führen und führten und fehlende soziale Kontrolle und der Mangel an Möglichkeiten, sich Gewaltsituationen zu entziehen, die Lage für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder verschärfen können.

In Bayern waren zwar regional schwankend vermehrt Beratungsanfragen zu verzeichnen, aber Gott sei Dank keine dramatischen Steigerungen der Fallzahlen – jedenfalls nicht offiziell. Aber ich persönlich glaube – erlauben Sie mir diese Ergänzung –, dass die Dunkelziffer in diesem Bereich deutlich über den belegbaren Fallzahlen liegen dürfte. Deswegen ist es wichtig, dass das System entsprechend präpariert ist. Daher haben wir dafür gesorgt, dass der Freistaat zur Finanzierung der infolge der Corona-Pandemie entstehenden Mehraufwendungen einen pauschalen Betrag in Höhe von knapp 1 Million Euro zur Verfügung gestellt hat – schnell und unbürokratisch. Damit werden Träger unterstützt, die höhere Personalkosten haben, die die digitalen Kommunikationswege mit betroffenen Frauen ausbauen und verstärkt nutzen möchten oder Hygienemaßnahmen umsetzen. Der Freistaat ist ein sehr verlässlicher Partner. Ich würde mir noch wünschen, dass der Bund endlich seinen Teil dazu beitragen und das Hilfetelefon bedarfsgerecht ausstatten und stärken würde.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin der Meinung, genauso wie die Rechte von Frauen gleichsam zur Basisausstattung unserer Demokratie gehören, muss auch ein verlässlicher Schutz von Frauen und Mädchen gewährleistet werden. Hierzu müssen wir auf allen politischen Ebenen beitragen. In diesem Sinne: Vielen herzlichen Dank allen für die Unterstützung, insbesondere unseren ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in den Frauenhäusern und in den Frauen-Notrufen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Abgeordneter Huber, ich bedanke mich bei Ihnen. – Als nächster Rednerin darf ich der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Katharina Schulze, das Wort erteilen.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Manche Wortbeiträge bei diesem wichtigen Thema sind ja wirklich nur schwer auszuhalten. – Lieber Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist die Corona-Krise nicht geschlechtsneutral. Die Lasten sind ungleich verteilt, und sie werden hauptsächlich von Frauen getragen. Frauen leisten den Großteil der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Das zeigen alle Daten und Statistiken. Der Grund ist einfach: Wir haben immer noch keine gleichberechtigte Gesellschaft, und das merkt man dann eben noch einmal stärker während einer Krise. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass die Bedürfnisse, die Erfordernisse und die Rahmenbedingungen für Frauen in der Krise die Männer in der Staatsregierung herzlich wenig interessiert haben. Markus Söder hat lieber über Geisterspiele in der Fußball-Bundesliga gefachsimpelt, während er die Spielplätze noch geschlossen hielt. Markus Söder redet viel und gerne über die Abwrackprämie, anstatt endlich mal ein funktionierendes Konzept für die Betreuung von Kindern in Pandemie-Zeiten zu entwickeln. Markus Söder zahlt – Applaus, Applaus –, den Pflegekräften lieber eine kostenlose Brotzeit am Tag, anstatt sich insgesamt für eine bessere und angemessene Bezahlung der Care-Berufe einzusetzen.

Es ist deutlich, was man daran mal wieder sieht: Wenn wir als Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Corona-Krise nicht die feministischen Themen immer wieder nach vorne gebracht hätten, wäre in diesem Bereich durch die Spezi-Koalition von Hubert Aiwanger und Markus Söder noch viel weniger vorangebracht worden. Das ist klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es wirklich traurig, dass wir im Jahr 2020 nach wie vor festhalten und feststellen müssen, dass in unserer Gesellschaft immer noch die stillschweigende Erwartung vorherrscht: Mei, in der Krise springt die Frau daheim schon noch mal mehr ein, leistet noch mehr unbezahlte Arbeit, jongliert Homeoffice und Home-schooling und Care-Arbeit und ihren Beruf, reduziert dann die Arbeitszeit und trägt den doppelten oder dreifachen Mental Load.

Kolleginnen und Kollegen, ich – und wir als GRÜNE-Fraktion – sind der Meinung: Das reicht jetzt! Wir möchten, dass Bayern das erste Bundesland mit Gleichberechtigung wird. Um dort hinzukommen, müssen wir die Weichen anders stellen und an die Strukturen ran. Für mich gehört dazu ganz klar: die Hälfte der Macht den Frauen!

Ich bin davon überzeugt, dass die Entscheidungen in den Expertengremien und in der Regierung während der Corona-Pandemie deutlich anders ausgefallen wären, wenn mindestens zu 50 % Frauen mit am Tisch gesessen hätten. Also, her mit dem Parité-Gesetz fürs Parlament und her mit den Quoten in der Wirtschaft; meine Herren, die Zeiten der Freiwilligkeit sind vorbei!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem braucht es gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Frau Gottstein, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten gar nicht verstanden, warum in der Familie die Frau die Arbeitszeit reduziert habe. – Na ja, weil der Geldbeutel entschieden hat. Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit teilweise immer noch weniger als Männer. Dann muss sich eine Familie natürlich überlegen, wie sie damit umgeht. Das heißt, wir müssen endlich den Gender Pay Gap und Gender Pension Gap durch tatsächliche Entgeltgleichheit schließen, und wir müssen die sogenannten Care-Berufe endlich besser bezahlen. Die Beschäftigten im Care-Sektor können die Miete nicht vom Applaus um 19:00 Uhr zahlen.

Ich muss außerdem auch feststellen, dass der Applaus schon ein bisschen heuchlerisch war; denn die Heldinnen sind ja immer noch im Einsatz, man hört von der Regierung in dem Bereich aber nicht mehr viel.

Wir müssen jetzt also die Rahmenbedingungen verändern: bessere Bezahlung, mehr Personal, endlich eine Pflegekammer, mehr Mitsprache und andere und bessere Arbeitsbedingungen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch endlich passgenaue Konzepte für die Kinderbetreuung. Ich finde, dass der Kultusminister, Herr Piazzolo, den Award für den am besten untergetauchten Kultusminister verdient hat. Er hatte überhaupt keine klare Kommunikation; es war ein ständiges Durcheinander. Das Hauptmerkmal seiner politischen Arbeit ist das Prinzip Hoffnung. – Ich finde Hoffnung erstmal ganz gut. Es ist aber verdammt dünn, einfach nur zu hoffen, dass es im Herbst mit der Schule schon irgendwie normal weitergehen wird. Wir brauchen da ein klares Konzept. Wir brauchen kreative Lösungen, damit auch in Zeiten der Pandemie Kinderbetreuung und Bildungsgerechtigkeit durchgesetzt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss gibt es einen Satz, den ich wirklich nicht mehr hören kann. Er lautet: Die Krise wirkt wie ein Brennglas, durch das wir Ungerechtigkeiten noch deutlicher sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird seit Wochen und Monaten ständig gesagt. Ich erwarte, dass die Ungerechtigkeiten nicht nur benannt, sondern tatkräftig beseitigt werden; denn – ich schließe – diese Krise ist nicht geschlechtsneutral. Frauen brauchen und Frauen verdienen mehr!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze. – Ich darf als Nächste Frau Kollegin Schorerer-Dremel von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin Schorerer-Dremel.

**Tanja Schorerer-Dremel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie trifft alle und unterscheidet nicht nach Geschlecht, unterscheidet, auch wenn manche Frauen wahrscheinlich besser durchkommen als manche Männer, nicht nach männlich oder weiblich. Die Krise ist aber auch eine Chance. Sie ist eine Chance dazu, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Familie und am Arbeitsplatz genauer zu betrachten.

Wenn man das tut, stellt man fest: Frauen sind systemrelevant. Das wurde in den letzten Monaten mehr als deutlich. Es wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt, dass wir gerade im Care-, aber auch im Erziehungsbereich und als Familienmanager mit über 70 % unsere Frau stehen. Ich meine, wir sind uns darüber einig, dass Frauen Großartiges geleistet haben und einen riesengroßen Anteil an der Bewältigung dieser Krise hatten. Deswegen an dieser Stelle ein Dank an alle Frauen, egal an welchem Platz sie tätig waren!

(Beifall)

Sie haben den Laden am Laufen gehalten, wo auch immer. Sie verdienen Hochachtung, Wertschätzung und Anerkennung.

Werte Kolleginnen von den GRÜNEN, ich finde nichts falsch daran, wenn sich eine Frau in einer Krise dafür entscheidet, sich an den Herd zu stellen oder zu Hause

zu bleiben. Ich finde auch nichts verwerflich daran, wenn Mann und Frau gemeinsam darüber entscheiden, wer gerade den einen und wer den anderen Part übernimmt.

Werte Frau Lettenbauer – jetzt ist sie gerade nicht mehr anwesend –, liebe Frau Schulze, ich habe selbst Familie, Karriere und Beruf vereinbaren können. Ich zeige Ihnen gerne mal, wie das auch mit Herd geht und wie das auch gemeinsam mit den Männern geht. Männer und Frauen haben im Miteinander eine ganz tolle Leistung vollbracht, aber auch deswegen, weil die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mitgespielt haben.

Ganz viele von uns Abgeordneten beschäftigten Männer und Frauen. Ich bitte jeden darum, sich zu fragen: Wie hat man während der Krise bei Ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet? Wie hat man bei Ihnen mitgeholfen?

Wir haben auch gemerkt, dass manch einer erst in der Krise mitbekommen hat, was für tolle Leistungen in den Pflegeeinrichtungen, in den Kitas, in den Schulen und wo auch immer vollbracht werden. Ich glaube, dass manch einer jetzt erst richtig wertschätzt, was Frauen geleistet haben. Diese Krise war deswegen auch eine Chance, um auf Frauen, deren Arbeit und Systemrelevanz aufmerksam zu machen. Ich glaube, dass auch viele Frauen festgestellt haben, dass ihrem Wunsch nach einer Abkehr von der Vollzeitpräsenz durch die Telearbeit und durch neue Arbeitsmodelle durchaus mehr Gehör verschafft wurde.

Frau Schulze wiederholte gerade den alten Vorwurf, wir hätten kein Konzept. Ich glaube, Sie wissen nicht, was an den unterschiedlichen Schulen draußen vor Ort in allen Ecken unseres Landes geleistet wird. Ich glaube, Sie wissen nicht, dass die wirklich guten Konzepte durch Vielfalt und individuelle Entscheidung vor Ort erstellt worden sind.

Wir Frauen entscheiden auch selbst, wie wir unser Leben leben wollen. Wollen wir Familie und Beruf vereinbaren? Wollen wir unseren Mann zu Hause lassen? Wollen wir jetzt selbst zu Hause bleiben? – Wir Frauen wollen diese freie Wahl, und diese ist bei uns in Bayern auch möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas wird nicht richtig, nur weil man es beständig wiederholt. Wir können keine Retraditionalisierung feststellen. Wir stellen stattdessen mehr Bewusstsein fest und dass man mehr Augenmerk auf entscheidende Punkte legt. Wer definiert diese veralteten Rollenbilder, die immer angesprochen werden? – Jede Frau sollte in einem offenen und modernen Bayern die Chance haben, selbst zu entscheiden, was getan wird.

Unsere Ministerin, Carolina Trautner, hat in den vergangenen Wochen im Kabinett und darüber hinaus ruhig und konsequent eine tolle Arbeit geleistet. Ich möchte an dieser Stelle Ihnen, dem gesamten Kabinett und dem von Ihnen soeben gescholtenen Ministerpräsidenten einmal sagen: Unser Ministerpräsident hat in der Krise bewiesen, dass er alle Aspekte im Auge hat und dass er auch zu unserem Wohl Risiken minimieren möchte. In diesem Sinne, glaube ich, ist es wichtig, die Rolle der Frau in der Gesellschaft weiter im Auge zu behalten; aber so negativ, wie Sie sie heute dargestellt haben, ist sie nicht.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Frau Kollegin, ich bedanke mich. – Ich rufe die zuständige Staatsministerin, Carolina Trautner, auf. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist wichtig und ich freue mich, dass so viele Frauen gesprochen haben, wo wir hier doch so wenige sind. Es ist aber schön, dass die Frauen hier durchaus wirklich etwas zu sagen haben. Die Corona-Pandemie stellt unser Leben in vielerlei Hinsicht auf den Prüfstand. Das gilt auch für das Miteinander von Männern und Frauen und die nach wie vor bestehende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, die ich gar nicht leugnen will. In der Coronakrise zeigt sich dabei aber nicht nur, was es noch zu tun gibt, sondern es zeigt sich auch, was wir eigentlich schon alles erreicht haben. Die Krise erweist sich – das hat die Kollegin gerade gesagt – in meinen Augen auch als Chance für noch mehr Gleichberechtigung. Das sollten wir nutzen und nicht alles schlechtreden.

(Unruhe)

Wir alle wissen, dass die Corona-Krise vor allem Eltern vor eine große Herausforderung stellt. Das gilt insbesondere für Mütter und die Alleinerziehenden. Obwohl in vielen Familien bereits gleichberechtigte Kindererziehung und Partnerschaft gelebt wird, sind es eben oft die Mütter, wie schon erwähnt, die jetzt maßgeblich für die Kinderbetreuung, die Erziehung und auch für das Homeschooling eingesprungen sind. Dazu kommt dann oft noch die Pflege von Angehörigen. Es überrascht mich deshalb nicht, dass während der Krise mehr Mütter ihre Arbeitszeit reduziert haben. Egal, welche Studie wir zitieren, die Zahlen sind vielleicht unterschiedlich, aber es waren mehr Mütter als Väter. Dabei ist allerdings bemerkenswert, dass die Väter um mehr reduziert haben. Auch das zeigen die Studien.

Letztlich haben sich Frauen und Männer die Betreuung, die zusätzlich zur Arbeit dazukam, und die Hausarbeit weitgehend partnerschaftlich aufgeteilt. Auch das wurde deutlich. Das ist doch positiv, das ist doch keine Rückwärtsrolle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das müssen wir doch sehen. Das große Engagement der Männer und Väter hat auch dazu beigetragen, dass traditionell sehr weiblich besetzte Berufe etwa im Gesundheitsbereich in der Corona-Krise so Großartiges leisten konnten und können. Mein Dank geht daher ganz ausdrücklich an beide Geschlechter.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der SPD)

Gerade auch außerhalb der Familie leisten Frauen nach wie vor den größten Teil der Care-Arbeit. In den Kitas sind beispielsweise 92 % der Beschäftigten Frauen. Ja, Frau Sandt, auch die muss man übrigens schützen und nicht nur an die Öffnungen denken, die ganz, ganz schnell vorgenommen werden sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Auch die Pflege und der Einzelhandel sind von Frauen dominiert, das hat die Corona-Krise ganz deutlich gezeigt. Wenn es darauf ankommt, das hat Frau Kollegin Högl auch schon gesagt, dann halten die Frauen den Laden am Laufen. Darauf können wir doch stolz sein. Aus der Tatsache, dass das Einkommen diese große Verantwortung nicht immer widerspiegelt, brauchen wir keinen Hehl zu machen. Deshalb werde ich auch weiterhin mit allem Nachdruck dranbleiben, die Finger in die Wunde legen und an die Tarifpartner appellieren, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Aber, meine Damen da drüben, das müssten Sie doch wissen, Sie sind schon lange genug im Parlament: Die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie zwingt zur staatlichen Neutralität. Wir können nicht mehr Bezahlung beschließen. Wir können nur gemeinsam appellieren.

Klar ist auch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Baustein für die Gleichberechtigung. Da haben wir doch schon unglaublich viel auf den Weg gebracht. Lassen Sie uns doch auch das im Auge behalten. Wir werden auch weiter an dem Thema dranbleiben. Ich glaube, da hat sich in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Was die Arbeitszeiten anbelangt, so gewährleisten die bestehenden gesetzlichen Regelungen wie zum Beispiel das Elternzeitgesetz längst individuelle Gestaltungsmöglichkeiten. Ein zusätzlicher Anspruch auf Homeoffice, wie er auch gefordert wird, wäre in meinen Augen der absolut falsche Weg. Damit würden wir vor allem kleinere und mittlere Betriebe mit neuer Bürokratie belasten. Für all jene aber, die in der Krise ganz vorne stehen, die Pflegekräfte und die Kassiererinnen im Supermarkt, ist Homeoffice sowieso keine Option. Wir brauchen hier keinen pauschalen Anspruch, sondern maßgeschneiderte und pragmatische Angebote.

(Unruhe)

Ich glaube, da können wir auf die Krise zurückblicken und die positiven Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, sehen. Es gilt, vieles davon in die Zukunft mitzunehmen und viel von den Erfahrungen umzusetzen.

(Unruhe)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur Forderung der SPD nach der Einbeziehung der Expertise beider Geschlechter bei der Bewältigung der Krise. Das ist doch längst eine Selbstverständlichkeit für uns. Wir Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder haben erst kürzlich eine entsprechende gemeinsame Entschließung verabschiedet. Die Lektüre ist zu empfehlen, es lohnt sich. Es geht hier um Anerkennung, Wertschätzung und Aufwertung.

(Unruhe)

Bei uns in Bayern ist das bereits gelebte Realität, liebe Frau Kollegin Strohmayr. Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben werden nämlich von vornherein die unterschiedlichen Lebenssituationen und die Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

(Unruhe bei der SPD)

Liebe Frau Kollegin Strohmayr, Sie haben gesagt, Sie haben mich in der Krise nicht gesehen, quasi in der Wertschätzung für Frauen. Vielleicht haben Sie auch etwas nicht gesehen. Schauen Sie mal auf unsere Homepage, auf die Homepage des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. Wir haben nämlich die Vorbilder dieser Krise aufgewertet, indem wir Ihnen ein Forum geschaffen haben. Unter dem Motto "Wir Frauen helfen zusammen" haben wir auf unserer Internetseite das beeindruckende Engagement von Frauen in der Corona-Krise sichtbar gemacht. Das haben ganz viele Frauen gesehen. Wir haben ein unglaublich positives Feedback bekommen. Da haben wir gezeigt, was die Frauen in dieser Krise geleistet haben. Das ist auch ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung, die wir in dieser Krise so auch umsetzen konnten.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Frau Strohmayr, meine Stimme hören Sie laufend. Ich glaube, manchmal hören Sie nur nicht geschickt zu. Die große positive Resonanz zeigt, dass andere zuhören, wenn ich etwas sage.

(Unruhe)

– Schreien hat uns noch nie weitergeholfen, nur das stete Arbeiten an lösungsorientierten Ansätzen und das nicht nachlassende Engagement.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf durchaus sagen: Starke Frauen sind leicht zu erkennen. Sie bauen sich nämlich gegenseitig auf, anstatt sich gegenseitig in die Quere zu kommen. Diese Kraft können wir für ganz andere Dinge verwenden, nämlich dafür, Vorhaben umzusetzen, und zwar solche, die wir gemeinsam zum Ziel haben.

Klar ist auch, die Bewältigung der Corona-Krise war in meinen Augen nur durch das Miteinander von Frauen und Männern erfolgreich.

Was mich ein bisschen erstaunt, Frau Schulze, das ist Ihre Äußerung gegenüber unserem Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident hat mich in jeder Phase dieser Krise bei allen Dingen unterstützt, die ich für die Frauen, für die Familien, für alle Bereiche meines Ressorts durchdrücken und erreichen wollte. Da bestand eine ganz große Einigkeit und eine ganz große Unterstützung vom Ministerpräsidenten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Überhaupt gefällt mir eigentlich nicht, wie hier per se alle männlichen Kollegen verdächtigt werden, sie würden sich nicht für Frauenthemen einsetzen. Wenn es heißt, hier müssten 50 % Frauen sein, damit mehr bewegt wird, dann heißt das für mich im Umkehrschluss: Die Männer, die hier sitzen, die machen nichts. – Da habe ich aber in unseren beiden Fraktionen, bei der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN, einen ganz anderen Eindruck gewonnen. Bei uns heißt es nämlich nicht: Mann gegen Frau oder: Frau gegen Mann. Bei uns heißt das: Mann und Frau. Ich glaube, nur so kommen wir weiter.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser erfolgreiche Weg zeichnet Bayern aus. Diesen Weg werden wir auch konsequent weitergehen. Von einem Rückschlag bei der Gleichberechtigung kann man daher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den anderen kritisch denkenden Fraktionen, nicht sprechen.

(Unruhe)

Trotz der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen kann man in gewissen Bereichen sogar feststellen und erkennen, dass es einen Fortschritt gegeben hat, weil die Männer sich partnerschaftlich beteiligt und mitgeholfen haben, damit die Familien gut durch die Krise kommen. Insgesamt sind wir also auf dem richtigen Weg. Gehen wir den doch gemeinsam weiter. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Frau Staatsministerin, ich bedanke mich für Ihre Worte. Damit ist der Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)  
zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 18/8546)  
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die SPD eine Redezeit von 9 Minuten. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der

Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD 4 Minuten, FDP 4 Minuten und Staatsregierung 9 Minuten. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils zwei Minuten Redezeit.

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die SPD-Fraktion legt heute einen Vorschlag zur Änderung des Bestattungsgesetzes vor. Dabei geht es uns nicht um die Bestattung, sondern es geht um die ganz grundsätzliche Frage, wie wir in Bayern mit der Nazi-Vergangenheit umgehen. Diese Frage stellt sich, weil es auf der Fraueninsel im Chiemsee seit 1953 ein beschämendes Denkmal gibt, nämlich ein Scheingrab für einen der Hauptkriegsverbrecher, für Alfred Jodl. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für Oberbayern und München, hat das mit einem Satz beurteilt: "Das ist eine Schande!"

Alfred Jodl, 1890 in Würzburg geboren, war ein bayerischer Offizier, machte nach dem Ersten Weltkrieg Karriere und war im Zweiten Weltkrieg die Nummer zwei der Wehrmachtführung hinter Wilhelm Keitel. Er wurde im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess in allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden und zum Tod durch den Strang verurteilt. Nach seiner Hinrichtung wurden seine Überreste verbrannt und seine Asche in einen Nebenfluss der Isar gestreut. Weder hat er jemals auf der Fraueninsel gelebt noch wurde er dort begraben, auch wenn Teile seiner Familie in Gstadt lebten. Dort auf der Fraueninsel sind nur seine beiden Ehefrauen und zwei weitere Familienangehörige bestattet. Jodl glaubte bis zum Schluss an das, wie er es ausdrückte, "Genie Hitlers". Er war ganz maßgeblich für die Vorbereitung und Planung des verbrecherischen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion verantwortlich, der circa 27 Millionen Menschen das Leben kostete. Er trug auch die Verantwortung für die jahrelange Belagerung Leningrads, von 1941 bis 1944, mit weit über 1 Million Opfern; die meisten von ihnen mussten verhungern. Von ihm stammten verbrecherische und kriegs- und völkerrechtswidrige Anordnungen wie der sogenannte Kommissarbefehl und der Kommandobefehl. Er wusste natürlich nicht nur über die Durchführung des Holocaust in den besetzten Gebieten, über das Wüten der Einsatzgruppen und das Morden Bescheid, sondern er verteidigte ihn und setzte zum Beispiel Deportationen von Jüdinnen und Juden gegen Widerstände und Protest in der Militärverwaltung durch. Beim Rückzug aus Norwegen ordnete er die sogenannte Operation Nordlicht an, die brutale Deportation der gesamten Bevölkerung Nordnorwegens, die Zerstörung von Tausenden und Abertausenden Wohnhäusern, Bauernhöfen, Häfen und Anlagen, die Vernichtung aller dort befindlichen Lebensgrundlagen bis hin zur Tötung des Viehs.

Sehr geehrte Damen und Herren, "Keine Ehre dem Kriegsverbrecher Jodl!", diese Inschrift hat der Künstler Wolfram Kastner schon vor Jahren an dem Scheingrab befestigt. Ich stimme ihm in diesem Punkt völlig zu.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinde selbst hat es bisher nicht bewerkstelligen können, dieses Scheingrab zu entfernen. Es gab auch eine Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht, mit der das Problem nicht gelöst wurde. Der Landtag, respektive der Innenausschuss, haben im Spätwinter dieses Jahres dieses Problem endlich erkannt und im Februar eine entsprechende Petition gewürdigt. Zwischenzeitlich wurde auf dem Friedhof der Fraueninsel die Inschrift "Generaloberst Alfred Jodl" und das in den Scheingrabstein eingearbeitete Eisener Kreuz durch eine Thuja verdeckt. Anschließend wurde noch eine Platte darüber angebracht. Nach dem Titel eines be-

kannten Aufsatzes von Jürgen Habermas zum Umgang mit der deutschen NS-Vergangenheit könnte man das als eine Art Schadensabwicklung bezeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das reicht aber nicht! Uns reicht das nicht! Wer nach dem Krieg noch ein Hitlerbild hängen hatte und es 1945 nur umgedreht hat, sodass man Hitler auf den ersten Blick nicht mehr sehen konnte, der hat die Geschichte kaum aufgearbeitet, er hat nur kaschiert und verdeckt. Anders ausgedrückt: Ein brauner Misthaufen stinkt weiter, auch wenn man versucht, ihn durch Thujen und Steinplatten zu verdecken und den Blicken zu entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es darum, dieses Schandmal endlich zu beseitigen, zehn Jahre, nachdem der dort in sechster Generation lebende Architekt Georg Wieland zum ersten Mal darauf aufmerksam gemacht hat. Jetzt ist es an uns, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir als Gesetzgeber sind aufgefordert, hier ein klares Bekenntnis abzugeben. Dabei geht es nicht nur um das Jodl-Scheingrab, sondern um eine eindeutige und öffentliche Klarstellung, dass wir in Bayern keine Gedenkstätten und keine Gedenksteine für Nazi-Verbrecher dulden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb legen wir heute eine Änderung des Bestattungsgesetzes vor. Wie wir vor einiger Zeit einen neuen Artikel 9a zum Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit eingeführt haben, wollen wir jetzt einen Artikel 9b zum Verbot von Gedenksteinen für Hauptkriegsverbrecher. Wir achten dabei die Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden als Friedhofsträger und geben ihnen eine eigene Grundlage für solche Verbote an die Hand. Der Rechtsstreit um das Jodl-Scheingrab zeigt, dass diese Klarstellung notwendig, ja überfällig ist. Wir schaffen damit die Grundlage, damit vor Ort solche unsäglichen Zustände endlich aufgearbeitet werden können. Auch das ist dringend notwendig.

Alfred Jodl stand auch noch am 20. Juli 1944 hinter Hitler, dem Nazi-Regime und dem verbrecherischen deutschen Vernichtungskrieg, an einem Tag, der sich schon bald wieder jährt, und an dem Offiziere der Wehrmacht wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Caesar von Hofacker und etliche andere sehr spät Widerstand leisteten und Hitler beseitigen wollten. Jodl dagegen verantwortete und unterstützte die singulären Verbrechen bis zum bitteren Ende, bis zur letzten Minute.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Inschrift auf dem Scheingrab zu verdecken, sei es durch Thujen oder Steinplatten, ist nur eine Scheinlösung. Nein, dieses Schandmal muss entfernt und endlich beseitigt werden. Wir im bayerischen Parlament tragen die Verantwortung dafür, dass es keine bloße Schadensabwicklung wird. Deshalb unser Vorschlag, mit dem die SPD-Fraktion ganz klar und deutlich sagt: Keine Ehre für Kriegsverbrecher, weder für Jodl noch für einen anderen!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte, Herr Kollege Enghuber.

**Matthias Enghuber (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD will das Bestattungsgesetz ändern. Ziel Ihres Gesetzentwurfs ist es, eine Regelung zu schaffen, die es den Friedhofsträgern ermöglicht, das Aufstellen von Gedenksteinen und Denkmälern für verurteilte Hauptkriegsverbrecher zu verbieten

bzw., wie Sie es gerade erläutert haben, die Entfernung bereits bestehender Steine anzuordnen.

Völlig außer Frage steht, dass jede Art des Andenkens an verurteilte Hauptkriegsverbrecher widerwärtig ist, unserem Geschichtsverständnis wie auch der demokratischen Grundüberzeugung zuwiderläuft und deshalb aufs Schärfste zu verurteilen und abzulehnen ist. Das ist zumindest im allergrößten Teil unserer Gesellschaft Konsens. Die verantwortlich handelnden Personen und die mit ihnen verbundenen Taten, die Deutschland, Europa und letzten Endes die ganze Welt in die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts, in Leid und Elend ohne Beispiel und Maßstäbe geführt haben, verdienen, wie Sie auch richtig sagen, keine Form des ehrenden oder sentimentalischen Andenkens.

Da wir Geschichte nicht ungeschehen machen können, ist es unser Auftrag, Geschehenes zu verstehen, Lehren zu ziehen, heutige und künftige Generationen aufzuklären und damit zu verhindern, dass sich Derartiges wiederholt. Die Frage ist allerdings, welchen Mehrwert Sie sich von Ihrem eigenen Gesetzentwurf erwarten. Bereits nach geltender Rechtslage können die Gemeinden im Rahmen ihrer Satzungsautonomie in ihre Friedhofssatzungen Bestimmungen aufnehmen, die Gedenksteine oder Denkmäler für NS-Hauptkriegsverbrecher auf Friedhöfen verbieten. Regelungen mit dem Ziel, dass Denkmäler oder Gedenksteine nicht zu Pilgerstätten für Rechtsextreme werden, wie Sie es in Ihrer Problembeschreibung ausführen, sind von der Satzungsermächtigung des Artikels 24 Absatz 1 Nummer 1 der Gemeindeordnung erfasst.

Sachstand ist: Um die öffentliche Ordnung, die pietätvolle Bestattung und das Andenken an Verstorbene zu gewährleisten, kann und muss jede Gemeinde als Friedhofsträger in ihrer Satzung nötigenfalls auch Verbote und Vorgaben aufnehmen, die Auswüchse, wie Sie sie in Ihrem Gesetzentwurf beschreiben, verhindern. Sie möchten also via Gesetzinitiative Gemeinden etwas ermöglichen, was ohnehin in deren Wirkungsbereich liegt und jederzeit auch nach geltender Rechtslage bereits von den Gemeinden geregelt werden kann. Der unbedarfte Leser Ihres Gesetzentwurfs muss auf den Gedanken kommen, dass praktisch auf jedem Friedhof im Freistaat Bayern mittels Grabstätten, Gedenksteinen oder Denkmälern verurteilter Hauptkriegsverbrecher gedacht würde und die Gemeinden in Bayern dieser Situation bisher absolut machtlos gegenüberstünden. Ein Graus, wenn dem so wäre!

(Zuruf)

In der Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf, Herr Kollege, kommen Sie auf die eigentliche Sachlage zu sprechen. Nach der Auflösung des Hess-Grabs in Wunsiedel geht es nämlich nur noch um genau eine Stelle in ganz Bayern: Auf der Fraueninsel im Chiemsee erinnerte, wie Sie gerade erläutert haben, bis vor Kurzem ein Kenotaph an den Chef des Wehrmachtführungsstabs Alfred Jodl. Zwischen den Grabsteinen seiner beiden Ehefrauen, die dort tatsächlich bestattet sind, befand sich eine Inschrift mit Name, Geburts- und Sterbedatum sowie dem Dienstgrad "Generaloberst". Im Vergleich zum erwähnten Grab in Wunsiedel war die Fraueninsel bis heute – Gott sei Dank – nie Ort neonazistischer Aufmärsche oder Kundgebungen.

Bekannt wurde die Sache durch mehrere Petitionen an den Bayerischen Landtag. Diese wurden aber immer mit dem Verweis auf die gesetzlichen Möglichkeiten der Gemeinde für erledigt erklärt. Die Gemeinde Chiemsee hat die Friedhofssatzung nicht neu gefasst, sondern auf das Auslaufen des Grabnutzungsrechts gesetzt und wollte dieses dann auch nicht mehr verlängern. Damit wäre das Grab inklusive Kenotaph verschwunden. Auch die Grabnutzungsberechtigten zeigten durchaus Gesprächsbereitschaft. Durch ungesetzliche Akte der Selbstjustiz wurden aber die

Fronten vor Ort derart verhärtet, dass eine einvernehmliche Lösung nicht mehr realisierbar war. Die Beispiele und zugehörigen Namen haben Sie gerade selbst genannt.

Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat mit Urteil vom 26.03.2019 einen Anspruch des Grabnutzungsberechtigten auf Verlängerung dieses Nutzungsrechts für weitere 20 Jahre gestellt. In der Urteilsbegründung verweist das Gericht unter anderem darauf, dass die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung auf dem Friedhof auch durch mildere Mittel als den Entzug des Nutzungsrechts möglich wäre. Daraufhin hat eine ihrem Wesen nach nicht neue Petition den Landtag erreicht. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat in seiner Sitzung vom 12.02.2020 die Eingabe einstimmig der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen, weil wir uns im Ausschuss der geltenden Rechtslage bewusst waren, dennoch unsere Missbilligung des Andenkens an Alfred Jodl zum Ausdruck bringen wollten. Es gibt keine rechtliche Grundlage, die Gemeinde ungeachtet des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und gegen den Willen des Grabnutzungsberechtigten zu einer Beseitigung des Steins zu verpflichten. Die Entscheidung, ob das Kenotaph weiter geduldet werden soll, liegt auch weiterhin bei der Gemeinde. Daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde übrigens auch der Gesetzentwurf der SPD nicht das Geringste ändern. Das einstimmige politische Signal des Ausschusses hat aber gefruchtet.

Ich darf Sie ins Hier und Jetzt mitnehmen und einige Sachverhalte erläutern, die Ihnen vielleicht – zumindest Ihrem Gesetzentwurf nach – noch nicht bekannt sind: Der Grabnutzungsberechtigte hat – Sie haben es selbst erzählt – die Stelle, auf der die Inschrift an Alfred Jodl erinnerte, durch eine fachmännisch angebrachte Steinplatte mit der Inschrift "Familie Jodl" verdecken lassen. Die Steintafel ist dauerhaft mit dem Steinkreuz, das die Inschrift trug, verklebt.

Ich will nicht verschweigen, dass auf dem Steinkreuz noch immer das eingravierte Eiserne Kreuz zu sehen ist. Dieses kann aber ebenfalls auf den im Grab tatsächlich beigesetzten Ferdinand Jodl bezogen werden, der im Ersten Weltkrieg gedient hat. Das Eiserne Kreuz ist kein nationalsozialistisches Symbol, sondern geht vielmehr auf die preußischen Befreiungskriege gegen Napoleon zurück. Es wurde erstmals von König Friedrich Wilhelm III. gestiftet und ist seither mit dem Militär in Deutschland, übrigens bis in die Gegenwart, verbunden.

Bei einem Ortstermin am 1. Juli, den ich zusammen mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses Dr. Martin Runge wahrgenommen habe, konnte ich mich von der neuen Gestaltung der Grabstätte überzeugen. Bei diesem Ortstermin waren auch der neu gewählte Bürgermeister der Gemeinde Chiemsee und einer der beiden bekannten Petenten anwesend. Bürgermeister Krämmer berichtete uns, dass die Gemeinde an einer Neufassung der Friedhofssatzung arbeite. Diese solle den Gesamtrahmen des Friedhofs, der unter Ensembleschutz stehe, schützen und auch das Dauerproblem des Jodl-Grabs lösen.

Sie sehen also: Der Grabnutzungsberechtigte hat einen Beitrag zur Lösung des Problems geleistet; auch die Gemeinde ist auf dem Weg, dies zu tun. Als Gesetzgeber müssen wir hier nicht handeln. Der Gegenstand Ihres Gesetzentwurfs ist bayernweit ein absoluter Einzelfall. Sie haben es gerade ausreichend dargelegt: Es geht Ihnen um eine "Lex Jodl", die aufgrund des Fortgangs der Ereignisse auf der Fraueninsel nicht notwendig ist. Zusätzlich zielen Sie darauf ab, das geltende Recht zwar zu konkretisieren, aber nicht zu ändern. Sie laden die Verantwortung wieder bei den Gemeinden, oder im konkreten Fall bei der Gemeinde ab. Deshalb wäre Ihr Gesetzentwurf sogar für den Fall, dass sich vor Ort nichts geändert hätte, absolut nutzlos.

Abschließend möchte ich sagen, dass mich eine ganz andere Sorge umtreibt: Sie haben der Sache in Unkenntnis der aktuellen Sachlage, des Handelns des Grabnutzungsberechtigten und der Bemühungen des neu gewählten Bürgermeisters und ganzen Gemeinderats völlig unnötig zu überregionaler Aufmerksamkeit verholten. Es besteht die große Gefahr, dass durch das Handeln der SPD eben jene Gruppen mobilisiert werden, die Gott sei Dank der Insel bisher ferngeblieben sind. Ich wünsche der Fraueninsel, ihren Bewohnern und den Verantwortlichen der Gemeinde Chiemsee weiterhin die Kraft und auch die Ruhe, die sie brauchen, um den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Die öffentlichkeitswirksame Schaumschlägerei der SPD ist hier wenig hilfreich, im Gegenteil. Deshalb ist Ihr Gesetzentwurf überflüssig, und es wäre besser gewesen, Sie hätten ihn gleich zurückgezogen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Enghuber. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Dr. Martin Runge von der Fraktion DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Runge.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, seit Kurzem herrscht bekanntlich bei uns im Landtag einvernehmlich die Auffassung, dass das Jodl-Kenotaph auf der Fraueninsel weggehört und dass es keine Erinnerungsgegenständlichkeit an und für den Kriegsverbrecher Alfred Jodl geben darf. Wenn ich "seit Kurzem" sage, beziehe ich mich auf die Behandlung der letzten einschlägigen Petitionen. Es gab jede Menge Petitionen. In früheren Zeiten hieß es immer: erledigt gemäß § 80 Nummer 4 Geschäftsordnung, also erledigt aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung. In der Stellungnahme der Staatsregierung stand fast immer so etwas wie: Es ist schlimm, dass es dieses Grabdenkmal gibt, aber wir können nichts machen. In einem Fall – ich meine es war der Wissenschaftsausschuss – wurde sogar gesagt: Wir sind nicht zuständig, also befassen wir uns gar nicht mit der Petition.

Im Februar haben wir dann einstimmig die Überweisung der Petition an die Staatsregierung zur Würdigung beschlossen. Sie alle wissen, was "Würdigung" heißt, nämlich: Der Ausschuss sieht das Anliegen der Petenten ohne jede Frage als berechtigt an. Es sind aber noch Fragen zur Verwirklichung offen. Diese sind noch nicht abschließend geklärt. Deswegen wird die Staatsregierung aufgefordert, die sachlichen und rechtlichen Aspekte der Petition noch einmal daraufhin zu überprüfen, ob dem Anliegen nicht doch Rechnung getragen werden kann. Das heißt Würdigung nach § 80 Nummer 3 unserer Geschäftsordnung.

Des Weiteren haben wir im Ausschuss vereinbart, dass dieser Beschluss und auch das Sitzungsprotokoll an die Gemeinde geschickt werden, um dieser den Wunsch und Willen des Landtags zu signalisieren, dass das Jodl-Kenotaph entfernt werden soll. Man muss es noch einmal sagen: Die Diskussion und die Beschlussfassung am 12. Februar 2020 im Innenausschuss haben hier ein ganz klares Bild abgegeben. Es wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass es für den Kriegsverbrecher Alfred Jodl künftig keine Erinnerungsgegenständlichkeit mehr geben darf.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Berichterstatter von der CSU Herrn Enghuber bedanken, weil das – wenn Sie die alten Sitzungsprotokolle anschauen, sehen Sie das – schon eine Wendung um 180 Grad war und eine ganz klare Sprache gesprochen hat. Herr von Brunn, ich darf auch noch an die Vertreterin der Staatsregierung erinnern, die erst anders argumentiert und dann gesagt hat, das Innenministerium helfe gerne mit, wenn die Gemeinde die gemeindliche Friedhofssatzung dahin gehend ändern wolle,

(Unruhe)

dass wir in der Sache weiterkommen. – Es wäre schön, wenn Sie zuhörten und nicht immer reinplapperten. – Vor diesem Hintergrund, Herr von Brunn, vermag ich nicht zu erkennen, wie uns der aktuell vorgelegte Gesetzentwurf der SPD weiterführen soll. Sie können uns gerne im Ausschuss überzeugen. Wir freuen uns, wenn Sie uns überzeugen. Sie sind herzlich gerne eingeladen.

Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf beantragt, dass der Friedhofsträger durch eine Satzung bestimmen kann, dass es keine dieser Erinnerungsgegenständlichkeiten mehr geben darf. Das ist ganz interessant, weil Sie die beiden engagiertesten Petenten, Wieland und Kastner, angesprochen haben. Sie sehen, wenn Sie die Unterlagen durchlesen, welche Auffassung diese beiden bisher vorgetragen haben, dass die schon immer gesagt haben: Die Gemeinde hätte das längst verbieten können, basierend auf der bisherigen Satzung, weil das Grabmal zu groß dimensioniert ist und weil es sich um Erregung öffentlichen Ärgernisses handelt. Wenn man dieser Argumentation folgen würde, dann würde auch Ihr Gesetzentwurf wieder ins Leere führen.

Ich habe mich ohnehin gefragt, warum wir hier über den Umweg der Satzung gehen müssen. Wir könnten doch gleich das Bestattungsgesetz dahin gehend ändern, dass es diese Erinnerungsgegenständlichkeiten – egal, ob es tatsächliche Grabmäler wären oder Kenotaphen – nicht geben darf. Nach dem aktuellen Sachstand könnte aber selbst das ins Leere laufen, weil jetzt diese Steinplatte aufgebracht ist. Vier Mitglieder der Familie Jodl liegen in diesem Grab. Deswegen ist es auch noch ein Jodl-Grab.

Auch uns, Herr von Brunn, wäre eine Änderung des stehenden Grabmals recht. Es gibt ja noch die Grabplatte, auf der Ferdinand Jodl und dessen Ehefrau stehen, und dann gibt es den stehenden Grabstein mit den beiden Ehegattinnen Alfred Jodls links und rechts und dem Kreuz oben. Natürlich wäre uns eine Änderung des stehenden Grabmals die beste und liebste Lösung. Eine solche Lösung ist aus unserer Sicht aber eher über den Weg des Einvernehmens mit den Beteiligten, das heißt auch mit der Gemeinde und mit dem Großneffen der Familie, machbar als mit der Brechstange, zumal wenn Sie mit einer solchen auch noch am falschen Tor ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Dr. Runge. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. – Bitte schön, Herr von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Runge, es überrascht mich jetzt wirklich, dass Sie, dass die GRÜNEN diesen Weg tatsächlich nicht mitgehen wollen. Ich weiß auch nicht, woher Sie Ihre Zuversicht nehmen, nachdem dieses Grab seit 1953 besteht, weshalb Sie vor den ganzen Hintergründen jetzt meinen, mit dem Grabnutzungsberechtigten zu irgendeiner gütlichen Einigung kommen zu können. Mich würde schon interessieren – das müssten Sie als Ausschussvorsitzender auch beantworten können –, auf welchem Weg Sie denn meinen, hier rechtlich in die Selbstverwaltung eingreifen zu können. Vielleicht könnten Sie uns das juristisch noch darlegen.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr von Brunn, ich werde juristisch jetzt gar nichts darlegen. Ich habe auch nicht gesagt, dass wir den Weg nicht mitgehen wollen. Ich habe nur gesagt, Sie müssen uns noch überzeugen. Aber wenn die engagiertesten Petenten – das meine ich sehr positiv – schon immer gesagt haben, die Gemeinde hätte längst über die Satzung die Möglichkeit gehabt – ich habe die Gründe genannt –, hier etwas zu unternehmen, warum wollen Sie denn dann wieder den Weg über die Satzung gehen, also wieder nur mittelbar? Warum machen wir es dann

nicht direkt und sagen, wir ändern das Bayerische Bestattungsgesetz dahin gehend, dass es solche Erinnerungsgegenständlichkeiten nicht geben darf? – Wobei ich nicht weiß, warum Sie eine solch abfällige Handbewegung machen. Das ist von Hause aus kein guter Stil, den Sie hier im Bayerischen Landtag üben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich sage einfach: Mit Schaum vor dem Mund und mit der Brechstange werden Sie garantiert nicht weiterkommen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Dr. Runge. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Joachim Hanisch von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Hanisch.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Brunn, mit diesem Gesetzentwurf degradieren Sie das Bestattungsgesetz zu einer Lex Jodl. Das, glaube ich, wird dem Bestattungsrecht, das wir seit Jahrzehnten haben, nicht gerecht.

Wir haben uns im Innenausschuss seit Jahren immer wieder mit entsprechenden Anträgen auseinandergesetzt und sind immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, dass keiner von uns Gedenksteine für Kriegsverbrecher will, dass keiner von uns Sammelpunkte der Rechten, wie Sie in Ihrem Gesetzentwurf schreiben, behalten oder unterstützen will. Das war nicht Ausgangspunkt der Diskussion im Innenausschuss. Im Innenausschuss haben wir uns ganz immer klar dagegen ausgesprochen und gesagt: An sich wollen wir es nicht, aber es liegt an der Kommune, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir haben uns in der Sitzung – es ist bereits angeführt worden – des Innenausschusses darauf geeinigt zu versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Dann gehen der Berichterstatter und der Vorsitzende des Ausschusses noch hinaus zu dieser Kommune und versuchen hier, Lösungen zu erzielen. In meinen Augen haben wir auch Lösungen erzielt. Dann kommen Sie mit diesem Gesetzentwurf, der nichts anderes bewirkt, als dass jetzt noch mehr Menschen den Lebenslauf des Herrn Alfred Jodl kennen

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und dass noch mehr Menschen wissen, wo für diesen ein, wie Sie sagen, Gedenkstein steht, um möglichst dorthin zu fahren. Ich frage mich, ob das Ganze nicht vielleicht kontraproduktiv für das war, was Sie eigentlich wollen. – Ob Sie damit Erfolg haben, wage ich wirklich zu bezweifeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Lassen Sie mich zur rechtlichen Situation zurückkommen. Meine Damen und Herren, die Gesetzeslage ist klar. Die Kommunen können in ihren Satzungen das Ganze regeln. Jetzt haben wir eine Aussage des Bürgermeisters, der sagt: Wir wollen unsere Satzung überarbeiten und versuchen, dieses Problem zu lösen. Nun kommt Bewegung in die Angelegenheit. Wir wissen damit noch nicht, wie der Inhalt dieser Satzung sein wird, aber wir haben ganz klare Aussagen, was hier beabsichtigt ist. Angesichts dessen würde auch die Änderung des Bestattungsgesetzes die Angelegenheit nicht so voranbringen, wie Sie es beantragt haben, sondern das Ganze läge nach wie vor in der Entscheidung der Kommune. Insofern ist der Weg, der jetzt gegangen wird, der richtige, und ich halte es für äußerst sinnvoll, dass die Gemeinde bereit ist, diese Satzung zu überarbeiten.

Jetzt nehmen wir mal diese Inschrift, die Sie gestört hat. Die gibt es in der Form nicht mehr, sie ist mit einer Steinplatte verdeckt, und die ist fest angebracht. Darauf steht jetzt "Familie Jodl". – Also bitte, wenn wir das auch noch verbieten wollen, dann müssen wir den Namen an sich verbieten. Das geht sicherlich zu weit. "Familie Jodl" – damit ist die Angelegenheit erledigt. Ich sehe hier wirklich nichts Anrüchiges. Ich sehe die Situation dann als gelöst, wenn die Kommune jetzt ihre Satzung in diesem Sinne ändert. Dann werden wir für die Zukunft hier eine saubere Regelung haben.

Wir FREIE WÄHLER wollen nicht – da gebe ich Ihnen recht – einen Sammelpunkt der Rechten schaffen, einen Gedenkstein für Kriegsverbrecher erhalten. Das war dieses Grab aber auch mit Sicherheit nicht. Mit der Situation, wie wir sie jetzt nach der Petition im Innenausschuss vorfinden, können wir FREIEN WÄHLER leben. Wir sind überzeugt davon, dass hier in der Satzung der zuständigen Kommune eine saubere Regelung für die Zukunft gefunden wird und diese Problematik damit auch geklärt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, herzlichen Dank. Die Staatskanzlei spendiert Ihnen für Ihre Stimme ein Bonbon. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Stefan Löw. – Ich glaube, ein Bonbon hieß es, nicht gleich die ganze Schachtel.

(Beifall bei der AfD – Abgeordneter Stefan Löw (AfD) trägt auf dem Weg zum Rednerpult eine Gasmasken – Unruhe)

Herr Abgeordneter Löw, ich erteile Ihnen das Wort und bitte Sie, diese Maske abzusetzen.

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) tritt mit aufgesetzter Gasmasken ans Rednerpult)

Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, die Maske abzusetzen, bevor Sie hier das Wort ergreifen.

(Stefan Löw (AfD): Wir haben doch die Maskenpflicht!)

– Ich gebe Ihnen jetzt noch genau drei Sekunden Zeit; ansonsten muss ich Ihnen eine Rüge erteilen, weil Sie die Ordnung hier im Hause nicht achten und versuchen, den Landtag lächerlich zu machen.

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) trägt weiterhin eine Gasmasken)

**Stefan Löw (AfD):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter Löw, ich erteile Ihnen hiermit eine Rüge für ungebührliches Verhalten.

(Beifall)

**Stefan Löw (AfD):** Der SPD geht es nicht darum, dass man hier einen Wallfahrtsort für Neonazis auflöst.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter Löw, ich drohe Ihnen hiermit an, Ihnen das Wort zu entziehen, wenn Sie die Maske nicht absetzen.

**Stefan Löw (AfD):** Wir haben doch die Maskenpflicht. Das ist eine Kann-Bestimmung.

(Zurufe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich lasse mich hier auf gar keine Diskussion mit Ihnen ein. Es ist hier per Allgemeinverfügung durch die Landtagspräsidentin das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes angeordnet, aber nicht das Tragen einer Faschingsmaske oder was immer das sein mag. Auf jeden Fall wissen Sie selber, dass Sie von niemandem mehr verstanden werden und dass Sie versuchen, das Hohe Haus lächerlich zu machen. Sie setzen jetzt die Maske ab, oder ich entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall – Unruhe – Zuruf: Ihr seid so peinlich! – Weiterer Zuruf: Bei dem Thema so eine Maske aufzusetzen!)

**Stefan Löw (AfD):** – Wir haben ja im Ausschuss schon zugestimmt.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, ich drohe Ihnen noch mal an, Ihnen das Wort zu entziehen, wenn Sie jetzt nicht die Maske absetzen.

**Stefan Löw (AfD):** Ich halte mich an die Maskenpflicht.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich entziehe Ihnen hiermit das Wort, Herr Abgeordneter Löw.

(Beifall – Der Abgeordnete Stefan Löw (AfD) verlässt das Rednerpult)

Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Alexander Muthmann. – Ich darf Sie kurz unterbrechen. – Herr Abgeordneter Löw, das gilt natürlich auch, wenn Sie hier im Plenum sitzen und nur zuschauen. Sie haben sich hier nicht zu verkleiden. Sie dürfen einen Mund-Nasen-Schutz auf Ihrem Platz tragen. Da ist es nicht erforderlich. Aber jedenfalls sitzen Sie mir hier nicht mit einer Gasmaske oder was immer das sein soll, ja?

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) setzt seine Maske ab)

– Okay, gut. – Herr Abgeordneter Muthmann, Sie haben das Wort.

**Alexander Muthmann (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre schon hilfreich und schön gewesen, wenn auch der Kollege von Brunn die anlässlich der letzten Petition geführten Beratungen im Innenausschuss zu diesem Thema erlebt hätte; denn dabei ist unser Ringen um Lösungen sehr deutlich geworden. Dass es insbesondere keine Denkmäler, keine Grabsteine, kein ehrendes Andenken für solche Kriegsverbrecher wie Alfred Jodl geben könne, war von vornherein völlig unstrittig; denn für einen Mitverantwortlichen des so unvergleichbaren, des so menschenverachtenden NS-Regimes kann es natürlich keinerlei öffentliches würdigendes Andenken geben. Bei unserem Ringen im Innenausschuss ging es auch immer darum, wie die Situation zu bewerten und in unserem Sinne zu verbessern ist. Da sind wir, denke ich, auf einem guten Weg.

Der Kollege Enghuber hat hier und heute die Situation Stand Anfang Juli 2020 deutlich dargestellt. Ich teile auch seine Einschätzung in der Frage der Erforderlichkeit dieses Einzelfallgesetzes. Ich habe immer wieder gesagt: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, keines zu machen. Das gilt ganz generell. Das, was wir hier vorliegen haben, ist auch im Sinne der Zielsetzung von uns allen nicht hilfreich und kann uns nicht weiterbringen. Das Familiengrab Jodl werden wir auch auf diesem Wege, selbst wenn wir dieses Gesetz beschließen wollten, nicht beseitigen können. Es ist ein insgesamt richtiges Ergebnis, dass die beiden Ehefrauen und auch andere aus der Familie Jodl eine Grabstätte haben dürfen.

Es darf aber nicht passieren, dass dadurch Störungen der Würde des Friedhofs insgesamt entstehen und dass das Gedenken der bestatteten Verstorbenen in irgendeiner Art und Weise gefährdet wird. Vor allem darf auch nicht passieren, dass diese Grabstätte eine Pilgerstätte der Rechten wird. Die jetzigen Entwicklungen, vor allem die Veränderungen an der Grabstelle haben schon vieles in dieser Richtung zum Besseren bewegt. Dass zum jetzigen Zeitpunkt die Inschrift "Alfred Jodl", seine Geburts- und seine Sterbedaten und sein Generaloberstitel nicht mehr gesehen werden können, ist im Ergebnis das, was an dieser Stelle erreichbar ist. Mehr ist auch mit diesem Gesetz nicht zu bewirken.

Die Gemeinde hat erklärt – ich will das jetzt nicht wiederholen –, dass sie auch weiterhin auf eine völlige Entfernung hinwirken will, jedenfalls die satzungsrechtlichen Voraussetzungen dafür erarbeitet. Das alles sind Schritte zu dem Ergebnis, wie wir es insgesamt haben wollen. Sie können bei unserer Verantwortung und mit Blick auf die Würdigung der Geschichte erwartet werden. Aber ob dieses Gesetz dazu einen weiteren brauchbaren Beitrag leistet, bezweifeln auch wir seitens der FDP-Fraktion. Wir freuen uns auf eine vertiefte Debatte im Ausschuss.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur  
Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (Drs. 18/8547)  
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden.

Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile nun der Frau Staatsministerin Kerstin Schreyer das Wort.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Sitzungen immer wieder über Anträge bezüglich der Bayerischen Bauordnung diskutiert. Die Novelle bringe ich heute ein. Es geht im Ziel darum, schneller, einfacher, nachhaltiger, flächensparender, kostengünstiger und digitaler zu bauen. Es ist gut, dass der Entwurf heute im Parlament ist und dass wir ihn miteinander diskutieren können. Ich möchte Ihnen an der Stelle ein paar Eckpunkte vorstellen.

Zum einen geht es natürlich darum, dass wir ein stimmiges Gesamtpaket haben. Unser Entwurf denkt vom Bürger her. Da der Bürger oft als privater Bauherr tätig ist, wollen wir natürlich, dass es auch für ihn entsprechend passt.

Die Bayerische Bauordnung war immer Vorreiter, egal, welche Fassung man sich anschaut: 1994, 1998, 2008 und 2013. Es wurden die Grundlagen für ein modernes Baurecht gelegt. Man kann damit sehr gut arbeiten. Dennoch müssen wir uns den Herausforderungen stellen, die natürlich immer wieder neu auf uns zukommen.

Gerade im Bereich Bau tut sich viel. Mir ist aber wichtig, dass wir die Aspekte der Nachhaltigkeit sehen. Es geht auch um Baukultur, es geht um soziale Aspekte, und es geht um die Digitalisierung. All diese Aspekte wollen wir berücksichtigen. Deswegen bringen wir die Novelle der Bayerischen Bauordnung ein. Ich hoffe darauf, dass wir mit einer breiten Mehrheit entsprechend weiterkommen können.

Der Bereich Wohnraum beschäftigt uns alle sehr, nicht nur im Zuge, aber auch im Zuge von Corona. Wir stellen jetzt alle fest, gerade weil wir viel mehr als früher zu Hause oder im Homeoffice sind, wie wichtig es ist, ein schönes Zuhause zu haben, ein Zuhause, in dem man sich wohlfühlt. Wenn wir sehen, dass in München nur jede dritte Wohnung einen Garten oder einen Balkon hat, ist uns allen klar, dass Wohnraum auch von diesem Aspekt her neu gedacht werden muss. Wichtig wird auch sein, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass Wohnraum bezahlbar ist, und zwar in ganz Bayern – in ganz Bayern deswegen, weil ich nicht möchte, dass jemand aus der Stadt aufs Land ziehen muss, weil er sich das Wohnen in der Stadt nicht mehr leisten kann. Ich möchte auch nicht, dass jemand im Alter vom Land in die Stadt ziehen muss, weil er die Anbindung nicht hat oder die Wohnkonzepte nicht passen. Insofern ist das, was wir heute diskutieren, natürlich schon ein wichtiger Meilenstein für unsere Überlegungen, wie wir in der Zukunft bauen wollen und wie wir an der Stelle klug bauen wollen.

Fakt bleibt auch: Wir müssen viel bauen. Das trifft gerade zu, wenn wir über den Wohnbereich reden. Da gilt nur: Bauen, bauen, bauen. Deshalb braucht es verlässliche Vorgaben; es braucht Erweiterungen. Ja, man kann immer noch ein Stück weit mehr erleichtern und schlanker werden an den Stellen. Ich möchte aber schon auch sagen: Gerade mein Vorgänger Hansi Reichhart hat bei der Novelle ganz kräftig angeschoben. Ich bin sehr froh, dass wir sie heute einbringen können.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat bereits am 11. September 2019 einen Wohnungsgipfel organisiert. Bei diesem Wohnungsgipfel hat er auch deutlich formuliert: Er möchte, dass wir schneller werden. – Deswegen war das auch wichtig. Der Landtag hat am 22. Oktober eine Expertenanhörung durchgeführt, um die Argumente der Praktiker zu hören, um zu hören, wo es wirklich schneller geht und wo es nicht schneller geht. Diesen Sachverstand haben wir zusammengefasst. Daraus resultiert der Entwurf, den wir heute einbringen.

Ein Beispiel ist die Genehmigungsfiktion. Sie wissen ja, dass die Gemeinde zwei Monate Zeit hat. Aber die Bauaufsichtsbehörde wollen wir stark motivieren, noch ein bisschen schneller zu werden. Das heißt konkret: Wenn der Antrag bei der Behörde eingeht, hat diese drei Wochen Zeit zu sagen, dass sie noch irgendwelche Unterlagen braucht. Wenn in den drei Wochen nichts passiert, gilt der Antrag automatisch als genehmigt. Damit dürften wir eine massive Beschleunigung bekommen.

Bei der Frage der Typengenehmigung heißt das, dass wir einen Haus- oder Anlagentyp auch an verschiedenen Orten bauen können. Wenn dieser an einer Stelle schon genehmigt ist, muss nicht automatisch noch einmal das gesamte Prozedere durchlaufen werden. Dadurch wird es im Übrigen auch günstiger. Der Dachgeschossausbau wird dadurch erleichtert, dass im unbeplanten Innenbereich für Dachgeschossausbauten künftig ein Genehmigungsverfahren möglich ist.

Wir haben das vereinfachte Abstandsflächenrecht. Das ist durchaus schwierig. Darüber haben wir an vielen Stellen lange diskutiert, natürlich auch im Ausschuss und in den Arbeitskreisen, weil es ein sehr kompliziertes Berechnungsverfahren gibt, damit man die technischen Regeln einhält, Belichtung, Belüftung und natürlich den sogenannten Sozialabstand. Wir haben alle ein Interesse daran, dass die Bauten nicht so nah aneinander stehen, dass man beim Nachbarn mit am Frühstückstisch sitzen kann.

tisch sitzt. Insofern war es wichtig, die Regelungen so anzupassen, dass sie auch für die Praxis passen.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, bei den Abstandsflächen grundsätzlich auf 0,4 H zu gehen. Das erscheint mir sehr sachgerecht. Natürlich ist klar, dass der Faktor in Gewerbe- und Industriegebieten, die traditionell enger bebaut sind, verkürzt werden kann: Dort gehen wir auf 0,2 H. Trotzdem bleibt immer der Mindestabstand von drei Metern. Ich denke, für uns alle dürfte klar sein, dass wir den halten müssen.

In den großen Städten sieht es ein bisschen anders aus: Für Städte wie München mit mehr als 250.000 Einwohnern haben wir die Regeln ein bisschen anders organisiert, weil die Nachverdichtung möglich sein muss. Insofern ist es wichtig, dass wir aufpassen, Stadtviertel nicht so zu zerstören, dass sie nicht mehr den klassischen Stadtviertelcharakter haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir das anders handhaben. Klar bleibt auch: Die Gemeinden können immer durch Satzung abweichende Regelungen erlassen. Das ist logisch und natürlich auch gewünscht.

Ich glaube, der Einsatz von Holz beschäftigt uns alle im Hohen Haus. Deswegen war es uns wichtig festzustellen, dass Holz natürlich ein gleichwertiger Baustoff ist. Wir als Staatsregierung haben baustoffneutral zu sein. Das heißt, ich darf keinen Baustoff anders als einen anderen bewerten. Dennoch müssen wir die Einsatzmöglichkeit von Holz deutlich erklären. Deswegen haben wir in der Novelle – wenn sie in Kraft tritt, vorausgesetzt, das Hohe Haus stimmt zu – die Möglichkeit geschaffen, in allen Gebäudeklassen mit Holz zu bauen. Ich denke, das dürfte auch dem Wunsch der Gesellschaft Rechnung tragen.

Der digitale Bauantrag ist ein ganz wesentliches Element. Er kommt; er wird Ende des Jahres möglich sein. Dann werden wir die Digitalisierung nach und nach auf alle Bauaufsichtsbehörden ausdehnen. Da gibt es manche technische Fragen, an denen wir gerade intensiv arbeiten, im Besonderen übrigens mein Staatssekretär, dem ich an der Stelle sehr danken möchte, weil er das Thema Digitalisierung gerade massiv voranschreibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Wohnraumfragen reden, geht es um den kostengünstigen Wohnraum. Das habe ich gerade schon angesprochen. Das heißt, wir müssen beschleunigen, wir müssen bauen, bauen, bauen. Das ist das, was wir Ihnen in dieser Vorlage anbieten.

Ich wünsche mir sehr, dass wir es schaffen, nicht an den Menschen vorbei, sondern mit den Menschen gemeinsam zu organisieren, dass dies schneller geht. Mein Staatssekretär wird ein Begleitgremium dazu unterstützen. Wir haben gesagt: Wenn die Novelle durch das Plenum ist, möchten wir natürlich nicht aufhören, sondern wir werden das Ganze weiterhin begleiten. Wir werden weiterhin alle anhören. Wenn irgendwo nachjustiert werden muss, werden wir das auch tun, weil es keinen Sinn macht, sich das Thema nur alle paar Jahre anzusehen. Wir sehen es uns durchgehend an. Heute ist der erste Schritt. Ich bitte Sie sehr, uns zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Staatsministerin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Körber das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Frau Staatsministerin, Sie haben ja gerade ausgeführt, dass die Bezahlbarkeit von Wohnen für Sie ein wichtiges Thema ist. Die Mieten haben sich in den letzten zehn Jahren bei uns in Bayern um etwa 50 % erhöht. Die Kaufpreise von Immobilien haben sich teilweise verdoppelt. Können Sie mir noch

mal zwei oder drei Artikel nennen, die Sie in der Bayerischen Bauordnung novellieren, die ganz konkret dazu beitragen werden, dass das Bauen und das Wohnen in Bayern wieder günstiger werden? – Das konnte ich in Ihren Ausführungen noch nicht ganz nachvollziehen. – Nennen Sie einfach drei Artikel.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Herr Körber, ich werde Ihnen jetzt keine Artikel nennen. Sie wissen selber, um was es geht. Erstens. Wenn Wohnraum entsteht, reguliert der Markt natürlich die Preise. Das heißt, wir müssen alle miteinander schauen – auf jeder Ebene, auf der wir sind –, dass gebaut wird. Jeder von uns sitzt auch in irgendeinem kommunalen Parlament. Das heißt, jeder von uns kann im Gemeinderat oder im Kreistag mitorganisieren, dass gebaut wird. Denn wie Sie wissen, sind originär die Kommunen für den Bereich Wohnraum zuständig.

Wir als Freistaat haben mit BayernHeim und mit all den anderen Organisationen, die wir haben, wie zum Beispiel dem Siedlungswerk Nürnberg, einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass wir weiterbauen. Wir wollen natürlich mit anschieben.

Die Bayerische Bauordnung funktioniert im Bereich Bauen. Denn wenn wir schneller sind, ist das Ergebnis, dass ein Bauherr natürlich auch gerne baut. Wenn er ewig lange für alle Verfahren braucht, wird er nicht bauen. Genau deswegen müssen wir vereinfachen; wir müssen beschleunigen. Das ist das, was wir mit dieser Novelle der Bayerischen Bauordnung auf den Weg bringen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ursula Sowa für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin Sowa, Sie haben das Wort.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Nun ist sie endlich da, die lang versprochene Novelle der Bayerischen Bauordnung. Es hat lange gedauert, über ein halbes Jahr. Aber jetzt ist, Gott sei Dank, der Landtag am Zug, und natürlich scharren auch viele Verbände schon mit den Hufen. Es gibt schon erste Anregungen und auch Bedenken. Heute möchte ich nur eine erste Einschätzung abgeben. Das Thema wird uns noch länger beschäftigen; ich hoffe, in den nächsten Wochen und nicht in den nächsten Jahren. Es sollte zügig vorantgetrieben werden.

Wie wir gerade gehört haben, möchte die Staatsregierung den Wohnungsbau mit dieser Novelle beschleunigen. Das ist eine hehre Absicht, die wir alle teilen, auch Kollege Körber. Nur: Die Parole "Bauen, bauen, bauen" ist "zu einfach, zu einfach, zu einfach". Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Bauwirtschaft und der Unterhalt von Gebäuden mit rund 40 % ganz erheblich zu den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen. Daher sollten wir uns davor hüten, einfach drauflos und neu zu bauen, sondern stattdessen mit Vorsicht und Achtsamkeit bauen. Die Vorsicht ist das Wichtige.

Im nachhaltigen Umgang mit bereits verbauten, energieintensiven Ressourcen sehen wir GRÜNE große Potenziale. Hier ist es also richtig, die Anforderungen für das Bauen im Bestand zu vereinfachen. Die bisherigen hohen Auflagen führen dazu, dass Umbauten häufig teurer und damit weniger attraktiv erscheinen als Neubauten.

Ich betone nochmals: Hier ist es richtig, die Bayerische Bauordnung zu ändern. Trotzdem hat der Bestandsschutz absoluten Vorrang. Ergänzende Aufstockungen und Anbauten sollten dabei mitgedacht werden. Das ist übrigens auch die Forderung der Bayerischen Architektenkammer, von Leuten, die das Bauen vertreten.

Gesetzliche Regelungen müssen dazu beitragen, im Bestand flächensparend, wirtschaftlich und ressourcensparend zu bauen. Ich freue mich, dass Ministerin Schreyer das gerade ebenso propagiert hat. Durch die Aktivierung des Gebäudebestandes könnte Wohnraum durchaus günstiger und schneller verfügbar gemacht werden; und: Er wäre sogar ausreichend.

Aber was macht die Staatsregierung? – Im Vergleich zum ersten Referentenentwurf, der uns seit über einem halben Jahr vorliegt, enthält der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf nur wenige Änderungen. Man muss sie fast mit der Lupe suchen. Da fragen wir uns schon, warum das so lange gedauert hat. Es zeigt sich: Gerade einen der Hauptkritikpunkte aus der Verbändeanhörung hat die Staatsregierung offenbar gänzlich an sich abperlen lassen. Da ist nichts geändert worden. Ich meine die Genehmigungsfiktion. Sehr verehrte Frau Ministerin, anders, als Sie es vorhin dargestellt haben, dauert es keineswegs drei Wochen, bis die Genehmigung erteilt wird, sondern die Behörde kann drei Wochen prüfen, ob noch etwas fehlt, und ab dann gelten drei Monate bis zur Genehmigungsfiktion. Drei Monate dauert es nach Ihrer Variante immer noch, die wir und auch viele Verbände allerdings infrage stellen, weil nämlich auch das eine Überlastung der jeweiligen Behörden bedeutet.

Aber wir sind GRÜNE und haben immer eine Alternative anzubieten. Wir meinen, die Digitalisierung, die sich jetzt auch in dieser Baurechtsnovelle abzeichnet, sollte verstärkt werden. Das ist das gute Mittel, um Bauanträge wirklich zu beschleunigen. Wir meinen auch, dass hier noch an ein paar Stellschrauben zu drehen ist, um dies zu verstärken. Wir begrüßen also, dass jetzt der Grundstein für einen flächendeckenden digitalen Verfahrensweg gelegt wird, wir sagen aber auch, dass die unteren Baubehörden schleunigst besser ausgestattet werden müssen, nicht nur die 15, die jetzt bei diesem Pilotprojekt mitmachen.

Beim Thema Abstandsflächen haben Sie darauf hingewiesen, dass jetzt die Abstände von 1 H auf 0,4 H verkürzt werden sollen. Das unterstützen wir, weil damit eine Nachverdichtung möglich ist. Was wir allerdings infrage stellen, ist die Sonderregelung für drei Großstädte. Sie gilt nicht nur für München, sondern auch Augsburg und Nürnberg fallen darunter. Dort soll wieder 1 H gelten. Gleichzeitig sagen Sie, jede Kommune könne ihre eigenen Regelungen treffen. Wir würden, um zu verschlanken, sagen: 0,4 H für alle, und die jeweiligen Kommunen sollen ihre Sonderregelungen machen. Das würde es vereinfachen. Ich glaube, auch die Verbänderevertreter werden dies so einbringen. Vielleicht gibt es noch einen Kompromiss oder ein Einsehen.

Auch wollen wir, dass die Holzbauweise gestärkt wird. Wir finden es wunderbar, dass dies Eingang gefunden hat. So lautete auch ein Antrag von uns. Wir können uns da wiederfinden, können uns aber vorstellen, dass sogar noch mehr geht. Aber wir wollen diesen Weg schon einmal positiv bewerten.

In dieser Bayerischen Bauordnung zeichnet sich noch etwas Erfreuliches ab. Das betrifft die Gebäudebegrünung. Auch diesbezüglich finden wir einen Absatz, den wir unterstützen. Allerdings würden wir unsere grüne Urforderung gern noch verstärkt sehen. Wir werden Änderungsanträge einbringen. Freuen Sie sich darauf. Dieses Baugesetzbuch kann noch grüner werden.

Auch beim Thema Stellplätze wurde nachgebessert, und die Flexibilisierung zugunsten alternativer Mobilitätsformen geht auf alle Fälle in die richtige Richtung. Die Erfahrung zeigt, dass die Kommunen von der Möglichkeit der flexibleren Handhabung der Stellplatzregelung bisher zu wenig Gebrauch gemacht haben. Carsharing-Konzepte, alternative Mobilitätsangebote, bequeme Fahrradstellplätze – das werden die Zuckerl der künftigen, zukunftsorientierten Bauleitplanung werden. Wir möchten diese Angebote verstärken. Das Erleichtern von Dachausbauten und die

Flexibilisierung der Spielplatzregelung sind in unseren Augen ebenfalls begrüßenswert.

Ein Fazit: Ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen? – Ja. Zur Beschleunigung? – Das sehen wir nicht.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Und die Möglichkeiten, um den Wohnungsbau tatsächlich auf neue Gleise zu bringen, sehen wir als sehr beschränkt an.

Wir hoffen, dass sich nun die Verbände noch einmal stark einbringen und den heute vorgelegten Gesetzentwurf in die von uns aufgezeigte Richtung bringen. Insofern freue ich mich auf weitere Debatten und auf eine Baunovelle, die den Namen hoffentlich auch verdient. Wie gesagt, wir bemühen uns, sie so grün wie möglich zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Ulrike Scharf. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Ulrike Scharf (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anscheinend freuen sich alle über diesen neuen Gesetzentwurf der Staatsregierung. Auch ich freue mich und begrüße vor allen Dingen das Ziel, dass das Bauen, besonders der Wohnungsbau, vereinfacht werden soll und dass die erforderlichen Verfahren beschleunigt werden sollen.

Das vorgeschlagene Änderungsgesetz der Bayerischen Staatsregierung schafft auf der Ebene des Bauordnungsrechts im Rahmen der Kompetenzen des Landesgesetzgebers – diese müssen wir immer auch im Blick haben – die Voraussetzung für einfachere und schnellere Baumöglichkeiten. Außerdem wird darin auch das Ziel verfolgt – wir haben es bereits gehört –, dass Bauen nachhaltiger, flächensparender und kostengünstiger wird.

Wichtig ist aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang auch, dass der Gedanke einer weiteren Vereinheitlichung der materiellen bauordnungsrechtlichen Anforderungen aufgegriffen wird und Berücksichtigung findet. Dort, wo die Bayerische Bauordnung derzeit materiell abweicht – wir müssen immer wissen, im Grundsatz ist das bayerische Modell das Vorbild für die Musterbauordnung –, wird im Interesse der Bauberufe eine Anpassung vorgenommen. Durch die konsequente Fortsetzung des Gedankens der Baurechtsnovellen der Jahre 1994, 1998 und 2018 wird Bauen schneller und einfacher. Frau Kollegin Sowa, ich sehe es ein wenig anders als Sie.

Auf den Inhalt des Gesetzentwurfs darf ich nun anhand einiger Punkte im Einzelnen eingehen.

Es geht um einfacheres und schnelleres Bauen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Verfahrensfälle werden auf die Fälle konzentriert, in denen eine präventive Prüfung unbedingt notwendig ist. Das heißt, die Genehmigungspflichten werden beschränkt.

Der für den Wohnungsbau so wichtige Dachgeschossausbau wird genehmigungsfrei gestellt. Voraussetzung ist, er erfolgt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils. Die serielle Bauweise vor allem im Bereich des Wohnungsbaus, in der Verbändeanhörung immer wieder thematisiert und auch im Rahmen des Woh-

nungsgipfels des Bundes als Wunsch formuliert, wird durch Typengenehmigungen aufgegriffen und berücksichtigt. Und mit einer Genehmigungsfiktion in einem vereinfachten Genehmigungsverfahren – das sollten Sie dazusagen, Frau Kollegin Sowa; es geht um das vereinfachte Genehmigungsverfahren – werden sicherlich auch solche Wohnungsbauvorhaben eine Beschleunigung erfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Stichwort Digitalisierung gehört selbstverständlich auch in diese Gesetzesänderung. Ich denke, dass ein großes Beschleunigungspotenzial in der Digitalisierung liegt. Im Vorgriff auf die anstehende Digitalisierung der bauaufsichtlichen Verfahren werden Änderungen hinsichtlich der Nachbarbeteiligung vorgenommen. Außerdem werden einzelne, nicht benötigte Schriftformerfordernisse gestrichen oder in Erfordernisse in Textform abgemildert.

In der neuen Fassung der Bayerischen Bauordnung wird zwar die analoge Verfahrensweise beschrieben, aber eine neue Ermächtigung ermöglicht es, durch Rechtsverordnung der Staatsregierung einen digitalen Verfahrensweg zu regeln. Auch hierzu laufen die Vorbereitungen. Die Ermächtigung erfolgt derzeit für das Pilotprojekt "Digitale Baugenehmigung". Hier wird das Ziel verfolgt, ein papierloses Einreichen des Bauantrags und natürlich dann auch die weitere Bearbeitung zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bauen muss zukünftig nachhaltiger werden. Ich denke, in diesem Ziel sind wir uns alle einig. Aus diesem Grund wird der Baustoff Holz zukünftig in allen Gebäudeklassen verwendet werden können. Hierzu wird eine neue Holzbaurichtlinie als technische Baubestimmung eingeführt. Gemeinden erhalten außerdem die Möglichkeit, die ökologische Gestaltung von Gärten und Zufahrten durch Satzung verpflichtend zu regeln. So können zum Beispiel reine Steingärten oder Kunstrasen untersagt werden. Diese Möglichkeit – das möchte ich auch nicht unerwähnt lassen – wird auf ausdrücklichen Wunsch der kommunalen Spitzenverbände eröffnet. Wir haben das in diesen Gesetzentwurf mit eingebracht.

Wichtig ist auch, dass Bauen in Zukunft flächensparender wird. Die Frau Ministerin ist gerade auch auf das Abstandsflächenrecht eingegangen. Ich denke, wir haben in der letzten Zeit oft genug hierüber diskutiert. Mit der Änderung des Abstandsflächenrechts geht eine grundsätzliche Verkürzung des Mindestmaßes der Tiefe der Abstandsfläche einher, und die Übernahme des Abstandsflächenmodells der Musterbauordnung wird hier aufgegriffen. Ich möchte immer wieder auf den Wohnungsbaugipfel des Bundes im Jahr 2018 verweisen. Dies war auch dort ein wichtiges Anliegen der Wohnungswirtschaft und der Bauberufe. Wohnungswirtschaft und Bauberufe dringen natürlich darauf, möglichst einheitliche materielle bauordnungsrechtliche Anforderungen zu haben.

Das Maß der Abstandsfläche wird von bisher 1 H auf 0,4 H, mindestens jedoch 3 Meter, gesenkt. In den Gemeinden mit mehr als 250.000 Einwohnern bleibt aus ortsgestalterischen Gründen das bisherige Maß der Abstandsflächentiefe von 1 H und mindestens 3 Metern erhalten.

Frau Kollegin Sowa, eines sollten wir in dem Zusammenhang auch sagen: Sie wissen sehr genau, dass die Möglichkeiten, die die Gemeinden hier noch haben, um in Bebauungsplänen und Satzungen abweichende Regelungen zu treffen, inhaltlich im Wesentlichen unverändert bleiben werden. Das heißt, die Kommunen haben hier im Einzelnen Spielraum.

Neu geschaffen wird eine Regelung zur Abweichung von Abstandsflächen-Vorschriften beim Ersatz von Bestandsgebäuden. Ich glaube, auch das trifft uns immer wieder in unserer täglichen Arbeit. Eine weitere Regelung in der Novelle bewirkt, dass an die bestandsgeschützten Gebäude bei der Umwandlung von einer Nut-

zungseinheit mit Aufenthaltsräumen, beispielsweise von ehemals gewerblich genutzten Räumen, in Wohnraum im Wesentlichen keine über die Erfordernisse der Wohnnutzung hinausgehenden bauaufsichtlichen Anforderungen gestellt werden. So bleibt der Bestandsschutz von Bauteilen durch Nutzungsänderung zu Wohnzwecken weitgehend erhalten. Das begrüße ich ganz besonders.

Die Gemeinden haben weiterhin durch Änderungen im Spielplatzrecht die Möglichkeit, die Spielplatzpflicht entsprechend ihren Bedürfnissen auszugestalten. Damit wird deutlich, dass das Spielplatzrecht eine Angelegenheit unserer bayerischen Kommunen und vor allem eine Frage der bürgernahen gemeindlichen Politik vor Ort ist.

Diese Änderungen wurden in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in den Gesetzentwurf aufgenommen. Wer bei der Verbändeanhörung dabei war und auch die Stellungnahmen gelesen hat, wird sich gut an diese Wünsche erinnern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer bedeutender Aspekt im Gesetzentwurf ist, dass Bauen kostengünstiger wird. Hier verweise ich nochmals auf zwei Bereiche: auf das Aufstocken von Wohngebäuden – dies wird günstiger, indem die Pflichten zum nachträglichen Einbau von Aufzügen an Wirtschaftlichkeitskriterien geknüpft werden –, oder auch auf die serielle Bauweise. Diese wird durch die bereits erwähnte Typengenehmigung gefördert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Novelle der Bayerischen Bauordnung sind bei der Verbändeanhörung insgesamt über 60 Stellungnahmen eingegangen. Alle Stellungnahmen haben den Gesetzentwurf gebilligt, da er auch im Rahmen des bayerischen Wohnungsgipfels als Ziel vereinbart wurde. Er entspricht den Vorstellungen der Verbände. Viele Anregungen wurden diskutiert, nicht nur bei der Anhörung oder beim Gipfel, sondern auch bei uns im Ausschuss. Die Anregungen sind abgewogen worden, und die Verbände wurden gehört. Ihren Hinweisen wurde Rechnung getragen. Ich möchte sie im Einzelnen noch einmal kurz erwähnen: Es waren das Spielplatzrecht, die Rettungswege, der Dachgeschoßausbau, die Genehmigungsfiktion, der Brandschutz von Garagen, der Bestandsschutz bei der Umnutzung zu Wohnzwecken. Ich denke, dass wir uns insgesamt bei diesem Verfahren sehr viel Mühe gegeben haben, das Beste herauszuholen und dieses Gesetz anzupassen.

Wohnen ist ein elementares Bedürfnis in Stadt und Land, und die digitale Antragsstellung im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren ist ein Erfordernis moderner Kommunikation und auch moderner Verwaltung, für die die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus wird die Bayerische Bauordnung an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst. Bayern ist traditionell Vorreiter im einfachen Bauen und will seine Vorreiterrolle auch weiterhin behalten. Ich denke, dass das zügige Schaffen von Wohnraum voraussetzt, dass Verfahren vor allen Dingen nur da stattfinden, wo eine präventive Kontrolle notwendig ist. Es braucht Verfahren, die sich auf das Wesentliche konzentrieren und so schnell wie möglich durchgeführt werden können.

Wohnungsbau setzt heutzutage auch voraus, dass dichter gebaut werden kann und materiellrechtliche Anforderungen, die Ortsbezug haben, in der Verantwortung unserer Kommunen stehen.

Ich freue mich über die Vorlage und über das weitere Verfahren sowie die weitere Diskussion. Ich gehe davon aus, dass es einige Änderungsanträge geben wird und wir dann zu einem gemeinsamen guten Ergebnis kommen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Josef Seidl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Josef Seidl (AfD):** Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Scharf, der Gesetzentwurf würde mich freuen, wie Sie es so schön gesagt haben, wenn er das Notwendige beinhalten würde, dass wir mehr Wohnungen bauen könnten. Da fehlt es nämlich zum Teil ganz schön weit.

Liebe Frau Ministerin Schreyer, so schaut Ihr parlamentarisches Verfahren aus: Wir hatten zuerst eine Expertenanhörung, dann warten wir. Dann haben wir einen Referentenvorschlag, dann warten wir. Dann wird beschlossen und verkündet, und dann haben wir einen Gesetzentwurf und die Erste Lesung. Was findet man dann in diesem Gesetzentwurf? – Jetzt gehen wir auf ein paar Sachen ein; denn das ist sehr interessant, etwa die Änderung der Abstandsflächen. – Das ist mehr oder weniger der Gesetzentwurf von uns, der AfD, vom 25. Juni, den Sie alle wunderbar abgelehnt haben. Sie wissen es auch. Warum machen Sie das? – Sie haben nichts anderes getan als minimale Kenngrößen verändert. Sie haben sie ganz minimal verändert, sonst nichts. Ansonsten ist es unser Antrag.

(Zuruf)

– Hören Sie zu! – Die Genehmigungsfreiheit beim Dachgeschossausbau war schon längst notwendig. Da hängen wir ewig hinterher. Wir arbeiten mittlerweile an der steuerlichen Abschreibung des Dachgeschossausbaus. Ich will Ihnen nur sagen, wie weit ihr hinten dran seid.

Dann haben Sie ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren in den Gesetzentwurf mit aufgenommen. Das finde ich sehr interessant. Wir hatten letztens eine Anhörung dazu, die wirklich toll war. Dann gab es natürlich auch wieder unseren Antrag, das wissen Sie vom Ausschuss auch ganz genau. Welcher Unterschied bestand? – Wir hatten eine Fiktionsfrist von zwei Monaten beantragt, jetzt steht im Gesetzentwurf eine von drei Monaten. Das ist der ganze Unterschied.

Herr Körber, Sie müssen schon Oppositionspolitik machen. Sie sind Opposition und sollten da nicht immer mitmachen. So wird das mit der FDP nichts mehr.

(Zurufe)

Dann haben wir das Nächste, das ist natürlich hervorragend: Handymasten – 15 Meter, Genehmigungsfreiheit 5 G. Das können wir gebrauchen.

Wir kommen zu den E-Ladestationen. Da muss man mal ein bisschen genauer hinschauen. Diese grüne Ideologie machen wir nicht mit. Ihr wisst, wie unser Verständnis für das Ganze ist. Brandschutzbedingungen bei den Tiefgaragen gibt es entsprechend gerade bei den E-Ladestationen und den Elektroautos, die da abfackeln. Dementsprechend gehen für den Brandschutz die Versicherungskosten in die Höhe. Das lässt sich die Allgemeinheit nicht gefallen, nur wegen dieser Ideologie. Das muss euch klar sein

So geht es bei dem Gesetzentwurf weiter. Was ihr natürlich gar nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen habt, ist auch so etwas. Hättet ihr noch ein bisschen gewartet, dann wäre unser Antrag gekommen, und ihr hättet ihn wieder verwerten können. Dabei geht es darum, dass die Betriebswohnungen in Gewerbegebieten an den Arbeitsvertrag gebunden sind. Dazu steht nichts im Gesetzentwurf. Das könnte man wirklich verwenden, denn Betriebswohnungen sind was wert. Das werden wir uns vielleicht noch zu Gemüte führen.

Lieber Herr Friedl, Sie werden es nicht glauben, aber diese Gesetzesnovellierung wäre, ohne dass wir jetzt Druck gemacht hätten, nicht in den Landtag eingebracht worden,

(Zurufe)

– Sie brauchen nicht zu lachen. Wissen Sie, warum Sie nicht zu lachen brauchen?  
– Schaut mal in eure Gesetzesnovellierung hinein. 20 Jahre habt ihr gar nichts gemacht, 1998 bis 2018. Da ihr im letzten Jahr eine gemacht habt, hättet ihr dieses Jahr keine zu machen brauchen. Wir, das sage ich Ihnen auch, waren eigentlich schön brav: Wir sorgen mit unseren Anträgen dafür, dass ihr eure Arbeit macht – das weiß ich hundertprozentig –,

(Zurufe)

mit Anträgen, Gesetzesvorlagen, wir ihr sie das letzte Mal gemacht habt. Das lasse ich mir von euch nicht absprechen, dass das klar ist!

(Zurufe)

– Substanz? Wir haben doch Substanz, was wollen Sie, Herr Körber?

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Josef Seidl (AfD):** Ach? Ist meine Redezeit schon vorbei? – Gut, dann lassen wir es so weit. Wir werden dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, das ist völlig klar. Das ist nicht der große Wurf, das ist der große Flop. Ansonsten wünsche ich Ihnen noch einen schönen Tag. Auf Wiederschauen.

(Beifall)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Hans Friedl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Hans Friedl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Staatssekretär, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Seidl, der Entwurf war schon lang fast fertig, damit er ins Plenum kommt, und dann habt ihr wunderbar abgeschrieben und euch gedacht: Wir fordern hier und da ein bisschen weniger und an der einen oder anderen Stelle verschieben wir es ein bisschen – Das macht ihr nur, damit ihr darauf aufmerksam machen könnt, dass es euch auch noch gibt. Aber dass es euch noch gibt, habt ihr heute schon mit der Gasmasken gezeigt. Euch ist es ja nur wichtig, dass ihr Schlagzeilen verursacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

Wir haben heute auf der Tagesordnung einen Punkt mit einem etwas sperrigen Titel. Es ist der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus. Dahinter verbirgt sich die seit Monaten diskutierte Änderung der Bayerischen Bau-

ordnung, deren Zeitplan durch die Corona-Krise ein wenig durcheinandergewirbelt wurde. Auf diese Novellierung warten sehr viele Bauherren, die in den Startlöchern stehen, verspricht die Novellierung doch für viele Erleichterungen beim Bauen. Nicht durch Mietendeckel und Einfrieren der Mieten erreichen wir eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, sondern in erster Linie durch das Bauen.

Wir haben uns hier bereits öfter damit auseinandergesetzt. In einer Expertenanhörung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr haben wir ausgelotet, was man von einer modernisierten Form der Bayerischen Bauordnung erwarten könnte. In der Diskussion wurde klar, wohin die Reise gehen muss. Pragmatische Rahmenbedingungen für das Bauen in Bayern mussten formuliert werden. Nahe dran sein bei den Kommunen, bei den Landratsämtern und bei den Bürgern – das sollte das Ziel einer modernen Bauordnung für den Freistaat sein. Das sehen die in die Anhörung eingebundenen Verbände genauso.

In den letzten Sitzungen hier im Plenum wurden wir – lassen Sie mich es so formulieren – mit Störfeuern aus einem politischen Lager konfrontiert, das von sich behauptet, eine Alternative zu sein. Ich möchte an dieser Stelle nur noch kurz die Genehmigungsfiktion aufgreifen. Im öffentlichen Entwurf der überarbeiteten Bauordnung wurde beschrieben – insofern haben Sie gut beschrieben –, dass eine Baugenehmigung als erteilt gilt, wenn sich die Bauaufsichtsbehörde nicht innerhalb von drei Monaten negativ äußert. Ihr habt dann daraus zwei Monate gemacht, nur damit ihr zeigt, dass es euch auch noch gibt. Der Fraktion der AfD waren drei Monate zu lange; sie forderte, an dieser Stelle eine Zwei-Monats-Regelung einzuführen. Man hätte auch schon vorher diskutieren und sich einbringen können, nämlich während der Arbeit im Ausschuss. Dort war aber vonseiten der AfD Funkstille. Nicht dass jemand auf die Idee kommt, ich würde das demokratische Mittel des Antrags einer Fraktion im Landtag hinterfragen – nein, auf gar keinen Fall! Die Art und Weise aber, wie im beschriebenen Fall damit umgegangen wurde, halte ich für fehlgeleitet.

Lassen Sie mich aber zum Ausgangspunkt zurückkommen: Es geht um pragmatische Lösungen für Kommunen und Bürger. Aus meinem nun doch schon sehr langen kommunalpolitischen Engagement kann ich sagen, dass mir die bisherigen Regelungen zum Dachausbau, zur Schaffung von Wohnraum schon lange zu denken gegeben haben. Nun wird der Ausbau von Dachgeschossflächen zur Wohnnutzung genehmigungsfrei gestellt, natürlich unter Beachtung von Vorschriften wie zum Beispiel des Brandschutzes. In meinen Augen kann das ein eleganter Weg sein, in Ballungsräumen, in der Stadt, aber auch auf dem Land ohne den bisherigen Genehmigungswust schnell den benötigten Wohnraum zu schaffen. Uns muss es gelingen, unbürokratisch günstigen Wohnraum gerade auch für junge Familien zu schaffen.

Ein weiterer Punkt ist die Digitalisierung. Ausgehend von einem Pilotprojekt nimmt die Digitalisierung im Baugenehmigungsverfahren nun Fahrt auf. Alle bayerischen Kommunalverwaltungen sind eingeladen, direkt mit in das Verfahren einzusteigen und eine neue Ära für die Bauherren in Bayern einzuleiten.

Mit diesen beiden Beispielen wollte ich beleuchten, dass das Update der Bayerischen Bauordnung wieder dazu taugt, in weiten Teilen als Muster für die gesamte Republik zu dienen. Damit wird Bayern wieder einmal Vorreiter, wie schon in der Vergangenheit, als es darum ging, die Bauordnung an die tatsächlichen Lebensbedingungen anzupassen. Hier heißt es nun, die bisherige Bauordnung auf Vordermann zu bringen und die Zukunft Bayerns zu gestalten. Ein weiterer Punkt ist die Digitalisierung.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Hans Friedl (FREIE WÄHLER):** Ausgehend von einem Pilotprojekt nimmt die Digitalisierung im Baugenehmigungsverfahren nun Fahrt auf. Alle bayerischen Kommunalverwaltungen sind eingeladen, direkt mit in das Verfahren einzusteigen und eine neue Ära für die Bauherren in Bayern einzuleiten.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich muss Sie bitten, jetzt wirklich zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Kollege.

**Hans Friedl (FREIE WÄHLER):** Die Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag wird dem Gesetzentwurf zustimmen. Viele Bauherrinnen und Bauherren warten darauf. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Natascha Kohnen. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Natascha Kohnen (SPD):** Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf, Frau Ministerin, soll ja dazu dienen, die Bayerische Bauordnung so zu ändern, dass wir einfacher, schneller und vor allen Dingen mehr bauen. Interessant bei der Sachverständigenanhörung zu diesem Gesetz im Landtag war, dass ein Experte gesagt hat, die Politik solle sich nicht zu sehr einmischen; denn diese Bauordnung sei eigentlich ein Fachgesetz von Praktikern für Praktiker. Dem widerspreche ich aber ganz deutlich, da ich der Ansicht bin, dass diese Bauordnung sehr wohl dazu geeignet ist, politische Ziele zu formulieren und auch durchaus politisch zu gestalten. Dies kann man mit dieser Bauordnung auch. Deswegen wünsche ich mir jetzt in der Debatte, auch in den Ausschüssen, Frau Scharf, dass wir ein bisschen mehr den politischen Willen, der hinter dieser Bauordnung steckt, diskutieren.

Ich nenne Ihnen einige Felder. Die Spielplatzpflicht und deren vorgeschlagene Änderungen sind in meinen Augen ganz klar sozialpolitische Entscheidungen. Wie will man das tatsächlich in einer Nachbarschaft organisieren? Wir müssen uns schon die Frage stellen: Wollen wir das tatsächlich alles den Kommunen an die Hand geben? Verantwortung ja. Es stellt sich aber auch die Frage: Wie wird das finanziert? Wir müssen uns also noch einmal ansehen, ob dies tatsächlich Sinn macht.

Der zweite Punkt sind die Regelungen zum Dachgeschossausbau. Ich meine, dass man den Dachgeschossausbau erleichtern muss. Wenn wir aber lauter hohe Türme haben, in denen Aufzüge nicht mehr Pflicht sind und diese nicht ganz nach oben gehen, haben wir ein Problem mit der Barrierefreiheit. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir darüber einmal reden: Ist das tatsächlich unsere Absicht?

Der dritte Punkt betrifft die Stellplatzverordnung. Ich meine, wir müssen noch tiefer hinterfragen, ob wir Dinge wie E-Mobilität, Car-Sharing, den Trend weg vom Individualverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln nicht auch anders fördern können.

Bei den Abstandsflächen hat sich mir nicht erschlossen, dass es wirklich logisch ist, die drei Kommunen, die über 250.000 Einwohner haben – München, Nürnberg und Augsburg –, aus der Abstandsflächenregelung herauszunehmen, obwohl dort der höchste Wohnungsdruck ist. Dort sollen die Abstandsflächen nicht wie in den ländlichen Regionen einfach verringert werden können. Welcher Gedanke steckt

dahinter? – Das ist mir nicht klargeworden. Ist es der Gedanke der Gartenstadt, die in München durchaus gehütet wird? In ländlichen Kommunen wäre das aber genauso. Mir erschließt sich die Logik nicht. Wir wissen, dass es in Städten wie London und Paris etc. bereits zu einer Segregation der Gesellschaft kommt, das heißt, die Gesellschaft wird auseinandergerissen; Wohnen in den Innenstädten können sich nur noch die oberen 10.000 leisten. So entsteht in den Städten eine gesellschaftliche Aufspaltung, die wir nicht wollen. Deswegen die Frage: Warum ist dies in diesen drei großen Metropolen so? – Das ist noch nicht wirklich erklärt worden.

Ich möchte noch einen Punkt herausgreifen, der uns als SPD sehr, sehr wichtig ist. In begrenztem Sinne kann man mit dieser Bauordnung durchaus Bodenpolitik machen, indem man – diesen Hebel, diese Stellschraube haben wir – die Frist für die Geltungsdauer der Baugenehmigung und der Teilbaugenehmigung in Artikel 69 verkürzt. Aktuell beträgt diese Frist vier Jahre. Wir wissen alle, dass Wohnen die soziale Frage ist. Durch diese lange Frist, durch diese vier Jahre, wird der Spekulation schlichtweg Tür und Tor geöffnet. Das ist faktisch so. Deswegen die Frage: Sollten wir hier nicht den politischen Hebel ansetzen, die Geltungsdauer verkürzen und damit der Spekulation einen Riegel verschieben?

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist meine Bitte für die Ausschusssitzungen, die wir jetzt vor uns haben, dass wir die Bauordnung nicht nur technisch betrachten, wie das der Experte wollte, sondern dass wir sie uns auch durch die gesellschaftspolitische Brille ansehen und uns fragen: Wollen wir das so? – Vielen Dank. Unsere Änderungsanträge werden natürlich folgen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber für die FDP-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Das Ziel der Staatsregierung war es, mit der Novelle der Bayerischen Bauordnung, ich zitiere, die Voraussetzungen für ein einfaches, schnelles, nachhaltiges, flächensparendes und kostengünstiges Bauen zu schaffen. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese sehr ambitionierten Ziele – das muss man in aller Deutlichkeit sagen – werden wir mit diesem "Novellchen" – etwas anderes kann man dazu nicht sagen – keinesfalls erreichen. Wir werden im Parlament und im Ausschuss noch einiges nachbessern müssen, egal von welcher Warte aus wir es betrachten wollen. Uns ist hier nach eineinhalb Jahren ein Sammelsurium an unabgestimmten Regelungen, teilweise sogar Lobbyinteressen vorgelegt worden. Den Menschen, den Mietern, den Eigentümern, den am Bau Beteiligten, Frau Ministerin, den Gemeinden hilft es wenig.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Einen Moment bitte. – Herr Kollege Winter, darf ich Sie bitten, Ihre Maske tatsächlich zum Schutz zu tragen, und nicht nur als Dekoration? – Danke schön.

(Beifall)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Dieses unambitionierte "Novellchen" ist eine blanke Enttäuschung. Ich habe danach gerade gefragt, Frau Ministerin: Wo sind denn konkret Artikel – man muss ja keine Zahl sagen, aber einfach einen Bereich –, wo das Ganze günstiger wird? – Sie haben mir sehr ausweichend geantwortet. Die Kollegin Scharf hat es zumindest versucht – sie kann ja auch nur das nehmen, was das

vorhanden ist –, zwei Bereiche rauszugreifen. Sie haben ausgerechnet den Dachgeschossausbau und das serielle Bauen herausgepickt. Ich weiß nicht, wer von Ihnen der Meinung ist, dass jetzt alles in Bayern seriell gebaut wird. Das werden im Geschosswohnungsbau ein paar wenige Wohnungen sein. So günstig ist das noch gar nicht, wenn man sich mal die Kosten anschaut, die im Neubau entstehen. Aber der Dachgeschossausbau, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon mal ein Dachgeschoss ausgebaut hat. Das ist von den Kosten her gemeinhin die teuerste Etage in einem Haus, egal übrigens, ob man einen Aufzug baut oder nicht. Und das dann auch noch im Verfahren zu vereinfachen, wo gerade der Fluchtweg, der bauliche erste und zweite Rettungsweg essenziell lebensnotwendig sind – da bin ich mal sehr gespannt, wie ausgerechnet das verfahrensfrei sein soll und wer dafür die Verantwortung übernehmen wird.

Ich freue mich: Da sind auch ein paar Punkte drin, die durchaus gut sind. Die Genehmigungsfiktion war eine FDP-Forderung. Wir hatten vier Wochen gefordert. Das fände ich eigentlich besser. Das Baugewerbe hat zwei Wochen gefordert. Drei Wochen sind genau dazwischen. Wir finden gut, dass unser Punkt hier aufgegriffen wird.

Aber auch bei der Digitalisierung gilt: Welchen Standard verwenden wir, welchen Standard nehme ich, Frau Ministerin? Muss man jetzt DXF-Dateien hinschicken, DWG-Dateien oder ein PDF, oder nehmen wir gleich den BIM-Standard? Wie machen wir das denn in hundert verschiedenen Genehmigungsbehörden vor Ort? Da bin ich mal sehr gespannt, wie das passieren soll. Da würde ich mir zusätzliche Stellen wünschen: Es sind mal von Hansi Reichhart 250 in Aussicht gestellt worden. Vielleicht könnte man die wenigstens fairerweise bei den unteren Bauaufsichtsbehörden unterbringen, weil sie dort dringend notwendig wären, um die schnellen Genehmigungsfiktionen abarbeiten zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit einer Novelle haben wir jetzt – Sie hatten es angesprochen, Frau Ministerin – die große Chance, konkrete Dinge aufzugreifen. Wir haben nun mal Corona. Die Situation verschärft sich gerade für die Menschen. Bezahlbares Wohnen wird ja immer nötiger. Das verschärft sich jetzt auch noch zusätzlich. Genau da müssen wir eigentlich an die Baukosten herangehen. Das klammern Sie in Ihrer Novelle bisher vollkommen aus. Die Baukosten müssen runter, damit das Wohnen und das Bauen günstiger werden. Der Staat ist hier immer noch der Kostentreiber Nummer 1.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Devise müsste jetzt erst recht heißen: Jeden Artikel gnadenlos auf Entbürokratisierung, Brandschutz, Lärmschutz, Schallschutz und Energieeinsparverordnung prüfen. Wir können das Gebäudeenergiegesetz, das gerade auf der Bundesebene diskutiert wird, schon einbauen. Wir können mal wirklich, Kollege Friedl, als Bayern vorausschauend handeln. Das wäre sinnvoll. Bei Stellplatzsatzungen, Barrierefreiheit gibt es in diesem "Novellchen" leider kaum nennenswerte Anpassungen. Sie novellieren geradezu an der Lebensrealität der Menschen in der Nach-Corona-Zeit vorbei. Hier müsste man ganz andere Dinge priorisieren.

Liebe Kollegen von der AfD, wir werden anders als Sie Änderungsanträge einbringen, wenn sie erforderlich sind. Es ist jetzt erforderlich. Wir haben aktuell etwa knapp zwei Dutzend. Ich befürchte, dass es noch mehr werden, weil bei diesem "Novellchen" noch dringender Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht hiermit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 c** auf:

**Antrag der Staatsregierung  
auf Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung  
medienrechtlicher Staatsverträge (Erster  
Medienänderungsstaatsvertrag) (Drs. 18/8862)  
- Erste Lesung -**

Zur Begründung erteile ich das Wort an Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben im Juni 2020 den Ersten Medienänderungsstaatsvertrag unterzeichnet. Der Staatsvertrag sieht vor, den im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag geregelten Rundfunkbeitrag ab dem 1. Januar 2021 moderat von 17,50 Euro auf 18,36 Euro zu erhöhen, also um 86 Cent. Mit diesem Staatsvertrag wird die Empfehlung der KEF, der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, umgesetzt. Jetzt geht es um die Zustimmung des Parlaments zum Staatsvertrag, für die und um die ich aus tiefer Überzeugung werbe.

Die Position der Staatsregierung ist klar: Die Anpassung des Beitrags ist verhältnismäßig und richtig. Der Beitragsanstieg ist moderat. Es ist die erste Erhöhung seit dem Jahr 2009, als die monatliche Zahlung noch bei 17,98 Euro lag. Im Vergleich dazu sind es 2021 nur 38 Cent mehr. Dass wir aktuell von 17,50 Euro ausgehen, liegt an der wegen der Systemumstellung von der geräteabhängigen Gebühr zum Beitragsmodell im Jahr 2015 erfolgten Senkung auf 17,50 Euro. Seit 2015, also immerhin seit fünf Jahren, ist der Beitrag konstant geblieben.

Gleichzeitig gibt es Sparanstrengungen der Rundfunkanstalten. Von dem angemeldeten Mehrbedarf für die Jahre 2021 bis 2024 hat die KEF nur etwa die Hälfte anerkannt: rund 1,5 Milliarden Euro für vier Jahre. Die ursprüngliche Bedarfsanmeldung hätte eine Erhöhung um rund 1,70 Euro bedeutet, etwa das Doppelte der jetzigen Erhöhung. Das hat die KEF durch ihren Vorschlag verhindert. Außerdem gibt es für Menschen in sozialer Not ohnehin Befreiungstatbestände, für gefährdete Betriebe Stundungsmöglichkeiten.

Aber neben dem moderaten Beitragsanstieg ist auch immer wieder deutlich zu machen, dass die Rundfunkfreiheit in Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes ein klarer verfassungsrechtlicher Auftrag ist. Die Rundfunkfreiheit umfasst die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks inklusive des Finanzgewährleistungsanspruchs. Die Rundfunkfinanzierung hat frei von politischer Einflussnahme zu erfolgen. Vor diesem Hintergrund ist ein Abweichen von der KEF-Empfehlung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur sehr ausnahmsweise überhaupt möglich, zum Beispiel bei unangemessen hoher Belastung. Eine solche Ausnahme oder ähnliche Ausnahmen liegen nicht vor.

Die drohenden Risiken, die bestehen würden, wenn man von der Empfehlung der KEF-Kommission abweichen würde, zum Beispiel durch Aufschub oder gar Kürzung, wären die Folgenden: Auf jeden Fall wäre mit großer Sicherheit ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und im Falle einer dann zu erwartenden

Niederlage eine noch höhere Beitragssteigerung die Konsequenz; denn es würde in der Zwischenzeit zu einem aufschubbedingten Finanzausfall bei den Rundfunkanstalten kommen, zu einem Corona-Mehrbedarf, zum Wegfall von Werbeeinnahmen, zum Wegfall von Beitragskonten usw.

Aber gerade in schwierigeren Zeiten und in Krisenzeiten wie derzeit zeigt sich der gesellschaftspolitische Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ich halte es für wichtig, immer wieder zu betonen, dass unser System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur DNA unserer Nachkriegsordnung gehört. Es ist eigentlich eine geniale Erfindung gewesen, nach dem Zweiten Weltkrieg auch bei uns öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten zu schaffen. Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Ob es heute noch möglich wäre, ein solches System zu etablieren, ist fraglich. Das Besondere am öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist, dass er sich selber gehört und nicht irgendjemand anderem. Er gehört weder der Regierung noch Parteien, Konzernen, Oligarchen, dem Internet noch anderen undurchschaubaren Strukturen. Er gehört sich selbst und steht deshalb im Dienst unserer freiheitlichen Demokratie und unserer freiheitlichen Gesellschaft. Das allein ist ein Wert an sich, wie uns der Blick in die Welt zeigt. Überall dort, wo es neben den privaten Sendern keine öffentlich-rechtlichen Rundfunkstrukturen gibt, ist die Gefahr, für die Echokammern des Internets empfänglich zu sein, wesentlich größer als bei uns.

Das zeigt sich gerade in der Krise. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein Garant, jedenfalls die Voraussetzung für Qualität und für die journalistische Einordnung der unendlich vielen Informationen, die gerade aufgrund der Medienfülle auf uns einprasseln. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterstützt dabei, zwischen Fake News und echten Nachrichten, zwischen Verschwörungstheorien und wirklichen Zusammenhängen unterscheiden zu können. Dafür ist Qualitätsjournalismus unerlässlich. Deshalb brauchen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir brauchen ihn natürlich auch für die kulturellen Schwerpunktsetzungen und für die Vielfalt an beispielsweise typisch bayerischen Informationen und Produktionen.

Wir brauchen ihn für die Regionalität, die sich mit dem öffentlich-rechtlichen System deutlich besser darstellen lässt. Deshalb ist die Haltung der Staatsregierung völlig klar: Die Staatsregierung steht zu den Vereinbarungen mit den anderen Ländern. Wir sind nicht nur verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, sondern wir halten das auch für absolut richtig. Wir stärken damit dem Bayerischen Rundfunk den Rücken; denn die Beitragserhöhung macht für den BR rund 34,75 Millionen Euro pro Jahr aus.

Damit brechen wir eine Lanze für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk generell und speziell für den Bayerischen Rundfunk, der mit beispielsweise der Rundschau als täglicher bayerischer Nachrichtensendung, die es nicht überall gibt, bayerische Themen in den Vordergrund stellt, bayerische Produktionen ermöglicht und deshalb für unsere Demokratie konkret in Bayern unerlässlich ist. Ich bitte deshalb bei den Diskussionen im Bayerischen Landtag, die grundsätzliche Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Systems in den Vordergrund zu stellen und sich dem klaren Bekenntnis der Staatsregierung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk anzuschließen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Vielen Dank Herr Staatsminister. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Wir müssen noch einen Augenblick warten, bis das Mikrophon und das Rednerpult desinfiziert sind. – Als nächstem

Redner erteile ich Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer für die GRÜNEN das Wort.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal muss man sich die Dimensionen des Rundfunkbeitrags klarmachen. Wir reden heute über eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent und über die erste Erhöhung seit dem Jahr 2009. Die Aufgaben – darüber entscheidet eigentlich die Politik – sind gleich geblieben. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag Stefan Müller wollte diese Erhöhung stilecht oder vielleicht eher stilllos via "Bild"-Zeitung streichen, anscheinend auch zur Überraschung der eigenen Parteifreunde. Ich bin wirklich erleichtert, dass sich der Medienminister Herrmann gegen seinen CSU-Kollegen gestellt hat. Von der AfD müssen wir ohnehin nicht sprechen. Für Sie ist seriöser Journalismus sowieso Teufelszeug; denn Sie beziehen lieber alternative Fakten aus alternativen Medien.

Wir sollten uns jetzt statt der alternativen die echten Fakten anschauen. Der Rundfunkbeitrag ist in den letzten Jahren nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gesenkt worden: von 17,98 Euro auf 17,50 Euro. Jetzt soll er auf 18,36 Euro steigen. Diese Entwicklung kann insgesamt also als sehr moderat bezeichnet werden. Wir zahlen mit 220,32 Euro pro Jahr weit weniger als beispielsweise unsere Schweizer Nachbarn mit 322 Euro – dort haben sich die Menschen vor nicht allzu langer Zeit sogar via Volksabstimmung explizit für ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgesprochen. In Norwegen zahlen die Menschen mit 312 Euro, in Österreich mit 300 Euro und in Dänemark mit 248 Euro im Jahr ebenfalls deutlich mehr als wir.

Den Abgeordneten, die sich gegen die Erhöhung um 86 Cent aussprechen, weil man auf diejenigen Menschen Rücksicht nehmen soll, die unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders leiden, kann ich nur zurufen: Es gibt doch schon die Möglichkeit der Beitragsbefreiung. Unter Umständen werden, bedingt durch die Corona-Krise, mehr Menschen als bisher diese Befreiung beanspruchen. Das ist dann natürlich auch völlig in Ordnung. Wie hoch dann die Ausfälle bei den Sendern sein werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar.

Anstatt also davon zu sprechen, dass die finanzielle Ausstattung der öffentlich-rechtlichen Sender jetzt nicht angepasst werden darf, müssen wir uns doch eher damit beschäftigen, wie die Sender trotz der Anpassung bei den zu erwartenden Ausfällen ihren Auftrag überhaupt noch erfüllen können. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks zum Beispiel sieht ohne diese zusätzlichen Ausfälle und trotz der Erhöhung eine weitere Einsparwelle auf den Bayerischen Rundfunk und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zukommen. Seiner Aussage nach werde alles auf den Prüfstand gestellt werden müssen: die Filmtochter Degeto, die Sportrechte, die Klangkörper und der Bildungskanal ARD-alpha, der vom BR allein finanziert wird. Daran sieht man, worüber endlich Klartext geredet werden muss, nämlich über den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; denn – das ist einigen Mandatsträgern wohl nicht bewusst – die Länder können zwar den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umgestalten – das hat dann wiederum Auswirkungen auf den Rundfunkbeitrag –, aber sie können und sollen nicht über die Höhe des Beitrags versuchen, den Rundfunk zu weniger Programm zu veranlassen, ihn sonst zu lenken oder am Ende sogar totzusparen.

Für nötige Reformbemühungen sind wir natürlich immer offen. Diese Reformbemühungen können gerne auch beschleunigt werden, wenn es nach uns geht. Einen berechtigten Grund, die von der KEF empfohlene Beitragserhöhung abzulehnen, sehen wir nicht. Wir GRÜNE werden dem Staatsvertrag in diesem Hohen Haus zustimmen, so viel kann ich jetzt schon ankündigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Als nächster Redner macht sich der Kollege Dr. Marcel Huber für die CSU-Fraktion schon auf den Weg.

**Dr. Marcel Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Erste Medienänderungsstaatsvertrag hat eigentlich drei Teile: Die Erhöhung des Rundfunkbeitrags wurde schon zweimal erwähnt. Aber der Medienänderungsstaatsvertrag beinhaltet auch die Verteilung der Beitragsmittel und hinsichtlich der neuen Regelung zur Verteilung der Finanzausgleichsmasse zwei formale Aspekte.

Der eigentliche Knackpunkt ist die Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 17,50 auf 18,36 Euro. Diesen Knackpunkt muss man allerdings volkswirtschaftlich betrachten und sich die Daten genauer vor Augen führen. Wir sollten nicht von 17,50 Euro ausgehen. Wir sollten vom Beitragsniveau des Jahres 2013 ausgehen. Zu diesem Zeitpunkt hat nämlich der Systemwechsel stattgefunden. Wir müssen vom damals erhobenen Beitrag pro Privathaushalt in Höhe von 17,98 Euro ausgehen. Welchem Betrag würde der damalige Beitrag unter Einbeziehung der Inflationsrate heute entsprechen? – Nach der Hochrechnung erkennt man, dass der Beitrag von 17,98 Euro einer Kaufkraft von nur mehr 15,45 Euro entspricht, obwohl alles teurer geworden ist, die Lohnkosten gestiegen sind und auch die Renten angepasst worden sind. Wenn man die Inflationsrate einrechnen würde, dann müsste man heute bereits bei einem Beitrag von 20,93 Euro sein. Dieser Beitrag ist von dem KEF-Vorschlag weit entfernt.

Wir reden ja alle vom KEF-Vorschlag. Das ist hier bei uns schon ein stehender Begriff. Ich möchte dazu ein paar Worte sagen. Die KEF entscheidet nicht willkürlich. Sie sammelt – der Staatsminister hat das heute bereits erwähnt – zunächst einmal die Anmeldungen der Rundfunkanstalten ein. Manche Leute sagen: Die sagen einfach, was sie haben wollen, und dann kriegen sie es. – Sie bekommen es mitnichten! Die angemeldete Summe ist um 50 % reduziert worden. Die KEF hat hier nach exakter Prüfung und Berechnung der tatsächlichen Erfordernisse eine Minderung, einen ungedeckten Finanzbedarf von 1,5 Milliarden Euro festgestellt. Diese Beitragsanpassung beruht also auf dieser KEF-Feststellung.

Die KEF ist eine Einrichtung, ein Konstrukt, die von unserem Grundgesetz vorgegeben wird. Der Rundfunk hat mitnichten selbst darüber zu bestimmen, was er bekommt. Auch der Staat, das Parlament, hat nicht das Recht, hier zu fragen: Wie viel geben wir denn einem Rundfunk, der in unserem Sinne agiert oder nicht? – Die Verfassung gebietet größtmögliche Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Aus diesem Grunde wird der Beitrag von diesem neutralen, unabhängigen Expertengremium vorgeschlagen.

Wenn man sich dagegen wehrt und diese Dinge mal genau prüfen möchte, dann bekommt man sofort Schwierigkeiten mit dem Bundesverfassungsgericht; denn wer tatsächlich abweichen möchte, braucht hierfür ganz triftige Gründe. Nur zu sagen, man will dem Rundfunk aus programmlichen oder medienpolitischen Gründen nicht mehr so viel Geld zur Verfügung stellen, reicht als Begründung nicht. Dieses belegt eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde von ARD, ZDF und Deutschlandradio gegen die von der KEF-Empfehlung abweichende Festsetzung der Rundfunkgebühr im Zeitraum von 2005 bis 2008.

Man bräuchte dafür also einen gewichtigen Grund. Ein gewichtiger Grund könnte dann vorliegen, wenn die Entwicklung der Realeinkommen oder die Abgabenbelastung der Rundfunkteilnehmer zu einer unangemessenen Belastung der Beitragszahler führen würde. Das Gleiche könnte passieren, wenn der öffentliche Haushalt drastische Einsparungen machen müsste. Dies könnte zum Beispiel

dann sein, wenn uns die Corona-Pandemie zukünftig noch weiter sowohl bezüglich des Realeinkommens als auch des staatlichen Einkommens belasten würde. Wenn Sie hier eine wirkliche Mehrbelastung von 86 Cent pro Monat anführen, wird das nicht als gewichtiger Grund betrachtet, der ein Abweichen von der KEF-Empfehlung rechtfertigt.

Sie werden sicherlich auch schon gehört haben, dass die Umstellung auf die Haushaltsabgabe 2013 eine große Menge zusätzlicher Einnahmen bewirkt hat. Die KEF hat damals verfügt, dass diese zusätzlichen Einnahmen nicht einfach für weitere schöne Dinge ausgegeben werden dürfen, sondern als Rücklage zusammengeführt werden müssen. Aber auch diese schönen Rücklagen wurden mit der Zeit aufgebraucht, was dazu führt, dass wir jetzt hier eine Anpassung machen müssen. Man hat bereits 2016 erkannt, dass manche Dinge in den Sendern nicht so laufen, wie wir das gerne hätten, dass hier manche Dinge in der Struktur und Organisation durchaus noch Einsparungspotenzial haben.

Der Prozess der Auftrags- und Strukturoptimierung der Rundfunkanstalten läuft. Auch Bayern hat sich diesbezüglich schon deutlich geäußert. Wir brauchen dringend eine weitergehende Änderung des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender. Information, Bildung und Kultur – und zwar in Abgrenzung zum Bereich Sport und Unterhaltung – sollte wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Jemand, der, wie ich zu meiner Schulzeit, gerne mal Telekolleg angeschaut hat und sich nun unseren Bildungskanal BR-Alpha anschaut, der sieht, dass hier durchaus noch Luft nach oben ist und dass hier gerade in der Corona-Situation ein Potenzial besteht, Dinge noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Diese erhöhten Einnahmen sind aber leider an Bayern vorbeigegangen. Die bayerischen Beitragszahler waren diszipliniert. Die Zahl der Schwarzseher, die in Bayern plötzlich zahlen mussten, war so gering, dass die verfügbaren Mittel beim Bayerischen Rundfunk im Zeitraum von 2013 bis 2018 nur um 0,6 Prozent pro Jahr gestiegen sind. Der Bayerische Rundfunk hat also von diesem Geldsegen nicht besonders viel gehabt. Das wirkt sich schon jetzt deutlich aus; denn der Bayerische Rundfunk muss nicht nur bei Verwaltung, Produktion, Renten und Investitionen sparen, sondern er muss inzwischen schon am Programmangebot sparen. Das merken wir alle, weil Qualität und Akzeptanz des Rundfunks von diesem Programmangebot abhängen. Es sind 450 Planstellen in der Produktion abgebaut worden. Allgemein bekannt ist, dass mit dem Tarifvertrag auch bei der Altersversorgung etwas gemacht worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten in den letzten Jahren drei Krisen: die Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die Flüchtlingskrise und jetzt die Corona-Krise. Ich sage Ihnen: Gerade die Corona-Krise hat uns wieder ganz deutlich gezeigt, wie wichtig ein unabhängiger, neutraler, gut informierender öffentlicher Rundfunk ist. Das konnte man ganz besonders gut sehen, wenn man versucht hat, sich in den öffentlichen Medien zu informieren. Was da an Fake News, was da an Verschwörungstheorien zu sehen war! Dann hat man sich richtig gefreut, wieder öffentlich-rechtliche Nachrichten bei ARD, ZDF und natürlich auch beim Bayerischen Rundfunk zu sehen.

Leisten wir also unseren Beitrag, dass unser bewährtes öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot weiterhin erhalten bleibt. Stimmen wir diesem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag zu!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion hat das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! 86 Cent, das ist wahrlich nicht viel, das reicht gerade einmal für das Porto eines Standardbriefes. In Anbetracht dessen, was Sie den Bürgern sonst so alles zumuten, sind das – frei nach Josef Ackermann – somit wahrlich Peanuts. Alles gut also, und den Vertrag heute durchwinken? – Nein, ganz gewiss nicht!

Man muss sich schon die Frage stellen, ob es grundsätzlich angemessen und vertretbar ist, dem Bürger jetzt noch höhere Zwangsgebühren abzupressen, wo doch gerade erst die Bundesagentur im Vergleich zum Vorjahr über 600.000 zusätzliche Arbeitslose vermeldet hat und wir in absehbarer Zeit wohl auch noch die Millionenmarke knacken werden.

Ein kleiner Tipp also: Nein, diese Erhöhung ist nicht angemessen und auch politisch nicht vertretbar. Das sieht übrigens nicht nur die AfD-Fraktion so; selbst der Parlamentarische Geschäftsführer Ihrer CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller, meinte erst jüngst in der BILD, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums: "Die GEZ-Erhöhung muss gestrichen werden! Der Rundfunkbeitrag darf 2021 nicht noch weiter steigen!"

(Beifall bei der AfD)

Recht hat der Mann. Doch kratzt leider auch er mit seiner Kritik hier natürlich nur an der Oberfläche des Problems; denn tatsächlich geht es ja gar nicht um 86 Cent. 18,36 Euro soll ab dem 1. Januar 2021 – wie heißt sie politisch korrekt so schön: – die "Demokratieabgabe" betragen, um das unglaublich aufgeblähte Zwangsbeglückungssystem zu alimentieren, das viel zu oft nur aus plumper Unterhaltung, viel zu teuren Sportübertragungen, ergänzt um links-grün-lastige Belehr- und Erziehformate, besteht.

Insoweit verwundert es auch nicht, dass knapp die Hälfte aller Gebührenzahler die Leistungen, für die sie zwangsweise zur Kasse gebeten werden, kaum oder überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen. Die Schamlosigkeit des Zwangssystems konnte man erst kürzlich wieder bei der Vergabe des Deutschen Fernsehpreises verfolgen. Frei nach dem Motto: "Wenn schon immer weniger Bürger unsere Arbeit zu schätzen wissen, dann klatschen wir uns eben selbst ordentlich Beifall", schusterte man sich dort einen Preis nach dem anderen für die eigene exzellente Berichterstattung zu. Ein Schelm, wer sich bei dieser Praxis an einen anderen deutschen Staat erinnert fühlt, in welchem die "Stimme der DDR" regelmäßig für ihr ausgewogenes und niveauvolles Programm ausgezeichnet wurde!

Mit Ausgewogenheit kennt man sich beim Staatsfunk wahrlich aus, was man vor allem auch anhand der extremen Überrepräsentation grüner Politiker ablesen kann, die doppelt so häufig in öffentlich-rechtlichen Talkshows eingeladen werden, als sich dies aus ihrem politischen Gewicht im Deutschen Bundestag ableiten ließe.

(Beifall bei der AfD)

Von der Ausgewogenheit politischer Tagesschau-Kommentare will ich hier gar nicht erst reden. Hätte ein Boot je eine solche Schlagseite, käme wirklich jeder Rettungsversuch zu spät.

(Zuruf)

Kein mündiger Bürger braucht einen solchen, auf Volkserziehung getrimmten, nimmersatten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der vor allem auch die jungen Zuschau-

er, und damit unsere Zukunft, überhaupt nicht mehr erreicht und obendrein ganz unverhohlen für einen Regimewechsel hin zu Grün-Rot-Rot die Werbetrommel rührt.

Die AfD befürwortet daher bekanntermaßen eine fundamentale Transformation des momentanen Systems. Der heutige Staatsvertrag kommt deshalb nicht nur zur Unzeit, nein, er manifestiert und perpetuiert auch ein überkommenes und grundlegend falsches System, an dessen Erhalt wir uns keinesfalls beteiligen wollen. Deshalb spricht sich die AfD gegen die Ratifikation dieses Staatsvertrages aus.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Henkel, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung.

**Uli Henkel (AfD):** Muss ich die Maske jetzt aufsetzen?

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** – Nein. Beim Reden keine Masken. – Herr Vizepräsident Hold hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Hold, bitte schön.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Henkel, ich habe nur eine kurze Frage: Können Sie mir sagen, wer die Stifter des Deutschen Fernsehpreises sind?

**Uli Henkel (AfD):** Nein, das kann ich Ihnen natürlich nicht sagen, weil ich mich ehrlich gesagt nicht damit beschäftige. Ich finde es wirklich unglaublich peinlich, das sage ich Ihnen ganz offen – –

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Ich sage es nur: ARD, ZDF, RTL, ProSieben und Sat.1. Es ist also nicht nur der Bayerische Rundfunk.

**Uli Henkel (AfD):** Ja, aber dieses permanente Sich-selbst-feiern ist unanständig, denn es geschieht mit den Geldern der Bürger, die das gar nicht alle wollen.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. – Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Reform, die Novelle des Medienstaatsvertrages. Ich möchte Herrn Staatsminister Florian Herrmann erst einmal gratulieren, dass er es hinbekommen hat; denn es ist nicht so einfach, 16 Bundesländer unter einen Hut zu bringen. Das gilt erst recht, wenn die Saarländer und die Bremer, wenn auch aus verständlichen Gründen, Sonderwünsche äußern. Ihr habt das hinbekommen, und ich hoffe, dass die Parlamente in den Ländern nun alle zustimmen, sodass der Empfehlung der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten Folge geleistet wird.

Wenn wir sehen, dass die Menschen in unserem Land bislang pro Jahr 210 Euro für den öffentlichen Rundfunk bezahlen müssen und diese Gebühren künftig um etwas mehr als 10 Euro ansteigen, dann muss ich sagen, Herr Kollege Deisenhofer, man kann natürlich darüber diskutieren, ob das alles auf Heller und Pfennig gerechtfertigt ist. Ich glaube aber, wenn wir eine Kommission haben, dann sollten wir das Ergebnis dieser Kommission lediglich auf seine Plausibilität überprüfen und nicht in eine eigene Sachprüfung einsteigen. Andernfalls haben wir in 16 Bundesländern jeweils 100 bis 300 Parlamentarier, die sich dann alle als Experten betrachten. Dann kommen wir garantiert zu keinem Ergebnis.

Ich glaube, das Ergebnis ist ausgewogen und zustimmungsfähig. An dieser Stelle muss man allerdings auch ein paar Sätze dazu sagen, ob es überhaupt richtig ist, dass wir Rundfunkbeiträge erheben. Das wird immer wieder infrage gestellt, und es wurde auch vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt. Was wollen wir? – Wir wollen eine Pluralität von Meinungen. Wir wollen kein Meinungsmonopol. Bei der Bildung von Meinungen und Überzeugungen spielen aber nun einmal die Medien eine gewaltige Rolle. Was sind denn die Alternativen dazu? – Die Alternative ist ein Staatsfunk. Immerhin, Konrad Adenauer wollte tatsächlich in den Fünfzigerjahren einen Staatsfunk haben, ein Deutschlandfernsehen. Damit hat er sich zum Glück nicht durchgesetzt. Es gibt aber nach wie vor Menschen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Staatsfunk diffamieren. Das habe ich gerade vernommen. Ich sage aber, das ist nicht das Monopol von Rechtsaußen. Es gab durchaus bis in die heutigen Tage hinein solche Bemerkungen von anderen Seiten. Es ist noch nicht so lange her, dass auch Florian Pronold den Bayerischen Rundfunk mit einem Staatsfernsehen à la Nordkorea verglichen hat.

Ich glaube, wir haben einen Bayerischen Rundfunk, wir haben Rundfunkanstalten der Länder, die ihrem Auftrag gerecht werden. Sie bieten ein qualitativ hochwertiges Angebot. Dieses Angebot, und das ist das Entscheidende, ist eben nicht monopolisiert. Daneben haben wir auch noch den privaten Rundfunk und das private Fernsehen. Hier sitzt mit Helmut Markwort einer der Protagonisten. Er ist einer derjenigen, die am Anfang sehr viel dafür getan haben, um auch diese Säule zu etablieren. Das hat er übrigens sehr zum Unwillen der CSU getan, die sich lange Zeit gegen privaten Rundfunk und gegen privates Fernsehen gewehrt hat. Ich bin froh, dass wir einen leistungsfähigen privaten Rundfunk, ein leistungsfähiges privates Fernsehen, aber eben auch einen leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben.

Ich glaube, wir tun gut daran, ihm die finanziellen Grundlagen zu geben. Andernfalls hätten wir die Gefahr – schauen wir nach Italien, denken wir an Berlusconi –, dass ein Meinungsmonopol des privaten Rundfunks zu einem Meinungsbild führt, das wir nicht wollen. Das Gleiche gilt für Social Media, wo man mit Geld auch einiges erreichen kann. Ich glaube, das Angebot eines neutralen guten Qualitätsjournalismus ist es wert, dass wir den Bürgern Beiträge abverlangen, auch wenn sie das im Konkreten nicht wollen. Die Möglichkeit, dieses Angebot wahrzunehmen, rechtfertigt das. Deshalb werden wir diesem Staatsvertrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD-Fraktion.

**Martina Fehlner (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ab dem 1. Januar 2021 soll der Rundfunkbeitrag erstmals seit elf Jahren von monatlich 17,50 Euro um 86 Cent auf 18,36 Euro angehoben werden. Das haben die Ministerpräsidenten aller Bundesländer beschlossen und den Staatsvertrag im Juni unterschrieben. Jetzt müssen ihn die Landesparlamente ratifizieren. Empfohlen wird diese Beitragsanpassung von der KEF, der unabhängigen und externen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten.

Die Berechnungen der KEF ergaben sich aus dem Finanzbedarf, den die Sender zuvor angemeldet hatten. Die Experten gingen davon aus, dass es in der nächsten Beitragsperiode, das heißt von 2021 bis 2024, eine Finanzlücke von 1,5 Milliarden Euro geben wird. Die Anpassung des Rundfunkbeitrags soll dies auffangen. Der Rundfunkbeitrag ist die Haupteinnahmequelle von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die SPD-Landtagsfraktion hält die Anpassung um 10,32 Euro pro Jahr für jeden Haushalt für angemessen. Die Anpassung eröffnet den öffentlich-rechtlichen Anstalten den notwendigen Handlungsspielraum für ihre wichtige Weiterent-

wicklung, vor allem im Hinblick auf die digitale Transformation hin zu einer konkurrenzfähigen öffentlich-rechtlichen Plattform und die Entwicklung von mehr medienübergreifenden Formaten, unabhängig von der linearen Ausstrahlung.

Wegen der Corona-Krise gab es auf verschiedenen Seiten Bedenken, den Beitrag jetzt zu erhöhen. Vorgeschlagen wurde, die Erhöhung auf die Nach-Coronazeit, wann immer das sein würde, zu verschieben. Wir halten eine Aussetzung der Beitragsanpassung jedoch für falsch, und zwar gerade wegen Corona. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird dringender denn je gebraucht. Die Menschen haben ein Recht auf sorgfältig recherchierte, glaubwürdige, verlässliche und abgesicherte Informationen, auf professionelle Hintergrundberichte und Faktenchecks. Gerade wegen des Shutdowns verzeichneten die Qualitätsmedien einen großen Zuspruch, insbesondere das lineare Fernsehen.

Gerade weil der freie Meinungsbildungsprozess im Netz schwieriger zu gewährleisten ist und gerade weil der Gefahr von Missbrauch, Manipulation und intransparenten Selektionsprozessen von Plattformen wie Facebook oder YouTube nur mit journalistischer Qualität entgegengewirkt werden kann, gerade deshalb ist und bleibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus unserer Sicht unverzichtbar. Er muss in die Lage versetzt werden, seinen Auftrag zu erfüllen. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umfasst von jeher nicht nur Information und Bildung, sondern auch Kultur und Unterhaltung. Wir alle sind uns sicherlich einig, dass die Sicherung des unabhängigen Qualitätsjournalismus ein wichtiges politisches Anliegen bleiben muss.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns auch alle darüber im Klaren, dass dieser Qualitätsjournalismus nicht zum Nulltarif zu haben ist. Qualität hat ihren Preis, auch im Journalismus. Allerdings bleibt es auch angesichts der Beitragserhöhung wichtig, dass die Sender alle Einsparungspotenziale ausschöpfen und noch enger in allen Bereichen kooperieren, ohne dass ihre Konkurrenzfähigkeit und Programmviefalt eingeschränkt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beitragsfinanzierung sichert große Programmviefalt, hohe Standards und unabhängigen Journalismus. Daran müssen wir alle interessiert sein, gerade in schwierigen Corona-Zeiten. Wir werden dem Staatsvertrag daher zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

**Helmut Markwort (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal können wir uns alle gemeinsam freuen, dass wir hier über die geplante Beitragserhöhung abstimmen können. Auch der hiesige Ministerpräsident war dafür, die Landtage zu entmachten. Markus Söder hätte sich gerne hinter dem bequemen Indexmodell versteckt; der undemokratische Trick ist nicht gelungen. Deshalb können wir heute über eine Beitragserhöhung reden, eine Erhöhung zur falschen Zeit. Während viele Menschen Angst haben, ihre Existenz zu verlieren, während massenweise Insolvenzen bevorstehen und Millionen von Kurzarbeitern fürchten müssen, in den Zustand der Arbeitslosigkeit zu rutschen, verlangen die Sender von ihnen mehr Geld.

Die KEF hat die Erhöhung empfohlen, aber ihre Einschätzung stammt aus der Zeit vor Corona. Sie konnte die Finanznot der Bürger genauso wenig berücksichtigen wie die Masse von kostensparenden Wiederholungen, mit denen die Sender ihr Publikum seit Monaten überschwemmen. Deswegen muss die KEF neu rechnen,

und die Ministerpräsidenten müssen ihre Unterschrift noch einmal überprüfen. Sie wollen mehr Geld genehmigen, bevor ARD und ZDF ihr Reformversprechen eingelöst haben. Der ARD-Vorsitzende hat erklärt, er werde nach der Beitragserhöhung Reformen nicht aus dem Blick verlieren. "Nicht aus dem Blick verlieren" – diese Formulierung kann niemanden beruhigen. Die ARD verbreitet 18 TV-Programme und sage und schreibe 67 Radioprogramme. Sie leistet sich Doppelt- und Dreifachstrukturen, und sie missachtet den Auftrag aus Karlsruhe.

Die Verfassungsrichter verlangen eine Fokussierung auf Information, Bildung und Kultur. Sie schreiben, dass die Sender wegen ihrer hohen Einnahmen – wir reden über 9 Milliarden Euro – unabhängig von Einschaltquoten und Werbeaufträgen sind. Stattdessen beobachten wir eine zunehmende Selbstkommerzialisierung und den Ehrgeiz, sich mit Beitragsgeld im Themenbereich der privaten Anbieter aufzupumpen.

Wir Freien Demokraten schätzen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen seiner journalistischen Kompetenz, aber wir beklagen, dass zu viel Geld weg von Qualität in Unterhaltungsexzesse verschoben wird.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein paar Bemerkungen zum Bayerischen Rundfunk: Trotz allem Jammern – es geht ihm gut, besser als den anderen. Die Attraktion des Freistaats führt dazu, dass jedes Jahr mehr Menschen nach Bayern ziehen. Die Beitragszahler wandern ein. Sie tun nicht nur der Kasse gut, sie sollten auch das Selbstbewusstsein des Bayerischen Rundfunks stärken. Er ist neulich als "Systemsprenger" bezeichnet worden, weil er als einziger Sender eine neue Kulturplattform nicht mitfinanzieren will. Der Begriff ist böse gemeint, aber ich meine, ein Systemsprenger kann auch Positives bewirken.

Die KEF hat festgestellt, dass Intendanten zu viel verdienen, mehr als die Kanzlerin. Es gibt aber auch zu viele Intendanten, zum Beispiel je einen in Bremen und Saarbrücken. Von der Erhöhung sind überdurchschnittlich hohe Anteile für Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk vorgesehen. Der Zuschuss dient der künstlichen Beatmung dieser Zwergsender und finanziert fast nur Verwaltung und Apparat. Ein Systemsprenger könnte darauf hinweisen, wie ungerecht diese Subvention für die zwei kleinsten Länder ist.

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben sich auf eine gemeinsame Anstalt geeinigt. Im NDR sitzen vier Bundesländer zusammen. Nach der Vereinigung ist zum Glück mit dem MDR eine Drei-Länder-Anstalt entstanden. Aber ich gebe zu: Ein Systemsprenger braucht Courage, besonders wenn er den vertrauten Systemkollegen Geld und Posten wegnehmen will.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Neubestellung  
eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den  
Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat darum gebeten, anstelle von Herrn Kollegen Tim Pargent Frau Kollegin Ursula Sowa als neues Mitglied für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung zu bestellen. Stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat soll künftig Frau Kollegin Dr. Sabine Weigand sein.

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag zur Bestellung von Frau Ursula Sowa und Frau Dr. Sabine Weigand als neues Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Abstimmung  
über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und  
Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln  
beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** auf:

**Antrag der Staatsregierung  
Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung  
des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2018 (Drs. 18/6798)**

und

**Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs  
Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2018 für  
den Einzelplan 11 (Drs. 18/6891)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 54 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erster Redner hat der Kollege und Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag auf Entlastung der Staatsregierung und der Antrag auf Entlastung des ORH sind immer ein besonderes Erlebnis für mich, und ich freue mich jedes Jahr darauf; denn die Frage nach stabilen Finanzen und einem Haushalt ohne Neuverschul-

dung hat meine ganze politische Arbeit hier im Bayerischen Landtag geprägt. Ich bin 2003 gewählt worden, so wie viele hier oder zumindest doch einige. Es sind schon ein paar weniger geworden.

Ich habe miterlebt und – so kann man sagen – auch miterlitten, wie wir 2004 im Nachtragshaushalt die relativ harten Sparmaßnahmen durchgesetzt haben. Es war kein einfacher Weg, sondern ein Weg mit viel Kritik. Ich erinnere mich noch an die erste Klausur in Kreuth. Der Weg war von Protestierern gegen alle möglichen Reformen und gegen die Sparmaßnahmen gesäumt. Aber man kann jetzt, 17 Jahre später, sagen, dass der Weg erfolgreich war. Das bestätigt auch der Oberste Rechnungshof in seinem Prüfbericht der Haushaltsführung; denn er prüft ja die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Bayern, der angeschlossenen Staatsbetriebe und Beteiligungen. Er bestätigt, dass wir damals den richtigen Weg gegangen sind.

Der Jahresabschluss 2018 gibt auch einen Blick in die Zeit vor Corona. Der ORH hat ein verkürztes Prüfungsergebnis vorgelegt, um die Kapazitäten der Staatsverwaltung bei den Stellungnahmen zu schonen. Er hat erst nur die sozusagen wesentlichen Punkte mitgeteilt und die einzelnen Punkte später, als sich die Lage wieder etwas entspannt hatte. Deshalb danke ich zuerst dem Obersten Rechnungshof, dem Herrn Präsidenten Hillenbrand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das umsichtige Vorgehen und die fundierte Arbeit. Wir wissen zu schätzen, was der ORH macht, und haben es berücksichtigt bei der Einrichtung der BayernFonds-Kommission und vielen anderen Dingen. Nicht immer, aber fast immer sind wir hier dem Votum des ORH gefolgt.

Ein ganz besonderer Dank gilt aber auch dem bayerischen Finanzminister und seinem ganzen Haus. Lieber Albert Füracker, danke dir für die hervorragende, korrekte Verwaltung, dass du die Zügel beim Haushalt streng hältst und die Spielräume schaffst, damit wir für die Zukunft arbeiten können. Ohne diese Spielräume geht es nicht, und wir haben sie uns hart erkämpft. Davon profitieren die Menschen in Bayern ganz entschieden.

Der ORH-Bericht macht deutlich, dass die Staatsregierung hervorragend gewirtschaftet hat. Im allgemeinen Teil gibt es keine Beanstandungen und in den besonderen Anmerkungen die Verbesserungsvorschläge, die wir schätzen und im Wesentlichen auch umsetzen. Der ORH bescheinigt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Einnahmen von 63,8 Milliarden Euro stehen Ausgaben von 59,6 Milliarden Euro gegenüber. Ein stattliches Plus von 4,2 Milliarden Euro konnte der Rücklage zugeführt werden. Bereits zum neunten Mal in Folge waren die Einnahmen höher als geplant, und auch die Ausgaben konnten begrenzt werden. Im Jahr 2019 liegen wir mit 1,24 Milliarden Euro im Plus. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Natürlich liegt das an den guten Steuereinnahmen. Allein bei der Lohn- und Einkommensteuer gibt es ein Plus von 8,6 %. Aber es liegt auch daran, dass wir die Ausgaben immer konsequent begrenzt und uns auf Schwerpunkte konzentriert haben. Die Investitionen erhöhen sich um 691 Millionen Euro – das ist mit 11,1 % der Spitzenwert unter den westdeutschen Flächenländern. Der Durchschnitt liegt bei 8,9 %. Das zeigt, dass wir unseren Ankündigungen und Versprechungen auch Taten folgen lassen. Die Ausgaben für Baumaßnahmen stiegen um 9,7 % auf 1,64 Milliarden Euro. Die Ausgaben für den Betrieb von Straßen, Brücken und Gewässern lagen allein bei 610 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Infrastruktur ist uns ausgesprochen wichtig. Auch die Investitionsförderung ist deutlich gestiegen. Der Wohnungsbau erfuhr einen Zuwachs von 42 %, die Wirtschaftsförderung von 8,9 %, die Wissenschaft von 9 % und die Breitbanderschließung von 13 %. Wohnungsbau, Heimatstrategie,

Wissenschaftsförderung, Breitbandausbau und vieles mehr sind die wichtigen Punkte, die wir vorantreiben.

Die Rücklage konnte gestärkt werden, sodass wir laut ORH-Bericht zu Ende des Jahres 2020 einen Puffer von rund 7 Milliarden Euro haben werden. Natürlich bedeutet Corona einen wesentlichen Einschnitt in unsere Finanzpolitik. Deshalb ist es so wichtig, dass wir Rücklagen haben, damit wir auch investieren und die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen können. Zu Beginn war es wichtig, schnell und wirksam zu helfen. Das ist gelungen. Bayernweit sind 89 % der Menschen mit dem Krisenmanagement der Staatsregierung zufrieden. Unser Ziel muss sein, dass wir langfristig gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise zeigt, wie wichtig es ist, ein Polster zu haben. Wenn wir die sprudelnden Steuereinnahmen einfach ausgegeben hätten, so wie es andere Länder gemacht haben, und nicht seriös gearbeitet hätten, dann stünden wir vor größeren Problemen. Mit dem Nachtragshaushalt 2019/2020 haben wir im Wesentlichen die Schwerpunkte gesetzt, die uns nach vorne bringen, und mit den beiden Nachträgen haben wir auf die Herausforderungen von Corona reagiert. Unser Rating ist hervorragend, und deshalb konnten wir entschlossen handeln. Schuldenaufnahme und Kreditermächtigung waren für uns kein Problem, weil sie im Vergleich zu unserem Schuldenstand natürlich hoch sind, aber uns im Vergleich mit allen anderen Bundesländern nicht überlasten. Wir haben einen Schuldenstand von knapp 27 Milliarden Euro. 19,5 Milliarden Euro entfallen auf den allgemeinen Haushalt, 7,5 Milliarden auf die BayernLB. NRW hat im Vergleich dazu einen Schuldenstand von 170 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2019, und da ist Corona noch nicht dabei.

Auch die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Bayern sensationell niedrig und zeugt von einer hervorragenden Wirtschaftsführung, dem Maßhalten zur rechten Zeit und dem Investieren an der richtigen Stelle. Wir müssen weiter so diszipliniert arbeiten. Das gilt auch für den Krisenfall. Das heißt, wir können nicht dauerhaft neue Schulden machen. In der Krise können wir es, aber in der Zukunft werden wir wieder daran arbeiten müssen, dass wir möglichst ohne neue Schulden auskommen. Die Schuldenbremse hat die Bewährungsprobe bestanden. Wir konnten reagieren und agieren, und wir haben einen Tilgungsplan aufgesetzt. Innerhalb von zwanzig Jahren wollen wir die neuen Schulden tilgen. Nur zum Vergleich: NRW gibt sich dafür vierzig Jahre Zeit. Das zeigt, dass wir nahe an den Dingen sind und konsequent neue Schulden zurückführen wollen. Das ist generationengerecht. Das ist solidarisch und überlastet die zukünftigen Generationen nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir auch immer Forderungen vor allem aus den Reihen der GRÜNEN abgelehnt, die Schuldenbremse aufzuweichen. Gerade die Union und insbesondere die CSU haben für die schwarze Null in Bund und Ländern gesorgt. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten. Das ist unser Markenkern.

Im Haushaltsausschuss haben wir die Anregungen des ORH aufgegriffen und Beschlüsse gefasst. Wir werden in den Einzelfällen die Mängel abstellen und Verbesserungen herbeiführen. Im Großen und Ganzen sind es aber wirklich Einzelfälle, die nicht von einer Unregelmäßigkeit zeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb alle, dem Antrag auf Entlastung der Staatsregierung für das Jahr 2018 zuzustimmen – er ist mehr als gerechtfertigt –, und natürlich auch der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2018 im Einzelplan 11.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nun hat die stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heuer ist nichts mehr wie es vorher war. Die Corona-Krise hat uns alle aus der politischen Routine gerissen und zu einem Blick in die Zukunft gezwungen. Zukunft kann man aber weder voraussagen noch berechnen – das haben uns die Pandemie und vorher schon die Finanzkrise deutlich gezeigt. Zukunft kann man aber gestalten. Dazu gilt es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen weiter zu blicken als nur über den Zeitraum bis zur nächsten Wahl. Darum ist es heute umso wichtiger, Bilanz zu ziehen und Vorsorge zu treffen. Schauen wir genau darauf, wie wir gewirtschaftet haben und wie transparent das Geld eingesetzt wurde. Die Versäumnisse der letzten Jahre fallen uns nämlich seit März bitter auf die Füße.

Die Ausgaben sind 2018 um 4,9 % gestiegen. 2019 wurden sogar Ausgabensteigerungen von 6,5 % beschlossen. Für 2020 – alles noch vor der Krise – kamen noch einmal 3,2 % oben drauf. Das Ziel – ich erinnere – war doch, unter 3 % zu bleiben. Trotz Warnungen haben Sie 2018 etliche neue Ausgaben beschlossen, und per Gesetz gleich für die nächsten Jahre mit dazu – Ausgaben, die zukünftige Haushalte extrem belasten und den Handlungsspielraum einschränken: 375 Millionen Euro Landespflegegeld, 767 Millionen Euro Familiengeld, 150 Millionen Euro Eigenheimzulage, 37,5 Millionen Euro Baukindergeld – über 1,3 Milliarden Euro, alles ohne strukturelle Verbesserungen.

Die Steigerung im Ressort für Gesundheit und Pflege beträgt 250 %, geht aber fast ausschließlich für das Landespflegegeld drauf. Diese Mittel könnten wir jetzt gut für eine nachhaltige Vorsorge gebrauchen, für ausreichend und dauerhaft besser bezahltes Pflegepersonal, nicht bloß einmal 500 Euro auf die Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rücklage, die sich angesichts der guten Steuereinnahmen positiv entwickelt hatte, betrug Ende 2018 rund 10 Milliarden Euro. Bis Ende 2020 wollten Sie sie – noch vor Corona – auf 7 Milliarden Euro dezimieren. Bei boomender Konjunktur, schon ohne Not in Rücklagen zu greifen, ist ein No-Go, finde ich. In dieser Situation kommt jetzt der coronabedingte Konjunkturreinbruch.

Die Tilgung unserer Schulden – ein kurzer Blick auf die Schulden gehört auch dazu, wenn man Bilanz zieht – haben Sie 2019 eh quasi rückwirkend abgeschafft, gezehntelt, auf 50 Millionen. Jetzt haben wir weder sinkende Schulden noch angemessene Zuführungen an den Pensionsfonds. Zu unseren Ende 2018 knapp 27 Milliarden Euro Schulden kommen die Corona-Schulden von 20 Milliarden Euro und der BayernFonds hinzu, die Ausgaben für die zweite Stammstrecke, die Behördenverlagerungen, ein neues Konzerthaus – andere Künstler ignorieren Sie gerne mal, wenn es darauf ankommt – sowie die Investitionsstaus bei Bildung und Infrastruktur. Das, meine Damen und Herren, ist nicht generationengerecht und schon gar nicht intelligent für die Zukunft.

Was sagt nun der ORH zum Haushalt 2018? – Zunächst gilt dem ORH mit Herrn Präsidenten Hillenbrand, Frau Vizepräsidentin Frank und dem gesamten Haus ein herzlicher Dank für den Bericht und die gemeinsame Ausschusssitzung mit den konstruktiven Vorschlägen. Ich nehme es gleich vorweg; Sie werden sich nicht wundern: Die Kritik an den hohen Haushaltsresten ist deutlich und berechtigt. Die nicht gemachten Hausaufgaben haben inzwischen solch ein Ausmaß angenommen, dass sie als eigene ressortübergreifende Beanstandung im Bericht stehen. Da müssten eigentlich alle Alarmglocken schrillen.

Die Haushaltsreste haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt: 7,3 Milliarden Euro Ende 2018, also über 11 % des Haushalts. Dem Grundsatz einer bedarfsgerechten Veranschlagung wird damit nicht mehr ausreichend entsprochen. Bei Bauprojekten ist eine Ausgabenverschiebung noch nachvollziehbar, aber was ist mit 326 Millionen Euro Resten bei der allgemeinen Wirtschaftsförderung oder 114 Millionen Euro bei der Krankenhausfinanzierung? – Da bin ich auf Ihre Ausreden gespannt. 57 Millionen Euro wurden beim Kapitel Energiewirtschaft nicht umgesetzt – mehr als die Ausgaben mit 41 Millionen. Mehr wurde nicht gemacht, als gemacht. Für digitale Bildung bleiben 36,4 Millionen übrig. Kein Wunder, 2018 sind gar keine Mittel abgeflossen. Sie versprechen viel und setzen es dann nicht um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landtag muss sich das Budgetrecht zurückholen und die Möglichkeit bekommen, eingezogene Reste neu zu veranschlagen.

Der ORH fordert eine Kategorisierung der Ausgabereste, eine Übersicht darüber, was eingezogen werden kann und was nicht. Ja, das fordern wir auch,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wurde im Ausschuss aber abgelehnt.

Wenn ich dann in Ihrer Stellungnahme lese, die Staatsregierung würde keinen Mehrwert darin sehen, die Kriterien für die Ausnahmeregelungen zur Übertragung zu definieren, finde ich das arrogant. Ich appelliere also an Sie: Lassen Sie die Ausgabereste nicht weiter als Reserve in den Ressorts stehen, verwenden Sie sie zur Krisenbewältigung, investieren Sie jetzt dort, wo Geld gebraucht wird!

Erstens. 1,5 Milliarden Euro liegen bei Bau und Verkehr, Geld für Wohnraum und Schienenpersonennahverkehr; das sind Projekte wie die S 4 und die S 7 in München, der Erdinger Ringschluss, die zweite Stammstrecke – alles Projekte, über die seit Jahrzehnten geredet wird, aber keines davon ist auch nur halbwegs fertig; da ist Berlin mit dem Flughafen noch richtig schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Geben Sie 402 Millionen Euro von Soziales für neue Plätze in Frauenhäusern, soziale Infrastruktur und schnelle Hilfen für Obdachlose aus!

Drittens. 1,7 Milliarden Euro warten seit 2018 in Wissenschaft und Kunst darauf, ausgegeben zu werden – für Investitionen, Sachmittel, Zuschüsse, Personal. Hier wird offensichtlich regelmäßig zu viel veranschlagt. Personal lässt sich nicht rückwirkend einstellen.

Viertens. Stecken Sie bitte die 154 Millionen Euro Reste endlich in den vorgesehenen Breitbandausbau.

Der Gipfel aber sind die 286 Millionen Euro, die bei Bildung warten – für digitale Bildung, Schulung, genügend Personal. Bereiten Sie jetzt "Blended Learning" vor! Es ist ein Skandal, dass die Digitalisierung so lange verschleppt wurde und wir immer wieder darüber reden müssen. Es jetzt wieder den Kommunen zu überlassen, und nur Bundesmittel durchzureichen, ist zu billig. Finanzieren Sie Endgeräte für Schülerinnen, Schüler und für Lehrkräfte, implementieren Sie die Digitalisierung in den Schulbetrieb mit klaren Ansagen zusammen mit den Lehrkräften!

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sähen kluge Investitionen in die Zukunft aus.

Eines noch: Das Thema IT zieht sich generell seit Jahren wie ein roter Faden durch die ORH-Berichte. In Zeiten der Digitalisierung auch hier eine Schmach. Sie haben weder bei der Verwaltung noch im Bildungsbereich Ihre Hausaufgaben gemacht. Seit 2004 wird versucht, eine einheitliche Software für Schulverwaltungen einzuführen. 2020 gibt es noch immer kein zentrales Software- und Lizenzmanagement – weder in den Ministerien noch in den Behörden. Hören Sie auf den ORH! Stoppen Sie das Desaster von Insellösungen und den damit verbundenen unnötigen Mehrausgaben! Apropos: Das wäre eine gute Gelegenheit, der Stabsstelle Digitalministerium – zu dieser Position haben Sie es verdammt –, endlich Kompetenz und Geld zu geben, damit etwas vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Umdenken in der Haushaltspolitik ist angesichts der sinkenden Steuereinnahmen und der neuen Rückzahlungspflichten aufgrund der Corona-Schulden unumgänglich. Setzen Sie jetzt Prioritäten zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen, zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

Wir können kein Themenfeld mehr losgelöst sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wirtschaftlichen Erfolg, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit wird es nur gemeinsam mit Klimaschutz, mit der Energiewende, mit einer Verkehrswende, mit Digitalisierung und mit verlässlicher Bildung für alle geben. Denken wir endlich langfristig, handeln wir endlich nachhaltig und zukunftsgerecht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal danke für den guten Lernprozess. Diesmal hat es mit der Ankündigung ja funktioniert.

Liebe Frau Kollegin Köhler, wenn GRÜNE über den Flughafen reden, dann kommt meistens nichts Gescheites heraus. So war es eben auch hier.

Die zweite Vorbemerkung, die Sie mir gestatten: Man kann natürlich kritisieren und muss auch kritisieren, wenn man in der Opposition ist. Aber dass Sie jetzt überhaupt kein gutes Haar an der Haushaltsrechnung finden, lässt tief blicken.

(Beifall)

Ich möchte deshalb damit beginnen, den Finanzministern – wir reden von 2018 – Markus Söder und Albert Füracker und dem ORH unter Führung des Präsidenten Hillenbrand und der Vizepräsidentin Frank meinen herzlichen Dank zu sagen. Die Anregungen des Obersten Rechnungshofs sind eminent wichtig. Es waren nicht gerade sehr viele; aber sie sind eminent wichtig. Sie wirken insbesondere präventiv; denn schon die Gefahr, vom Obersten Rechnungshof gerügt zu werden, führt naturgemäß dazu, dass in der bayerischen Staatsverwaltung aufgepasst wird, dass man eben nicht Geld verschwendet und unnütz ausgibt. Deswegen kann, darf und muss man der Bayerischen Staatsregierung eine seriöse und solide Haushaltsführung ebenso bescheinigen wie die richtige Richtung, den richtigen Kompass. Es war und ist richtig, auf die schwarze Null zu setzen und nicht auf irgendwelche Fantasieprojekte, die die Verschuldung in die Höhe treiben. Zumindest ein anderes Bundesland fällt mir ein, das es fertiggebracht hat, in einer fünfjährigen

Legislaturperiode – ich meine: dreimal – einen verfassungswidrigen Haushalt aufzustellen. Ich glaube, die GRÜNEN waren dort auch an der Regierung beteiligt. Davon hebt sich der Freistaat sehr deutlich und positiv ab.

Frau Kollegin Köhler, eines darf ich Ihnen auch nicht ersparen, wenn Sie hier die Digitalisierung ansprechen und sagen, der Freistaat möge doch endlich hier mehr Geld in die Hand nehmen und die Hardware für die Schüler finanzieren. Wir reden über den Obersten Rechnungshof. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Kommunen Sachaufwandsträger sind. Wenn der Freistaat hier ohne eine Systemänderung einfach nur blind die Kosten übernehme, würde der Oberste Rechnungshof dazu durchaus kritische Anmerkungen machen.

Sie haben von Haushaltsresten gesprochen. Da stimme ich Ihnen zu. Aber ich sage Ihnen auch: Haushaltsreste sind besser als Haushaltslöcher.

Wir haben die Hausaufgaben in der Gegenwart gemacht. Das zeigt sich gerade in der jetzigen Situation. Wir haben über Jahre konsequent Schulden getilgt. Wir haben das Landesbank-Desaster so weit in den Griff bekommen, dass wir jetzt in dieser Corona-Krise auf einer guten Grundlage Gelder ausgeben, die wir aktuell nicht einnehmen können. Wir sind finanzpolitisch krisenfest aufgestellt. Das ist ein ganz klares Verdienst der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktionen hier im Hohen Hause.

Corona ist eine Bewährungsprobe. Aber Corona ist noch lange nicht vorbei, auch ohne eine zweite Welle. Ich denke, das ist uns allen bewusst. Wir werden vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen. Das werden wir im Herbst merken; das werden wir nächstes Jahr merken; das wird uns noch jahrelang begleiten. Deswegen ist es wichtig, in so einer Situation die Frage zu stellen: Was haben wir gut gemacht? Wo müssen wir zu alten Tugenden zurückkehren? Natürlich auch: Wo müssen wir nachsteuern? Aber die Vergangenheit hat es gezeigt: Wir haben sehr viel richtig gemacht; denn sonst hätten wir diese Krise bis heute nicht so meistern können.

Deswegen frage ich mich, Frau Kollegin Köhler, wenn ich nur "Wir brauchen eine Wende, wir brauchen eine Wende, wir brauchen eine Wende" höre: Haben wir alles falsch gemacht? Und warum stehen wir trotz der Krise noch vergleichsweise gut da?

(Beifall)

Ja, wir müssen uns auf unsere Kernkompetenzen besinnen. Dazu habe ich alles Mögliche gehört. Aber über eines, Frau Kollegin Köhler, habe ich gar nichts gehört: über die Wirtschaft. Die Wirtschaft, die Industriepolitik ist eine unserer Kernkompetenzen. Dazu kommen natürlich auch Bildung und Innovation. Das hat uns stark gemacht, das ist unsere Basis. Auf dieser Basis können und müssen wir gut aufbauen. Aber das heißt auch, dass wir uns wieder stärker auf diese Basis besinnen müssen.

Frau Kollegin, Sie haben an der Eigenheimzulage, am Landespflegegeld und an kostenfreien Kindergärten Kritik geübt. Ich sage ganz offen: Unter anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen hätten wir das vielleicht gar nicht angeboten. Es war möglich. Das hat der Haushalt hergegeben.

Selbstverständlich muss man Dinge auf den Prüfstand stellen, wenn die Zeiten schlechter werden. Aber ich bitte Sie schon auch, anzuerkennen, dass es bewusste Prioritätensetzungen dieser Regierung waren. Sie können andere Prioritäten setzen. Aber ich glaube schon, dass unsere Prioritäten sehr wohl generationengerecht und zukunftsintelligent waren und sind, um Ihre Worte hier zu gebrauchen.

Ein letzter Punkt. Sie haben das Budgetrecht des Landtags angemahnt und haben auf die Ausgabenreste verwiesen. Beim ersten Punkt stimme ich Ihnen zu. Natürlich müssen wir als Bayerischer Landtag das Budgetrecht wieder in die eigenen Hände nehmen. Das haben wir bei den zwei Nachtragshaushalten der Finanzminister ganz bewusst nicht getan, weil es in so einer Krise nicht richtig gewesen wäre, in der heute schon das, was man gestern gesagt hat, falsch sein kann. Deswegen mussten wir der Exekutive natürlich Geld in die Hand geben, dass sie sehr schnell und flexibel reagiert. Das ist beim Doppelhaushalt wieder komplett anders zu sehen. Das wird beim Doppelhaushalt auch anders sein. Aber dass Sie die Haushaltsausgabenreste hier als Beleg für die Forderung hernehmen, dass der Landtag das Budgetrecht wieder in die eigenen Hände nehmen muss, ist in der Tat verfehlt. Denn wir können ja jederzeit dort, wo Ausgabenreste vorhanden sind, Budgets auch für die Zukunft kürzen; und wir können diese dann, wenn wir der Meinung sind, dass sie erhöht werden müssen, auch erhöhen.

Deswegen sage ich: Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Die Haushaltsrechnung 2018 ist vorbildlich. Wir werden die Staatsregierung und den Obersten Rechnungshof selbstverständlich mit bestem Gewissen und großer Freude entlasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat uns wieder einen Bericht vorgelegt. Es geht um die Entlastung der Staatsregierung für das Jahr 2018. Wie schon im Bericht zuvor hat der Oberste Rechnungshof der Regierung wieder mit einem ganzen Strauß an Kritikpunkten die Aufwartung gemacht. Freilich ist es ein dorniger Strauß, den die Regierung mit wenig Freude empfängt und wohl am liebsten in eine dunkle Ecke stellen würde. Daher möchte ich Ihnen heute die schillerndsten Blüten staatlichen Versagens noch einmal vor das Gesicht halten.

Fangen wir mit dem Vergissmeinnicht des Schienenverkehrsplans an. Wir geben jedes Jahr ca. 700 Millionen Euro für den Schienenverkehr aus. Doch wie jeder Zugreisende weiß, gibt es trotzdem zahlreiche Signalstörungen sowie zahlreiche Mängel zum Beispiel am Gleisoberbau. Nun wäre es interessant zu wissen, welche Kosten in Zukunft auf uns zukommen. Dafür könnte ein solcher Schienenverkehrsplan sehr praktisch sein. Nur gibt es diesen nicht. Auch wissen wir nicht, welche Kosten wir tatsächlich einsparen könnten, da leider dieses wichtige Planungsinstrument namens Schienenverkehrsplan fehlt. 2019 hat man uns versprochen, dass dieser wichtige Plan bald fertigwerden würde. Das verspricht die Regierung übrigens schon seit 14 Jahren. Man könnte sagen, dass die Regierung bezüglich des Schienenverkehrs keinen Plan hat. So müssen wir uns überraschen lassen, wohin diese Reise auf Kosten des Steuerzahlers uns letztlich führen wird.

Für besondere Fehlleistungen vergebe ich die schwarze Rose an die Regierung für die Missachtung des Vergaberechts, und zwar für die Öffentlichkeitsarbeit des Wirtschaftsministeriums. Ausgeschriebene Kampagnen wurden während des Vergabeverfahrens umgeschrieben, Erfolgskontrollen fehlten. Da muss man sich schon fragen, wie mit dem Steuergeld umgegangen wird. Wenn ich etwas kaufe, dann prüfe ich doch, ob ich das Bestellte auch bekomme. – Nicht so das Wirtschaftsministerium. Ich begrüße zumindest den Erkenntnisgewinn, dass ein nach oben offenes Kampagnenbudget nicht unbedingt an die Sparsamkeit appelliert. Wir werden sehen, ob hier in Zukunft wenigstens die Grundsätze des Vergaberechts eingehalten werden.

Noch krasser wiegt das Versagen der Regierung im Bereich Gesundheit und Pflege, bei ihrem Programm zur Förderung von Kurorten und Heilbädern. Seit 2012 wurden für die abgerufenen Fördermittel keine Verwendungsnachweise verlangt. Das heißt, die Empfänger hätten mit den Steuergeldern hemmungslose Partys feiern können, und niemandem wäre das aufgefallen oder niemand hätte das kritisieren können. Jetzt wurde angekündigt, dass man gerade mal bei einem knappen Drittel der eingereichten Verwendungsnachweise eine Sichtung der Unterlagen vorgenommen hat. Auf das Ergebnis dürfte der ausgepresste Steuerzahler gespannt sein; von etwaig noch nicht erbrachten Nachweisen ganz zu schweigen.

Jetzt kommen wir auf das Mauerblümchen der sogenannten Ausgabereiste zu sprechen. Diese belaufen sich zum 31.12.2018 auf sage und schreibe 7,3 Milliarden Euro: 7,3 Milliarden Euro, die vom Steuerzahler bezahlt, aber nicht verwendet wurden, weil sich die Regierung verkalkuliert hat. Den größten Posten macht der Schienenpersonennahverkehr mit mehr als 800 Millionen Euro aus. – Wofür hatte die Regierung noch mal keinen Plan? – Hier setzt sich das Trauerspiel fort. Nach den Leistungen zum ÖPNV-Gesetz, das mit mehr als einer halben Milliarde zu Buche schlägt, folgt auf Platz 3 das Wohnraumförderungsprogramm mit über 400 Millionen Euro.

Letzteres ist besonders bemerkenswert: Während sich der Steuerzahler die eigenen vier Wände nicht mehr leisten kann, da der Staat ihn bis auf die Knochen ausplündert, kommt das Geld, das er für die eigenen vier Wände benötigt, nicht bei ihm an, da es in Programmen eingefroren wurde, die ihm nichts nützen. Die Ausgabereiste sind Gelder, die wie ein Mauerblümchen nicht zur Geltung kommen. Nur dass es sich halt nicht um ein paar Pfennige handelt, sondern um 7,3 Milliarden von der bayerischen Bevölkerung hart erarbeitete Euronen.

Jetzt kommen wir in den Genuss einer besonderen Pustebblume. Ein Projekt, mit dem Steuergelder mit Ansage in die Luft geblasen wurden. Ich spreche vom Projekt "IZB Residence". Bei der IZB handelt es sich um das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie. Ziel und Aufgabe dieses Zentrums war und ist es, junge Unternehmen im Bereich der Bio-, Gen- und Lebensmitteltechnologie zu fördern. Um diesen Zweck zu erfüllen, hatte man im dortigen Management mit Segen des Aufsichtsrats ein Projekt namens Boarding House eronnen. Es sollten Unterkünfte für Gastwissenschaftler geschaffen werden. Wohlgermerkt: Der Zweck ist es, junge Unternehmen zu fördern.

Was hat man mit den Mitteln vollbracht? – Das ist so grotesk, dass ich aus der Präsentation dieses Projekts zitiere: Die IZB Residence präsentiert sich als Hotellerie der gehobenen Kategorie. Die IZB wirbt damit, "erstmal in Europa Design-Unterkünfte auf einem Wissenschaftscampus" anzubieten. Dem Werbeauftritt der IZB zufolge verfügt das Bauwerk über 42 modern designte Zimmer und Suiten, eine 24-Stunden-Rezeption sowie eine gehobene Gastronomie. Außerdem gibt es komfortabel eingerichtete Empfangs-, Bar- und Loungebereiche. Im siebten Stockwerk wurde ein 170 qm großer Clubraum mit raumhoher Verglasung und Dachterrasse eingerichtet. – Das ist wahrlich eine Förderung, die sich junge Start-ups wünschen. Unbezahlbare Hotelzimmer! Dementsprechend entwickelte sich dieses Projekt zum Millionengrab. Abgesehen davon, dass die Kosten pro Hotelzimmer explodierten und außer jeglicher Konkurrenz stehen, blieb die Auslastung dieses Luxushotels unter 50 %.

Die Stellungnahme des Managements hierzu fasse ich kurz zusammen: Man solle es nicht so eng sehen, schließlich betreibe ja der Freistaat diese Unterkunft, und es sei ja auch ein Wissenschaftshotel. – Solche Aussagen sind blanker Hohn für die Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Denn es ist ja nur deren Geld, das für Hirngespinnste verblasen wird. Bei einem so arroganten Missmanagement ist nur die Auswechslung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats die richtige Antwort. Ein entsprechender Antrag der AfD im Haushaltsausschuss wurde freilich abgelehnt – mit der Folge, dass diese Herrschaften weiter mit Segen der Regierung misswirtschaften können. – Es tut mir leid, aber dafür fehlt mir jegliches Verständnis.

Ich fasse zusammen: Ich bin dankbar für die Institution des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, der penibel und konsequent die Misswirtschaft des Freistaats aufdeckt. Meine Damen und Herren Kollegen – damit komme ich auch zum Ende –, das Symbolbild für das Streben nach Erkenntnis war in der deutschen Geschichte die berühmte blaue Blume. Wir von der AfD-Fraktion reichen Sie Ihnen zur erlösenden Erkenntnis. Nehmen Sie diese endlich an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf beginnen mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Obersten Rechnungshofes für ihre auch im Jahresbericht 2020 genaue, engagierte und zielgerichtete Arbeit. Ein Teil davon wurde hier bereits vorgetragen. Aber Kollege Zellmeier hat von Einzelfällen gesprochen. Das stimmt nicht. Es sind einzelne Fälle. Ich denke zum Beispiel daran, dass wir jetzt das "Jubiläum" feiern, dass in den Berichten die bayerische Finanzverwaltung 22-mal hintereinander kritisiert wird, und zwar nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern dass zu wenig Personal zur Verfügung steht. Das wird 22-mal hintereinander erwähnt. An dieser Stelle von einem Einzelfall zu sprechen, ist glatt verfehlt. Es geht dabei um die zu geringe Personalausstattung. Die Folge davon sind fehlende Millionen und Milliarden an Steuereinnahmen. Kolleginnen und Kollegen, was ebenfalls fatal ist: Das Gefühl der Steuergerechtigkeit in Bayern bleibt auf der Strecke.

Oder sehen wir uns an, wie oft kritisiert wird, dass Förderprogramme des Freistaats in den verschiedenen Ministerien nicht konsequent umgesetzt werden: Man hat teilweise den Eindruck – zum Beispiel nach dem Bericht des letzten Jahres über das Wirtschaftsministerium –, dass im Ministerium keiner mehr weiß, welche Förderprogramme für was da sind, und dass schon gar keine Kontrolle stattfindet, wo die Erfolge sind. Kollege Zellmeier, da kann ich an dieser Stelle nicht von Einzelfällen reden, sondern dahinter ist ein Strukturfehler. Strukturfehler gibt es auch an anderer Stelle. Ich danke dem Rechnungshof auch dafür, dass er, zum Beispiel in einer Stellungnahme zum Gesetz zum BayernFonds und zur Bayerischen Finanzagentur, darauf hingewiesen hat, wo Verbesserungen notwendig sind. Dass es eine parlamentarische Begleitkommission gibt und dass es umfassende Prüfrechte des ORH, jetzt fixiert im Gesetz, gibt, ist einzig und allein der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zu verdanken. Deswegen kündige ich bereits an dieser Stelle für die SPD an, dass wir selbstverständlich der Entlastung des Rechnungshofs zustimmen werden.

(Beifall)

Ich bin aber dem Rechnungshof insbesondere dafür dankbar, dass er doch noch einen ausführlichen Bericht veröffentlicht hat; denn die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es wert, dass sie in diesem Landtag behandelt und nicht mit der Begründung und dem Schlagwort der Corona-Krise nicht veröffentlicht wird. Wir als SPD haben darauf gedrungen, und dankenswerterweise hat die Spitze des Hauses hierauf reagiert.

Warum haben wir darauf gedrungen? – Weil es gerade in einer krisenhaften Situation dringend notwendig ist, auf die Details eines Haushalts zu schauen. Und zu den Details eines Haushalts gehört zum Beispiel die strukturelle Frage, wie es denn mit den Ausgabenresten aussieht. Es wurde bereits mehrfach gesagt: Die Ausgabenreste betragen in diesem Berichtszeitraum 7,3 Milliarden Euro. Sie haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Daneben gibt es aber auch noch 11 Milliarden Euro an aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen. Das heißt nicht, dass dieses Geld nicht irgendwann für irgendetwas ausgegeben wird und dass darüber ein Landtag nicht schon irgendwann einmal beschlossen hat. Aber das heißt, dass sie nicht zielgerichtet in den Jahren ausgegeben und für die Zwecke benutzt werden, für die sie im Haushalt vorgesehen wurden.

Mit Wahrheit und Klarheit eines Haushalts hat das nach unserer Auffassung nichts mehr zu tun. Der Haushalt ist mehr und mehr eine Black Box. Das ist das Gegenteil von Transparenz. Der Haushalt ist ein Verschiebepbahnhof für Millionen und Milliarden geworden, bei dem am Haushaltsgesetzgeber vorbei einzelne Entscheidungen möglich sind und bei dem man erst ex post, also danach, zu einer Kontrolle und zu richtigen Entscheidungen kommt.

Das kritisieren wir. Das muss sich in den nächsten Jahren ändern. Der Rechnungshof hat den Finger in die Wunde gelegt. Deswegen war es richtig, dass wir auch in diesen Zeiten einen ausführlichen Bericht bekommen haben; denn wer schon in normalen Zeiten wie 2018 nicht bereit ist, das Parlament, den Gesetzgeber, die Öffentlichkeit bei allem mitzunehmen, zumindest zu informieren – offene Information, wann es nötig ist, wie viel Geld zur Verfügung zu stellen –, der muss sich fragen lassen, wie er denn dann in einer Krise handelt.

Leider hat sich bestätigt, was der Rechnungshof feststellt. Ich meine hier nicht nur die Infektionsschutzverordnung und Verwaltungsvorschriften und Richtlinien, die man zwar schnell erlassen kann und bei bestimmten Fragen schnell erlassen muss, aber bei denen man danach das Parlament einbeziehen und sich Bestätigung holen und gegebenenfalls auch Korrekturen mit dem Haus diskutieren kann. Das machen Sie nicht nur bei der Infektionsschutzverordnung nicht, sondern das machen Sie insbesondere beim Sonderfonds Corona-Pandemie nicht. Das sind zweimal 10 Milliarden Euro in einer Black Box. Das Parlament bestimmt über die einzelne Ausgabe nicht mehr mit, sondern wird nur noch informiert, und das auch noch sehr zeitverzögert. Teilweise gibt es auch Presseerklärungen des Ministerpräsidenten, zum Beispiel zu 370 bis 400 Millionen Euro für den öffentlichen Personennahverkehr, die uns gegenüber bisher nicht angezeigt sind.

Wenn man das alles zusammenfasst, Kolleginnen und Kollegen, dann ist die Entlastung der Staatsregierung für die Haushaltsrechnung 2018 natürlich auch ein politisches Zeichen. Dieses politische Zeichen kann nur heißen: Nein, eine Entlastung für diese Art der Tätigkeit kann und darf es aus diesem Haus nicht geben. Von der SPD wird es sie nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Entlastung steht auf der Tagesordnung, und streng nach dem Wortsinn und in Anlehnung an § 120 Aktiengesetz müsste man den ORH und die Staatsregierung eigentlich für das Jahr 2018 entlasten; denn der Einzelplan 11 und die Haushaltsrechnung sind ordnungsgemäß aufgestellt. Nichts anderes bedeutet Entlastung.

Beim Einzelplan 11, dem Haushalt des ORH, habe ich damit auch überhaupt kein Problem, aber bei der Haushaltsrechnung des Freistaats durchaus; denn erstens weist diese einzelne Stellen aus, bei denen bayerische Steuergelder alles andere als effizient eingesetzt wurden, und zweitens ist der Umgang der Regierung mit den ORH-Anmerkungen in manchen Fällen nahezu eine Zumutung. Ich werde dies gleich noch erläutern.

Aber zunächst noch etwas Grundsätzliches. In der aktuellen Lage müssen wir überlegen, wie wir mit einem Ausgabenprogramm möglicherweise die Wirtschaft stabilisieren. Das ist völlig okay. Wenn die bayerische Wirtschaft den Tiefpunkt der Krise aber überwunden hat, müssen wir sicherlich an der einen oder anderen Stelle Kürzungen vornehmen, vor allem an den Stellen, wo man mit weniger Geld ein vielleicht genauso gutes Ergebnis erzielen kann. Das betrifft die Effizienz der Haushaltspolitik, die ich schon öfter einmal zitiert habe. Ich fand es sehr schön, dass Herr Minister Füracker genauso wie im Haushaltsausschuss angekündigt hat, dass möglicherweise der nächste Doppelhaushalt ganz anders ausschauen wird und auch mit einigen Kürzungen zu arbeiten hat. Umso schlimmer war es, dass ihn der Herr Ministerpräsident zurückgepiffen und wenige Tage später verkündet hat, es werde keine Ausgabenkürzungen geben. Ich bin gespannt darauf, wie dieser Spagat ausschauen wird. Ohne Kürzungen wird es wohl nicht gehen. Dafür haben Sie auf jeden Fall die Unterstützung der liberalen Seite.

Jetzt ein paar konkrete Beispiele, wie sie insbesondere der ORH aufgelistet hat. Bei dieser Gelegenheit auch von meiner Seite vielen Dank an den ORH, an Herrn Hillenbrand und seine Mitarbeiter. Wir sehen es immer wieder in den Diskussionen im Haushaltsausschuss: Auch wenn man tiefergehende Fragen stellt, ist alles, was man zu hören bekommt, fundiert und niet- und nagelfest. Ich muss sagen, das ist beeindruckend.

Erstes Beispiel: Software-Lizenzmanagement in der Staatsverwaltung. Ich lese einmal vor, was dazu in dem ORH-Bericht steht: Die jährlichen Software- und Lizenzkosten der Staatsverwaltung seien mittlerweile auf 175 Millionen Euro gestiegen; die Staatsregierung habe keinen Überblick über den Einsatz und den Kostenanteil ihrer Software-Lizenzen; dabei habe der Ministerrat schon vor 14 Jahren beschlossen, ein Zentrales Software-Vertrags- und Lizenzmanagement einzuführen. – Und das in der Corona-Krise, in der wir ohnehin noch viel stärker auf die digitalen Möglichkeiten setzen müssen. Das kostet Geld. Das kostet verdammt viel Geld des Steuerzahlers.

Ich verstehe, dass viele Fachministerien nicht bereit sind, digitale Projekte an das Digitalministerium, das wir haben, abzugeben. Das Digitalministerium kümmert sich aber um die Koordinierung. So steht es jedenfalls auf der Homepage des Digitalministeriums. Es gibt sogar eine Abteilung im Ministerium mit den Aufgaben der IT-Strategie und der digitalen Koordinierung. Ich würde sagen, man könnte sich wirklich verdient machen, wenn man diesen Altfall endlich beseitigen und dies zusammenfassen würde. Das würde ich als die mindeste Aufgabe sehen. Bisher habe ich aber diesbezüglich noch keine Veränderung erkennen können.

Ein weiteres Highlight ist das Millionengrab ASV, Amtliche Schulverwaltung. Die Einführung ist ja wohl völlig aus dem Ruder gelaufen. Seit Anfang des Projekts hat sich das Budget versechsfacht. Am Anfang waren 4,5 Millionen und ein Projektbeginn im Jahr 2007 vorgeschlagen. Heute sind wir bei 28 Millionen Euro. Die ursprünglich geplante Umsetzung war bis September 2009, der letzte Planungsstand ist jetzt Schuljahr 2021/2022. Das ist Inkompetenz pur: Inkompetenz in Projektplanung, in Projektleitung, in Projektdurchführung. Es gibt keinen Projektplan und keine klaren Verantwortlichkeiten. In einem normalen Unternehmen wäre das Projekt schon lange unterbrochen worden; vermutlich wäre es ohne Projektplan noch

nicht einmal gestartet worden, und die Projektleitung wäre schon lange entlassen worden. Ich hätte sie auf jeden Fall herausgeschmissen.

Deshalb wollten wir als FDP über den ORH-Vorschlag sogar hinausgehen. Ich hatte ja im Haushaltsausschuss vorgeschlagen, das Projekt bis dahin auszusetzen; denn wenn es so lange läuft, hätten ein paar Monate Unterbrechung auch nichts gemacht. Dann hätten wir endlich einen Projektplan bekommen, in dem ein Zeitplan, ein Budget, Verantwortlichkeiten, Projektcontrolling enthalten sind. Der Haushaltsausschuss war ein bisschen kulanter, hat aber trotzdem sehr deutlich formuliert, welche Art von Projektplan er sich vorstellt.

Es gibt noch eine ganze Menge weiterer Beispiele. Am meisten ärgert es mich, dass es so eine lange Liste an Altfällen gibt. Es gibt sehr viele Fälle, die seit zehn oder noch mehr Jahren immer wieder aufgewärmt werden. Da zeigt es sich immer wieder, dass man eigentlich über diese Kosteneffizienz offenbar nie so richtig nachdenkt. Hier steckt ein enormes Potenzial.

Der ORH kann solche Fälle ja immer nur identifizieren, aufzeigen und Vorschläge zur Verbesserung unterbreiten, und es ist unsere Aufgabe als Parlament, dafür zu sorgen, dass solche Fälle auch aufgegriffen und erledigt werden. Selbst wenn die Regierung, das heißt der Haushaltsausschuss und das Parlament vorschlagen, den ORH-Vorschlägen zu folgen oder etwas geänderten Vorschlägen zu folgen und es dann vom Parlament so beschlossen wird, heißt es immer noch nicht, dass es auch erledigt wird. Das zeigt die Liste der Altfälle. Ich finde, das grenzt schon an Missachtung des Parlaments.

Wir werden auch heute wieder beschließen, welche Maßnahmen wir unternehmen, um die ORH-Monita aufzuarbeiten. Ich bin gespannt, was nächstes Jahr im Bericht dazu steht, wie viel wirklich aufgearbeitet wurde. Ich fordere deshalb, dass wir ein System einführen sollten, das die Ministerien stärker – ich sage das gewissermaßen in Anführungszeichen – motiviert, sich um die Altfälle intensiver zu kümmern. Es ist wie bei Kindern: Wenn das Alte noch nicht erledigt ist, gibt es nichts Neues, ganz einfach. – Wenn die Altfälle nicht erledigt sind, gibt es Einschränkungen im aktuellen Budget. So würde ich das machen. So würde man dafür sorgen, dass die Altfälle aufgearbeitet sind.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ihre Redezeit wäre zu Ende, Herr Kollege.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Ich denke, wir können einer Entlastung der Haushaltsrechnung auf keinen Fall zustimmen. Der Entlastung des ORH, Einzelplan 11, stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Ernst Weidenbusch.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist festzustellen, dass bei einem Haushaltsvolumen von über 62 Milliarden Euro der ORH der Staatsregierung bescheinigt hat, dass sie wunderbare Arbeit geleistet hat und dass in einem Volumen von 99,99 % die Dinge völlig ordnungsgemäß gelaufen sind. Das ist nicht nur das Verdienst der Staatsregierung, sondern das ist auch das Verdienst aller Mitarbeiter des Freistaats Bayern, der Beamten und der Angestellten. Denen haben wir an dieser Stelle eigentlich grundsätzlich zu danken, denn über 60 Milliarden Euro abzuwickeln, ist kein Pappenstiel.

(Beifall bei der CSU)

Letztendlich haben das ja die Redner der Opposition in ihren Wortbeiträgen bescheinigt. Womit haben sie sich denn befasst? – Mit dem Schienenverkehrsplan und mit Ausgaberesten. Ansonsten gab es in der Substanz keine wirkliche Kritik, weil es nichts zu kritisieren gab. Selbst das wurde nur beim Obersten Rechnungshof abgelesen, aber leider noch nicht einmal ganz verstanden.

Da wollen wir das Ganze doch ein bisschen bildhaft machen. Wovon reden wir denn? – 62 Milliarden Euro Haushalt, das vergleiche ich jetzt mit dem Haushalt einer Familie in Bayern, der es nicht so gut geht, die beispielsweise jetzt in der Corona-Zeit am Flughafen München arbeitet – Sie wissen ja, da kenne ich mich aus – und die Flugzeuge ausgeladen hat. Die haben im Jahr 15.500 Euro Gesamtbudget zur Verfügung. Bei uns waren von den Ausgaberesten 2,5 Milliarden Euro für Drittmittelleinnahmen Bund und Europa zweckgebunden. Dieses Geld ist deswegen ein Ausgabereist, weil wir es vorhalten müssen, damit man die anderen Gelder von Bund und Europa bekommt. Diese Familie wartet auf den Zuschuss der Gemeinde für die Solaranlage in Höhe von 630 Euro. Das haben sie noch nicht auf dem Konto. Das hätten sie gerne in dem Jahr ausgegeben, aber die Gemeinde hat halt den Zuschuss noch nicht geleistet.

2,63 Milliarden Euro sind Ausgabereiste für die Erfüllung rechtlicher und vertraglicher Verpflichtungen. Das ist nichts anderes, als wenn bei meiner Beispielfamilie der Pkw in der Werkstatt war, weil er entweder repariert werden muss oder ein Service fällig war. Aber die Rechnung über 657,50 Euro – das wird vielleicht ein VW Passat oder so sein, weil es für unsere bayerischen Modelle in der Regel sehr viel teurer ist – ist noch nicht da. Was macht die Familie? – Sie bildet einen Ausgabereist; denn sie weiß eins: Die Rechnung wird kommen, und sie muss bezahlen.

Dann haben wir noch 1,16 Milliarden Euro kommunaler Finanzausgleich. Wir alle wollen, dass es an die Kommunen ausbezahlt wird, nur die Abrechnung ist noch nicht da. Darauf haben wir keinen Einfluss. In unserer Musterfamilie – sie wohnt zur Miete – ist es die Nebenkostenabrechnung. Sie weiß schon, die Differenz beträgt in jedem Jahr so um die 290 Euro, genauso wie in diesem Jahr.

Jetzt sind schon 6,31 Milliarden Euro dieser Haushaltsreste verbraucht. Was bleibt denn jetzt noch? – 550 Millionen Euro für Hochbaustraßen, Wasserbauprojekte, die nicht zu Ende gebaut werden konnten, warum auch immer. Ich weiß es nicht mehr auswendig, ob es im November/Dezember 2018 nass oder kalt war, aber die Straße ist ja auf Dauer nicht so geblieben, sie ist im nächsten Jahr fertiggebaut worden. Bei unserer Familie ist nach zehn Jahren etwas kaputtgegangen, was sie ersetzen muss, zum Beispiel weil eine Tür zwar nicht verfault ist, sondern vielleicht jemand dagegengelassen ist. Kosten: 137,50 Euro. Das steht nicht zur Disposition. Das Geld muss diese Familie dafür genauso vorhalten wie wir.

Jetzt kommen noch zwei Positionen. Die eine heißt zentrale Budgetverwaltung: 410 Millionen Euro. Das ist das Geld, das das Finanzministerium den anderen Ministerien gelassen hat, damit sie ein bisschen Spielraum bei der Disposition haben. Bei meiner Familie heißt das Haushaltskasse und beträgt nur 102,50 Euro, damit, wer auch immer in der Familie gendgerecht für die Haushaltsführung und die Einkäufe zuständig ist, das Geld zur Verfügung hat und etwas kaufen kann. Mir ist es vollkommen egal, ob dies die Mama, der Papa oder sonst wer in der Familie macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt kommt das, womit man tatsächlich disponieren kann: 70 Millionen Euro von über 60 Milliarden Euro stecken in Sonderprogrammen. Ich habe ein bisschen das

Gefühl, es sind die 17,50 Euro, die die Familie noch hat, weil sie aufgrund kleinerer Verfehlungen einen Teil des Taschengelds einbehalten hat. Aber auch das werden sie irgendwann wieder auszahlen. Wünschen wir der Familie, den Kindern, dass es ihnen gut geht, so gut wie dem Freistaat Bayern.

Ich hoffe, Ihnen ist deutlich geworden, dass der Opposition die Auseinandersetzung mit dem Haushaltsrecht dazu dient, um überhaupt etwas zu sagen; denn es steckt nicht wirklich etwas dahinter. Die Diskussion, die wir dazu im Haushaltsausschuss geführt haben, hat ja auch dazu beigetragen, dass wir gesagt haben, wir wollen eine Sitzung des Haushaltsausschusses mit dem Finanzministerium und mit dem Obersten Rechnungshof, bei der all die Leute im Haushaltsausschuss erfahren können, um was es wirklich geht. Dort werden die Einzelprojekte exemplarisch durchgesprochen. Dann müssen die Geschäftsstellen der Oppositionsparteien ihren Rednern auch nicht mehr diesen Unsinn aufschreiben, sondern können sich mit dem befassen, was für die Haushaltsausschussarbeit wirklich wichtig wäre.

Den Kollegen Harald Güller nehme ich an dieser Stelle aus, weil ich gesehen habe, dass er nicht alles vorgelesen hat, sondern durchaus eigene Gedanken vorgebracht hat. Das hätte ich von dir, Harald, auch nicht anders erwartet.

Nach alledem: Lassen Sie unsere bayerische Familie leben und stimmen Sie der Entlastung des Obersten Rechnungshofs und der Bayerischen Staatsregierung zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Weidenbusch, es würde mich noch interessieren, welches Ministerium Verfehlungen begangen hat bzw. welchem Ministerium Sie das Taschengeld gekürzt haben.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Frau Kollegin Köhler, dass Sie das jetzt im Plenum wissen wollen, zeigt gegenüber diesem armen Kind der Familie ein echt steinernes Herz. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die meisten hier im Saal haben den Verdacht – jetzt muss ich aufpassen, weil wir in einer Koalition sind –, dass das entweder das Wissenschaftsministerium oder das Kultusministerium war.

(Heiterkeit)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Weidenbusch. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: Der ORH hat unsere Haushaltsrechnung geprüft und hat attestiert, dass die Haushaltsbewirtschaftung auch im Jahr 2018 höchst ordentlich war. Ich danke allen, die das hier ausdrücklich anerkannt haben. Ich bedanke mich natürlich auch bei allen, die in der Staatsverwaltung insbesondere mit Haushalt zu tun haben, in den Ministerien, insbesondere auch bei meinen Leuten. Ich bedanke mich natürlich auch beim ORH für die Prüfung und die Beurteilung sowie für die Tipps, die wir bekommen haben, und ich sehe der Abstimmung zuversichtlich entgegen, bei der es eine Entlastung geben könnte, obwohl viele nicht wahrhaben wollten, dass wir über ein Jahr berichten konnten und eine Haushaltsrechnung über ein Jahr erstellt haben, wie es so schnell nicht mehr kommen wird. Ich habe einen Rahmen dabei, in den wir die 4,2 Milliarden Euro Haushaltsüberschuss einrahmen können; denn so schnell wer-

den wir nicht noch einmal einen Haushaltsüberschuss von 4,2 Milliarden Euro haben.

Dass es dennoch irgendwo etwas zu kritisieren gibt, wonach man lange suchen muss, irgendwo auf Seite 98, und man dies hier dann vorträgt, ist das gute Recht der Opposition – ich verstehe es dennoch nicht; denn dieser Haushalt hat wirklich in jeder Hinsicht das Prädikat spitze verdient.

Hier werden Sachen erzählt, die einfach nicht stimmen, zum Beispiel zur Rücklage. Frau Köhler, dazu haben Sie behauptet, wir hätten die Rücklage verkleinert. Ende 2019 war die Rücklage jedenfalls größer als Ende 2018. Ende 2020 wird sie etwas kleiner sein. Wir haben hier schon berichtet, weswegen das so sein wird. Sie müssen aber wenigstens hier die korrekten Zahlen vortragen, statt die Leute zu verunsichern. Wir haben nämlich auch 2019 wieder einen guten Haushaltsüberschuss gehabt und ihn der Rücklage zugeführt. Kollege Zellmeier, dem ich als Haushaltsausschussvorsitzendem sehr danke, hat das auch dargestellt.

Natürlich haben wir Themen, die interessanterweise immer wieder dazu benutzt werden, um angeblich zu beweisen, dass Haushaltsdisziplin und Haushaltsführung schlecht wären. Ich habe schon in einer Pressemitteilung, Frau Köhler, aufmerksam gelesen, dass unsere Haushaltsdisziplin schlecht wäre, und zwar deswegen, weil wir Haushaltsreste produziert haben. – Fürwahr! Die Haushaltsreste sind zunächst dramatisch gestiegen. Ich sage Ihnen auch, weswegen: weil wir uns in Zeiten sehr guter Haushaltsführung natürlich auch viele Projekte vorgenommen haben und weil wir aufgrund einer Überauslastung bestimmter Wirtschaftsbranchen das Ganze in der Praxis eben nicht so schnell umsetzen konnten, wie wir es uns vorgenommen hatten. Dies hat aber nichts mit Haushaltsdisziplin oder mit schlechter Haushaltsführung zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass sich eben das eine oder andere Projekt verzögert. Das Geld ist noch vorhanden.

Ich habe auch von irgendjemandem gehört, Haushaltsreste wären quasi Veruntreuung von Geld. Das Geld des Steuerzahlers wurde nicht ausgegeben, ist hier gesagt worden. Meine Damen und Herren, wenn das Geld des Steuerzahlers veruntreut worden wäre, würde ich diese Kritik verstehen. Sich aber darüber zu beklagen, dass das Geld des Steuerzahlers nicht ausgegeben wurde, ist schon eine skurrile Argumentation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, Haushaltsreste sind keine freien Mittel. Der Zweck wurde vom Landtag festgelegt. Kollege Weidenbusch, dem ich für seine Darlegung sehr danke, hat erklärt, wofür diese Haushaltsreste zur Verfügung stehen. Wir können sie auch einziehen. Ganz ehrlich: Für die Staatsregierung ist es keine Last, die Haushaltsreste einzuziehen. Dann könnten wir im neuen Haushalt den Betrag wieder ausbringen, damit das Projekt, das längst begonnen wurde, umgesetzt werden kann. Was daran an Klarheit und Transparenz vorhanden sein soll, wie ich hier gehört habe, die angeblich unserem Haushalt fehlen, weiß ich nicht genau. Lieber Harald Güller, Klarheit und Transparenz kann man feststellen, wenn man unseren alljährlich vorgelegten Haushaltsbericht liest. Darin sind nämlich alle Haushaltsreste aufgelistet. Ab fünf Millionen Euro steht dort, wofür diese Haushaltsreste vorgesehen sind. Mehr Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Transparenz kann man doch eigentlich überhaupt nicht herstellen. Diese Haushaltsrechnung ist jedermann zugänglich. Ich glaube deswegen, dass wir zu den Haushaltsresten auch keine großen Diskussionen mehr zu führen brauchen.

Frau Kollegin Köhler, eines wird allerdings nicht funktionieren: Wenn wir die Haushaltsreste einziehen und dann wiederverwenden, wird dies nicht dazu führen, dass wir mit diesem Geld zweimal etwas machen können. Sie stellen das ja geradezu

so dar, als würden wir etwas behalten, damit der Landtag damit nichts mehr tun kann. Das ist eine sehr skurrile Darstellung; denn der Landtag hat beschlossen, wofür das Geld verwendet wird. Wenn es noch nicht ausgegeben ist, hätte ich als Landtagsabgeordneter zunächst einmal Freude. Dann kann ich mir überlegen, ob ich das Projekt kille. Wenn Sie vorschlagen – Ernst Weidenbusch hat das angesprochen –, die Haushaltsreste, zum Beispiel das Geld, das die Kommunen noch nicht abgerufen haben, wieder einzuziehen, werde ich den Kommunen sagen: Die GRÜNEN wollen, dass wir das nicht auszahlen. Sie haben gesagt, dass Geld nicht ausgezahlt wird. Ich habe keinen Einfluss, wenn zum Beispiel ein Krankenhausträger mit seiner Baumaßnahme noch nicht fertig ist. Ich kann doch nicht das Geld einziehen, wenn ich ihm versprochen habe, dass er das Geld bekommt. So geht dies reihenweise weiter. Das ist in höchstem Maße unsachlich.

Sie kritisieren, dass 154 Millionen Euro für den Breitbandausbau noch nicht ausgegeben wären. Ich habe wiederholt erklärt, dass wir die Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen, obwohl wir überhaupt nicht zuständig sind. Wir unterstützen die Kommunen freiwillig mit Steuergeldern, um beim Breitbandausbau voranzukommen. Die Kommunen sind dabei viel erfolgreicher, als Sie darstellen. Wenn es nicht ganz so schnell gegangen ist, wie zunächst geplant war, ist das Geld noch vorhanden; es wird aber dennoch gebraucht. Sie kritisieren dies. Sie suchen ein Haar in der Suppe, um sagen zu können: Dieser Haushalt ist nicht korrekt vollzogen. – Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Geld übrig bleibt, meine Damen und Herren, haben wir immer noch mehr Möglichkeiten zu reagieren, als wenn Geld fehlen würde. Ich lasse mir eingehen, einen Haushalt zu kritisieren, der unverhältnismäßige Ausgaben enthält, die nicht dem entsprechen, was das Parlament beschlossen hat. Letzten Endes aber kritisieren Sie uns dafür, die Staatsregierung dafür, dass nicht alles genauso schnell ausgegeben werden konnte, wie es zunächst beschlossen war. Mit dieser Kritik lebe ich. Ich kann der Öffentlichkeit gut erklären, dass dies keine Misswirtschaft ist, wie Sie es hier darstellen, sondern dass wir verlässlich bleiben, weil wir das Geld im Haushalt lassen, bis die Projekte durchgeführt sind. Deswegen bitte ich schon, die Haushaltsreste so darzustellen, wie sie sind.

Im Übrigen hat der ORH nicht kritisiert, dass wir 7,3 Milliarden Euro Haushaltsreste hätten, sondern er hat etwa 5 % davon kritisiert und dies als verwaltungstechnische Problematik dargestellt. Er hat erklärt, die Begründung, weswegen wir Haushaltsreste haben, sei hinsichtlich der Dimension nicht so ausreichend, wie es sich der ORH wünsche. Damit habe ich kein Problem. Man darf in der Sache kritisieren, wie es der ORH macht. Natürlich werden wir unsere Haushaltswirtschaft so gut fortführen, wie wir dies alle gewohnt sind.

Ich möchte noch etwas sagen. Die Zahlen, die wir 2018 hatten, betrachten wir heute ja fast schon wie aus einer anderen Zeit kommend. Wir sprechen über Haushaltsüberschüsse in dieser Dimension. Da dies mehrfach dargestellt wurde, weiß jeder, dass uns gemäß der Steuerschätzung allein im Jahr 2020 5,5 Milliarden Euro fehlen werden. Wir werden also ganz andere Dinge diskutieren müssen als die Frage, ob irgendwelche EDV-Systeme mit der Geschwindigkeit umgestellt werden könnten, wie es sich die Opposition vorstellt.

Wir haben heute Themen und Probleme diskutiert. Wenn Sie Haushaltsreste zum Problem eines Haushalts erheben, meine Damen und Herren, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, dass es in der nächsten Zeit eher kompliziert wird. Aber auch diesbezüglich beginnt man schon wieder mit Darstellungen, die der Wahrheit nicht entsprechen. Da sagt doch heute Frau Köhler, wir hätten 20 Milliarden Euro mehr Schulden gemacht, und der BayernFonds käme noch obendrauf. – Frau Köhler, wir haben vom Landtag Kreditermächtigungen in Höhe von 20 Milliarden Euro erhalten. Ich bin aber nicht am nächsten Tag zur Bank gerannt und habe gesagt, dass ich 20 Milliarden Euro haben möchte, für die ich gerne Zinsen bezahle. Sie

müssen sich vorstellen, wie so etwas in der Haushaltsabwicklung gemacht wird, damit Sie Ihr Misstrauen ablegen können. Wir nutzen eine Ermächtigung nicht dazu, um uns irgendwo Geld zu besorgen, sondern wir nutzen sie, um kluge Investitionen und Ausgaben zu decken. Dies haben wir getan. Sie sollten sich keine Sorgen machen: Die 20 Milliarden Euro sind noch nicht kapitalisiert, auch nicht beim BayernFonds, der im Übrigen noch nicht genehmigt ist. Weswegen? – Weil auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes noch nicht genehmigt ist und wir nach dem WSF des Bundes vielleicht noch ein paar Tage für den BayernFonds brauchen. Das bedrückt mich auch. Ich will nur sagen: Das Geld ist nicht ausgegeben.

Das hat mich im Übrigen bei der Darstellung des ORH ein bisschen gestört, ohne dass ich den ORH kritisieren will. Aber ich habe in der Zeitung gelesen, der Freistaat Bayern hätte 40 Milliarden Euro mehr Schulden, die Pro-Kopf-Verschuldung wäre coronabedingt um 3.049 Euro gestiegen. Meine Damen und Herren, es würde dann gelten, wenn wir die 20 Milliarden Euro voll ausschöpfen würden. Das wären etwa 1.500 Euro, wie man sich ausrechnen kann. Wenn wir den BayernFonds voll ausschöpfen, dann könnten wir von nochmal 1.500 Euro ausgehen. Ob wir den voll ausschöpfen, weiß ich nicht. Der BayernFonds ist nicht dafür gedacht, das Geld zu verlieren, sondern dafür, dass die Firmen in den Stand gesetzt werden, das Geld zurückzuzahlen. Das ist kein Geld, das wir herschenken, sondern Geld, mit dem wir Unterstützung leisten. Deswegen ist es keine richtige und differenzierte Darstellung der Tatsachen zu sagen, wir hätten 3.049 Euro Corona-Schulden obendrauf auf die gut 2.000 Euro Pro-Kopf-Verschuldung, die wir in Bayern schon haben, sondern wir hätten das dann, wenn wir die Kreditermächtigungen in vollem Umfang in Anspruch nehmen oder nehmen müssen. Deswegen bitte ich, die Dinge immer korrekt darzustellen, wie sie sind; denn es ist einfach nicht okay, die Bevölkerung mit Halbwahrheiten zu verunsichern.

Wir haben auch in der Krise unsere finanzpolitische Solidität ganz eindeutig beibehalten. Da danke ich allen, die da mithelfen; denn die Herausforderungen werden groß. Harald Güller, wenn wieder die Frage kommt, wie wir mit den 20 Milliarden Euro, mit den Kreditermächtigungen, mit den Meldungen verfahren: Das ist immer wieder dasselbe System. Ich habe jedenfalls bisher die Rückmeldungen erhalten, dass das jetzt funktioniert und dass die Häuser die Ausgaben entsprechend an den Haushaltsausschuss melden, so wie wir das miteinander vereinbart hatten. So finde ich das auch in Ordnung.

Wenn ich all das addiere: Das Jahr 2018, das wir jetzt durch ORH und Landtag bewertet haben, war ein Jahr – ich sage das noch einmal –, das einen Bilderrahmen verdient. Angesichts dessen, was 2020 ff. passiert, hat es überhaupt keinen Sinn zu glauben, wir könnten jetzt in der Haushaltsbewirtschaftung so tun, als würden wir mit Klein-Klein das retten, was wir benötigen, damit dieses Land auch in Zukunft stabil bleibt. Wir brauchen Haushaltspolitik, die Investitionen anreizt. Deswegen haben wir in unserem Haushalt Investitionen im Höchstmaß vorgeschlagen. Wenn dann einmal ein Gebäude nicht in dem Jahr fertig wird und man sagt, jetzt ist ein Haushaltsrest entstanden, meine Damen und Herren, dann ist mir das allemal lieber, als in einem Bundesland zu leben, das überhaupt kein Gebäude mehr planen kann, weil es kein Geld hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen sage ich: Wir haben in den letzten Jahren die richtige Politik betrieben. Jetzt müssen wir schauen, dass die Wirtschaft stabil bleibt und investiert wird. Wir haben mit unseren Soforthilfen geholfen. Es wird Überbrückungsgeld des Bundes geben. Wir haben steuerliche Maßnahmen ergriffen, meine Damen und Herren, und über 6,5 Milliarden Euro steuerliche Liquidität in den Unternehmen gelassen.

Mittlerweile haben die Finanzämter 300.000 Anträge verbeschrieben, damit bei den Unternehmen steuerliche Liquidität bleibt in Form von Steuervorauszahlungen, die herabgesetzt wurden, von Erstattungen von Umsatzsteuersondervorauszahlungen, von Steuerstundungsmaßnahmen: 6,5 Milliarden Euro. Die Sofortzahlungen, die geleistet wurden, belaufen sich auf über 2 Milliarden Euro. Jetzt stehen rund 5 Milliarden Überbrückungshilfen bereit durch die Gelder, die der Bund für bayerische Unternehmen zur Verfügung stellt. Wir haben den Kommunen zugesagt, zusammen mit dem Bund 4 Milliarden Euro zu geben, um insbesondere Gewerbesteuer-ausfälle zu egalisieren und für den ÖPNV entsprechende Ausfälle zu bezahlen. 380 Millionen Euro erbringt der Bund, das Land erbringt auch 380 Millionen Euro, davon rund 230 Millionen Euro für die Kommunen. Wir halten also auch hier Wort. Wir tun alles, damit das Land stabil bleibt. Wir haben mit dem Geld versucht, überall an Vorhaben zu sichern, was notwendig ist.

Ich kann Ihnen eines nicht versprechen: Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich die 20 Milliarden wirklich vollständig ausbebe, liebe Frau Köhler. Mein Ziel ist es nämlich, dass wir nicht alles brauchen. Mein Ziel ist, bei den 20 Milliarden Euro einen möglichst großen Haushaltsrest zu produzieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das wäre mein Ziel. Dann haben wir die Gewähr, dass unsere Wirtschaft in einem Zustand ist, der Zukunft verspricht. Diese Zukunft wollen wir gewinnen durch Haushaltspolitik, die wir in den letzten Jahren betrieben haben. Wir können die gegenwärtigen Lasten jetzt überhaupt nur schultern, weil wir über Jahre und Jahrzehnte grundsolide Haushaltspolitik betrieben haben, die dazu führt, dass es noch Geld gibt, mit dem investiert werden kann.

Die Kritik, die daran jetzt aus dem Rechnungshofbericht 2018 herausgesucht wird, merke ich mir; denn ich bin gespannt, was Sie dann einmal am Jahr 2020 kritisieren werden. Wenn man am besten Jahr schon so viele Dinge findet, dann habe ich heute schon Angst davor, was Sie in zwei Jahren über das sagen, was wir heute tun. Aber seien Sie sicher: Wir strengen uns auch heute an.

Ich danke dem Haushaltsausschuss, dem Parlament, den Ministerien und allen, die mithelfen, ja, auch dem Obersten Rechnungshof. Unsere Aufgabe ist jetzt, dass dieses Land stabil bleibt. Wir brauchen nicht Klein-Klein, nicht das Suchen von Stecknadeln im Heuhaufen, sondern das Denken an die Zukunft. Diesen Auftrag nehmen wir an. Ich danke allen, die heute die Entlastung für das Jahr 2018 aussprechen, und lade alle ein, intensiv darüber zu diskutieren, wie es weitergeht nach der Krise, wie wir hoffentlich bald wieder in einem Zustand sind, dass wir darüber sprechen können, was wir mit zunehmenden Steuereinnahmen machen; denn auch das ist eine Wahrheit. In den letzten Jahren haben wir über zunehmende Steuereinnahmen gestritten und gerungen, was wir damit tun. Das wird in den nächsten Jahren nicht unser Problem sein. Wir werden uns nach den Problemen des Jahres 2018 noch sehnen, meine Damen und Herren. Deswegen: zusammenhalten. Auf geht's in die Zukunft!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Füracker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 5 abstimmen, die Entlastung der Staatsregierung. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/7984 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt werden soll.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018 und des Jahresberichts 2020 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absätze 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben 2 a bis 2 p eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/7984.

Ich lasse zunächst über den Buchstaben 2 i, zu dem kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen. Wer dem Buchstaben 2 i zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der AfD. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD und des fraktionslosen Abgeordneten Plenik. So beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben 2 a bis 2 h und 2 j bis 2 p abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist das so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drs. 18/7984 ist damit in allen Punkten zugestimmt worden. Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 6 betreffend Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/7922 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2018 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenik (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen. Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt. Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten**

**Markus Blume, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),**

**Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD),**

**Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und  
Fraktion (FDP)  
zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München  
(Drs. 18/8343)  
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der interfraktionelle Gesetzentwurf der vorgenannten Fraktionen auf der Drucksache 18/8343 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf der Drucksache 18/8907 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/8343 einstimmig zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2020" eingefügt wird. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/8907.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Anpassung leistungslaufbahnrechtlicher Regelungen an die  
Notwendigkeiten in der Corona-Pandemie (Drs. 18/8327)  
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Max Gibis für die CSU-Fraktion.

**Max Gibis (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Auch der gesamte öffentliche Dienst war in den letzten Wochen und Monaten stark beeinträchtigt – natürlich nicht alle gleich stark, aber doch jeder Bereich auf seine ganz spezielle Art und Weise. Durch die ergriffenen Infektionsschutzmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie entstehen erhebliche Auswirkungen auf Ausbildung, Prüfungen und sonstige Verfahren des öffentlichen Dienstes in Bayern. So musste der Freistaat zum Beispiel seine Hochschule für den öffentlichen Dienst sowie zahlreiche weitere Bildungseinrichtungen schließen. Ebenso konnten und können die vorgesehenen Auswahl- und Zulassungsverfahren, Prüfungen und modularen Qualifizierungen nicht in der Art und Weise durchgeführt werden, wie sie eigentlich vorgesehen waren.

Durch die nun zu beschließende Gesetzesänderung kann durch leistungslaufbahnrechtliche Ausnahmemöglichkeiten von den bisher vorgesehenen Verfahren abgewichen werden, wenn diese aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen nicht oder nicht in der vorgesehenen Art und Weise durchgeführt werden können. Dabei werden den jeweils zuständigen Behörden Ausnahmemöglichkeiten an die Hand gegeben, die es ihnen flexibel ermöglichen, die beeinträchtigten Ausbildungsabschnitte, Prüfungen oder sonstigen Verfahren im Rahmen der Möglichkeiten zu modifizieren oder Ersatzlösungen, die im Gesetz niedergeschrieben sind, zu nutzen. Zum Beispiel können bei Einschränkungen in den Bereichen Einstellung, Ausbildung und Fortbildung Telearbeit, E-Learning und angeleitetes Selbststudium im Rahmen des Vorbereitungsdienstes zugelassen werden. Die fachtheoretische Ausbildung bzw. die fachtheoretische Studienzeit kann um bis zu 50 % reduziert werden, wenn mittels E-Learning und Selbststudium der Lerninhalt anderweitig vermittelt werden kann. Es kann auf Zwischenprüfungen oder einzelne Modulprüfungen verzichtet werden. Zudem wird die Möglichkeit von Prüfungswiederholungen eingeräumt. Der Prüfungsstoff und die Vorbereitungszeit können ebenfalls beschränkt werden. Beim Auswahlverfahren kann beispielsweise auf das strukturierte Interview verzichtet werden. Auf die für die Einstellung bisher notwendigen LPA-Tests kann ausnahmsweise verzichtet werden, stattdessen werden die letzten Schulabschlussnoten herangezogen und ein bisschen anders gewichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Anwärtinnen und Bewerber, besonders aus dem Finanzbereich, waren in den letzten Monaten bei den Gesundheitsämtern im Einsatz. Vielen Dank für diese Bereitschaft. Ich denke, sie haben bei den Gesundheitsämtern gerade in der kritischen Phase große Hilfe geleistet und diese sehr unterstützt. In dem heute zu beschließenden Gesetz wird geregelt, dass der bei den Gesundheitsämtern geleistete externe Dienst mit maximal sechs Monaten auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden kann. Ebenso kann auf das Zulassungsverfahren zur Ausbildungsqualifizierung verzichtet werden. Die Leistungsreihung erfolgt dann allein auf Basis der periodischen Beurteilung. Auch bei der modularen Qualifizierung kann auf die Durchführung von Maßnahmen verzichtet werden, wenn sichergestellt ist, dass durch E-Learning oder andere Formen des eigenständigen Wissenserwerbs den steigenden und gestiegenen Anforderungen der nächsthöheren Qualifizierungsebene Rechnung getragen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es obliegt der jeweiligen obersten Dienstbehörde bzw. beim LPA-Test dem Landespersonalausschuss, ob und in welchem Umfang von den genannten umfangreichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird bzw. abhängig vom weiteren Infektionsgeschehen gemacht werden muss. Durch die geschaffenen Möglichkeiten wollen wir gewährleisten, dass die zuständigen Behörden flexibel auf das weitere Infektionsgeschehen reagieren können, ohne dass die hohe Qualität unseres öffentlichen Dienstes allzu stark beeinträchtigt wird. Zudem ist bei solchen Maßnahmen ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Motivation von den betroffenen Beschäftigten gefordert. Unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst, unsere Beamtinnen und Beamten haben aber eine hohe Motivation. Gerade in den genannten Bereichen der Ausbildung, der Weiterbildung, der Fortbildung oder der modularen Qualifizierung wird ohnehin ein hohes Maß an Motivation und Engagement vorausgesetzt.

Schlussendlich: Auch beim Beurteilungsverfahren müssen wir den für die Durchführung der Beurteilung zuständigen Behörden eine größere Flexibilität einräumen, indem wir den Beurteilungszeitraum von derzeit drei auf maximal fünf Jahre verlängern.

Dieses Gesetz soll rückwirkend zum 15. März 2020 in Kraft treten, bekanntermaßen der Beginn des Lockdown. Es wird bis zum 31.12.2024 befristet sein. Wir werden uns sicher zu Beginn des Jahres 2024 anschauen müssen, wie diese Möglich-

keiten genutzt wurden oder genutzt werden mussten. Meine Damen und Herren, ich bin schon heute davon überzeugt, dass sich einige jetzt gewährte Möglichkeiten bewähren und vielleicht sogar etablieren werden. Ich denke an E-Learning oder mehr Selbststudium, was zur Verringerung von Präsenzzeiten führt und damit Zeit, Geld, Kosten und für den einen oder anderen vielleicht auch Nerven spart. Ich bin mir sicher, dass wir einige Möglichkeiten über den 31.12.2024 hinaus mitnehmen können. Ich denke, wir sollten uns darum in den Terminkalender schreiben, uns das im Laufe des Jahres 2024 genauer anzuschauen.

Ich gehe aufgrund der einstimmigen Beschlüsse in den beratenden Ausschüssen davon aus, dass jetzt alle Fraktionen diesem Gesetzentwurf zustimmen werden. Ich bedanke mich bereits jetzt für diese Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Gibis. – Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Tessa Ganserer das Wort.

**Tessa Ganserer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man nimmt in der Regel nur in Krisenzeiten bewusst wahr, welche Leistungen eine gut aufgestellte und effektive Verwaltung tagtäglich erbringt. Sonst funktioniert die Verwaltung nämlich geräuschlos. Wir hier oben auf der Kommando- brücke würdigen eigentlich viel zu selten, welche Leistungen unten im Maschinen- raum erbracht werden. Ich möchte mich deswegen an dieser Stelle ausdrücklich bei den Beschäftigten des Freistaats Bayern für den Dienst, den sie für den Frei- staat Bayern und damit letztendlich für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes tagtäglich und insbesondere auch jetzt während der Corona-Pandemie ge- leistet haben und tagtäglich leisten, bedanken. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Natürlich mussten zur Eindämmung der Pandemie schnell und entschlossen Maß- nahmen ergriffen werden, die unser aller Leben und somit auch die Verwaltungen, die Arbeitsabläufe in den Verwaltungen und insbesondere auch die Ausbildungen im öffentlichen Dienst deutlich beeinträchtigt haben. Für diese Maßnahmen braucht es deswegen eine gesetzliche Grundlage. Wir haben das im federführenden Aus- schuss im Detail und umfassend diskutiert. Max Gibis hat diese Grundlage auch vorgestellt.

Bei manchen Dingen wären vielleicht Alternativen denkbar, die aber, wenn man sie genau betrachtet, nicht realistisch gewesen wären. Das betrifft zum Beispiel die Zulassungsprüfung für den Vorbereitungsdienst, die normalerweise notwendig ist, um die Reihung zu erfassen, und die jetzt nicht stattfinden kann. Man hätte einen ganzen Lehrgang ausfallen lassen können. Das hätte aber bedeutet, dass uns die wirklich hoch qualifizierten Nachwuchskräfte für unsere Verwaltungen gefehlt hät- ten. Deshalb wäre das auch keine Alternative gewesen. Die Maßnahmen sind des- halb richtig und wichtig. Wir werden dem Gesetzentwurf, so wie wir es im federfüh- renden Ausschuss schon angekündigt haben, zustimmen.

Die Ankündigung, dass wir uns die einzelnen Maßnahmen am Ende der Laufzeit noch einmal anschauen werden, freut mich sehr. Ich bin auch davon überzeugt, dass sich E-Learning dauerhaft etablieren wird und dauerhaft etablieren muss. Hier müssen wir als Haushaltsgesetzgeber im Hohen Haus dann aber auch in Zukunft die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wir müssen die technische Ausstattung, zum Beispiel für unsere Anwärtinnen und Anwärter die Zugänge zu Beck-Online, zur Verfügung stellen. Das einfach als Ankündigung: Wir müssen aus der Krise lernen, dann aber eben auch, um das umsetzen zu können, die entspre-

chenden Finanzmittel zur Verfügung stellen. – Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Ganserer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER begrüßen ausdrücklich diesen Gesetzentwurf zur Anpassung leistungslaufbahnrechtlicher Regelungen an die Notwendigkeiten in der Corona-Pandemie.

(Der Redner nimmt seine Mund-Nase-Bedeckung ab)

– Jetzt trage ich es schon bei der Rede als Erster – – Beinahe hätte ich es euch nachgemacht, aber das ist bestimmt eine lässliche Sünde.

Die letzten Monate haben die gesamte Gesellschaft, die staatlichen Organisationen und natürlich auch den öffentlichen Dienst vor einige Schwierigkeiten gestellt. Das betraf ganz direkt die Kreisverwaltungsämter vor Ort, aber auch viele weitere Behörden, Mittelbehörden, die Ministerien, die zum Beispiel bei der Bewilligung der Soforthilfen und vielem anderem mehr eingesetzt waren. Wir haben alle gesehen, wie wichtig es ist, dass die Verwaltung funktioniert. Das hat sicherlich auch unsere Bevölkerung gesehen.

Die zur Bewältigung der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen hatten natürlich auch ganz erhebliche Auswirkungen auf Ausbildung, Prüfungsleistungen, Einstellungsverfahren und andere Verfahren des öffentlichen Dienstes. Zum Teil waren die Auswirkungen für die Beteiligten ganz direkt, weil durch den Lockdown einfach die Ausbildung eingestellt wurde, zum anderen indirekt, weil Beurteilungen, Prüfungen und Einstellungsprüfungen wegen der Kontaktbeschränkungen nicht durchgeführt werden konnten. Wir haben gehört, dass, wie andere Einrichtungen auch, die Hochschule für den öffentlichen Dienst geschlossen wurde.

Wir wollen aber vermeiden, dass diejenigen Beamtinnen und Beamten und diejenigen Anwärtinnen und Anwärter, die uns in der Krise geholfen haben, die zum Beispiel in die Gesundheitsämter abgeordnet waren, Mittel verwaltet und Anträge auf Soforthilfe bearbeitet und im Homeoffice weitergearbeitet haben, hierdurch berufliche Nachteile erleiden, die sich auf ihr gesamtes berufliches Leben und letztendlich auch die Personalausstattung des öffentlichen Dienstes auswirken. Wenn wir dieses Gesetz nicht erlassen würden, dann könnte, wenn modulare Ausbildungsbestandteile nicht stattfinden können, nicht mit dem nächsten Modul weitergemacht werden. Wenn Einstellungen nicht durchgeführt werden können, dann fehlen im nächsten Jahr die Auszubildenden und in drei Jahren die Beamten und Angestellten, die für uns die Arbeit machen. Wir würden praktisch diejenigen bestrafen, die uns geholfen haben. Dies will die Gesetzesvorlage verhindern. Unsere Beamten und Beamtinnen haben in den letzten Monaten ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen, als sie sich zum Beispiel spontan im Homeoffice ihren Aufgaben gewidmet haben oder unter Schutzmaßnahmen in der Verwaltung tätig waren. Hierfür gebührt ihnen unser großer Dank. Genau deswegen müssen wir ihnen mit dem Gesetzesentwurf, den wir hier heute vorgelegt bekommen haben, auch helfen.

Ich will die Einzelheiten hier nicht alle darstellen. Das hat schon der Kollege Max Gibis getan. Wir haben sie auch im Ausschuss ausgiebig erörtert. Die Einzelheiten konnte man nachlesen; sie sind alle für sich genommen nicht sehr problematisch. Haushaltsrechtlich wird es natürlich Kosten verursachen, aber bei den Kosten, die

im Moment auf uns zukommen, sind sie nicht wirklich ein Problem. Dieses Gesetz soll uns letztlich ermöglichen, dass wir die durch die Pandemie in der Aus- und Weiterbildung eingetretenen Folgen unter Wahrung unserer Qualitätsziele so gering wie möglich halten.

Dass die Maßnahme befristet ist, wurde bereits angesprochen; denn wir hoffen natürlich, dass die Corona-Krise ebenso befristet ist. Ich hoffe aber trotzdem – der Kollege Max Gibis hat es angesprochen –, dass wir den einen oder anderen Punkt, den wir jetzt ausprobieren, auch in eine neue Zeit hinüberretten. Wir haben gesehen, dass Videokonferenzen, E-Learning und die ganze digitale Verwaltung ein unwahrscheinliches Potenzial bergen. Die Fortschritte hierbei sind in den letzten Jahren nicht in dem Umfang erreicht worden, wie man sie hätte erreichen können. Dies konnte durch das Engagement und die Flexibilität unserer Beschäftigten ausgeglichen werden. Hier müssen wir aber noch nachlegen. Das wird eine unserer Aufgaben und auch gerade in der Evaluation 2024 einer unserer Punkte sein. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER stimmt dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Pittner. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Bayerbach das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Markus Bayerbach (AfD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die AfD wird dem Ganzen zustimmen. Ich glaube, über diesen Gesetzentwurf besteht ungewohnte Einigkeit. Das Loblied auf den öffentlichen Dienst kann jede Partei mitsingen. Was da die letzten Monate geleistet worden ist, ist unglaublich. Was eine Pandemie schafft, ist auch unglaublich: Von einer Regelung durch Rechtsverordnung wird abgesehen. Das ist fast schon ein Dambruch im Beamtentum. Das war und das ist wohl auch nötig. Unsere Auszubildenden und unsere Mitarbeiter, gerade aber die, die in der Ausbildung stehen, sind ein ganz, ganz hohes Gut. Wir müssen dafür sorgen, dass sie von den Maßnahmen in der Corona-Situation, vor allem aber von diesen langen Einschnitten – ob sie verhältnismäßig waren oder nicht, sei an dieser Stelle dahingestellt – nicht betroffen werden. Es wird Zeit, ganz schnell zur Normalität zurückzukehren. Ich hoffe, dass diese Maßnahmen nicht, wie vorhin gesagt wurde – das hat mich ein paarmal stutzen lassen –, noch ein paar Jahre andauern bzw. bis zur nächsten Pandemie gehen werden. Das doch, bitte schön, nicht. Ich hoffe, dass diese Maßnahme ein Einzelstück ist, das irgendwann in der bayerischen Geschichte einen Sonderplatz bekommt. Lassen Sie das aber bitte nicht bei jedem Virus irgendwie zur Normalität werden.

Im Gesetzentwurf geht es um zwei große Blöcke: die Ausbildung und Qualifizierung sowie die Prüfung und Beurteilung. Bei der Ausbildung hat die Not die Bayerische Staatsregierung richtig in die Moderne gezwungen. Vorbereitungsdienst mit Telearbeit, Beschäftigung außerhalb der Dienststelle, E-Learning: So etwas kannte man früher in Bayern nicht einmal in der Theorie. Aber gut, ich hoffe, ein Teil dieser Modernität wird sich durchsetzen. Ein anderer Teil hoffentlich nicht: Eine fachtheoretische Ausbildung in Studienzeiten ist schön, aber Didaktik, Methodik und Präsenzunterricht sind nicht zu vernachlässigen.

Der Ansatz, Polizisten und Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen raus an die Front zu stellen, war wichtig und auch pragmatisch, aber das war von der Dauer her sehr grenzwertig. Unabhängig davon, ob das gut war oder nicht, unsere zukünftigen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben wirklich Großartiges geleistet. Dafür haben sie, so meine ich, unseren Dank verdient.

Den gordischen Knoten in der Ausbildung und in der Prüfung zu durchschlagen, wird schwierig sein. Ganz toll ist – und da ist die AfD sofort dabei –, dass man das Ganze subsidiär macht bzw. nach unten verlagert hat. Ich hoffe, die Entscheidungsträger dort unten treffen für alle einigermaßen gleiche Entscheidungen, damit wir keine Ungerechtigkeiten bekommen. Auf jeden Fall bekommen wir eine Generation hochflexibler neuer Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst. Die haben ihre Feuertaufe bestanden. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen und hoffen, dass wir so etwas nie wieder erleben müssen.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Arif Taşdelen das Wort.

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, gestatten Sie mir eine Bemerkung außerhalb des Protokolls. In Nürnberg führt der Club mit 2 : 0. Ich wünsche meiner Mannschaft viel Erfolg bei der Relegation.

(Beifall – Zurufe – Heiterkeit)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Das Protokoll vermerkt keine Zwischenrufe.

(Heiterkeit)

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Corona-Pandemie und die getroffenen Schutzmaßnahmen erfordern auch die Anpassung einiger dienstrechtlicher Regelungen. Das gilt beispielsweise für die Bereiche Ausbildung, Prüfungs- und Zulassungsverfahren. Für sie müssen wir angemessene Ausnahmemöglichkeiten in der Staatsverwaltung schaffen. Das Ziel des Gesetzentwurfs teilen wir, deshalb unsere Zustimmung in den Ausschüssen und auch heute.

Auch die Gewerkschaften haben den Gesetzentwurf begrüßt und sind größtenteils mit den Änderungen einverstanden. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass die Maßnahmen befristet sind. Wir werden dann aber auch schauen müssen, welche Maßnahmen sich bewährt haben und welche Maßnahmen wir weiterhin beibehalten können. Stichworte wurden bereits genannt. Ich habe das im Übrigen nicht so verstanden wie mein Vorredner, dass sich die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN ein neues Virus herbeigesehnt haben.

Ich freue mich sehr, dass durch den Gesetzentwurf der öffentliche Dienst in der Corona-Krise nun Thema hier im Hohen Hause ist. Ich hatte nicht immer den Eindruck, dass alle hier im Freistaat wissen, welche hervorragende Arbeit unsere Beschäftigten und die Beamtinnen und Beamten in der Krise geleistet haben. Wenn Deutschland und insbesondere wir hier in Bayern vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind, dann verdanken wir das auch maßgeblich unseren Beschäftigten und den Bediensteten des Freistaats. Ich habe deshalb schon frühzeitig Herrn Ministerpräsident Dr. Söder in einem Brief gebeten, nach der Corona-Krise zu überlegen, wie wir uns bei unseren Beschäftigten bedanken und den öffentlichen Dienst zukunftsfähiger machen können. Das wird sicher in den nächsten Monaten auch Thema im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sein.

Die Beschäftigten des Freistaates haben überragend gearbeitet und hervorragendes geleistet. Ich danke im Namen der SPD-Fraktion allen Beschäftigten des Freistaats. Ich denke an die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern, die Infektionswege nachvollzogen haben, an die Kolleginnen und Kollegen bei den Regierungen, die Anträge auf Soforthilfen bearbeitet haben, an die Kolleginnen und

Kollegen in den Finanzämtern, die Steuerstundungen bearbeitet haben, an unsere Lehrerinnen und Lehrer, Verwaltungskräfte und an die gesamte Schulfamilie, die den Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten haben, an unsere Polizistinnen und Polizisten, die die Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes überwacht haben, und an die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien sowie nicht zuletzt an die Kolleginnen und Kollegen hier im Bayerischen Landtag. Auch wenn es keine Landesbeschäftigten sind, so will ich doch die Kolleginnen und Kollegen in den Agenturen für Arbeit, in den Arbeitsgemeinschaften und in den Ämtern für Existenzsicherung nicht vergessen. Ich danke Ihnen allen an dieser Stelle. Sie haben bewiesen, dass die bayerische Bevölkerung sich voll auf Sie verlassen kann. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Wolfgang Heubisch das Wort.

**Dr. Wolfgang Heubisch (FDP):** Verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, lieber Herr Staatsminister! Um Sie gleich zu Beginn zu beruhigen: Wir stimmen dem Gesetz zu. Ich nehme an, damit ist das Wichtigste aus Ihrer Sicht gesagt.

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Das ist die Klugheit dieser Partei. Die ist unübersehbar, selbstverständlich!

Ich kommentiere das Ergebnis aus Mittelfranken nicht. Ich freue mich. Ja, als Oberbayer ist man gespalten, aber einer wird gewinnen. In diesem Fall sind nun eben die Mittelfranken vorn. Das ist alles in Ordnung.

Verehrte Damen und Herren, wir sind überzeugt, ja, wir sind überzeugt, dass wir durch dieses Gesetz mehr Flexibilität erreichen werden. Wir hoffen sehr intensiv, dass wir die Bürokratie weiter abbauen werden, durch die Digitalisierungsschritte, die hier über alle Parteien hinweg vereinbart wurden. Uns als Digitalisierungspartei ist es selbstverständlich besonders wichtig, dass der Gesetzentwurf auf das E-Learning eingeht. Er verbindet beide Welten, Präsenz- und Onlinekurse. Wir hatten dieses Thema ganz intensiv in der Wissenschaft und bei den Hochschulen. Ich darf aber schon darauf hinweisen, dass wir in den Hochschulen diesen Weg nicht erst seit Beginn dieser Krise gegangen sind. Ich erinnere an die Virtuelle Hochschule Bayern in Bamberg, die es schon seit vielen Jahren gibt. Hier sieht man, dass diese Instrumente greifen und wir Gott sei Dank eine Basis haben, auf die wir zurückgreifen können.

Dieses Instrument hat sich in den letzten Monaten auf vielen Gebieten bewährt. Dieses Gesetz unterstreicht nochmals, wie wichtig die Digitalisierung und deren Fortschrittsentwicklung ist. Ich hoffe, dass sie zu Erleichterungen führen wird. Wir wollen auch in Zukunft darauf achten, dass wir immer wieder die neuesten Entwicklungen umsetzen und einbringen können. Wir haben auf diesem Gebiet bisher viel zu lange gezögert. Wir nehmen die Lehren aus den letzten Monaten zum Anlass für ein entsprechendes Umdenken. Wir wollen auch in Zukunft darauf schauen, dass die Digitalisierung, gerade in diesem Bereich, aber auch in den anderen Bereichen wie der Wissenschaftspolitik, Einzug hält.

Noch einmal zusammengefasst: Die FDP stimmt – ich hätte beinahe gesagt "selbstverständlich" – diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Danke sagen. Ich danke all denjenigen, die unserem Gesetz zustimmen, meiner Wahrnehmung nach dem gesamten Bayerischen Landtag und allen Fraktionen. Ich danke natürlich auch meinem Haus für die Ausarbeitung und die Vorlage des Gesetzes. Den Dank an Sie alle verbinde ich insbesondere mit dem Dank an unsere Beschäftigten.

Ich möchte auf das Gesetz nicht mehr eingehen. Das haben Sie bereits getan. Allen ist bewusst, worüber wir abstimmen. Wir haben bei uns im Land Gott sei Dank einen ordentlichen Umgang mit den öffentlichen Bediensteten, seien es Beamte oder Angestellte. Wir haben im Ländervergleich die beste Besoldung und bieten einen sicheren Arbeitsplatz. Unsere Beschäftigten haben uns all das über das ganze Jahr hinweg zurückgegeben, und in der Krise noch mehr als sonst.

Deswegen noch einmal ein herzlicher Dank seitens der Staatsregierung an alle Beschäftigten. Ich danke allen Verantwortlichen für die Ausbildung. Hier war in der Krise höchste Flexibilität gefordert. Ich danke allen Anwärterinnen und Anwärtern, die mit größter Hingabe mitgeholfen haben, die Krise zu bewältigen. Ich danke für ihre Treue zum Land. Ich bin, mit Ihnen zusammen, auf alle Beschäftigten des Freistaats Bayern stolz. Ich freue mich, dass wir dies heute mit der wohl einstimmigen Annahme dieses Gesetzes bekunden können. Danke für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/8327 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes auf Drucksache 18/8905 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/8327 einstimmig zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/8905.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. – Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – In gleicher Weise verfare ich bei den Gegenstimmen. – Ich sehe niemand. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Das Gesetz hat den Titel: "Gesetz zur Anpassung leistungslaufbahnrechtlicher Regelungen an die Notwendigkeiten in der Corona-Pandemie".

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und  
Unterrichtswesen (Drs. 18/5860)  
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten, wobei sich die Redezeit der Staatsregierung an der Redezeit der stärksten Fraktion orientiert. Falls wir die Aussprache nicht bis 20:00 Uhr schaffen, können wir nicht mehr in die Abstimmung eintreten, sodass wir die Abstimmung wahrscheinlich morgen früh als Erstes durchführen werden. Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Berthold Rüth von der CSU aufrufen. Bitte schön, Herr Rüth.

**Berthold Rüth (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Zweite Lesung eines Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Dieser Gesetzentwurf wurde am 6. Februar hier eingebracht und vorgestellt. Er wurde im Bildungsausschuss, dem federführenden Ausschuss sowie im Rechts- und Verfassungsausschuss diskutiert und breit erörtert. Beide Ausschüsse haben diesem Gesetzentwurf in großem Maße zugestimmt. Insofern, Herr Präsident, werde ich es sehr kurz machen, damit wir heute auf jeden Fall noch über diesen Gesetzentwurf abstimmen können.

Eine Änderung hat sich im Verlauf des Beratungsprozesses ergeben. Sie zielt darauf ab, das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern und explizit im Gesetz zu verankern. Der Artikel 37 wird dazu ergänzt. Dort heißt es künftig: Die zuständige Grundschule führt einen Vorkurs Deutsch gemeinsam mit den Kindertageseinrichtungen in ihrem Sprengel durch. – Ich denke, diese Festlegung ist nötig, weil wir alle wissen, dass der Spracherwerb in jungen Jahren sehr wichtig ist.

Im Prinzip geht es in dem Gesetzentwurf um die Frage: Wie organisiert Bayern sein Schulsystem? Wollen wir ein langes gemeinsames Lernen, eine Art Gemeinschaftsschule oder eine Art Gesamtschule, oder wollen wir ein System, wie wir es in Bayern haben, das sehr individualisiert ist und in dem es eine Differenzierung gibt? – In diesem System haben die Schülerinnen und Schüler sehr viel Freiheit, wir gewähren damit Chancengleichheit. Jeder Schüler erhält darin die bestmögliche Bildung und hat eine große Auswahl an Schularten. Wir haben verschiedene Bildungswege. Entscheidend ist – das wurde uns von den IQB-Studien immer wieder bestätigt –, dass eine Durchlässigkeit besteht und unsere Systeme nicht in der Sackgasse enden. Unser System ist sehr flexibel und durchlässig. Unser Gesetzentwurf führt diesen Weg weiter.

Erstens. Wir beschließen, dass Wirtschaftsschulen schon ab der 6. Jahrgangsstufe beginnen. Sie alle wissen, die Absolventen der Wirtschaftsschulen sind in der Industrie sehr gefragt. Wir müssen aber aufpassen, dass unsere Mittelschulen im ländlichen Raum nicht geschwächt werden, wenn sehr viele Leute an die Wirtschaftsschulen gehen. Nach Auskunft des Kultusministeriums gibt es hier bisher noch keine messbaren Auswirkungen. Daher bin ich optimistisch, dass sowohl die Wirtschaftsschulen gestärkt als auch die Mittelschulen auf dem flachen Land erhalten werden können.

Zweitens. Umschüler und nicht mehr berufsschulpflichtige Personen werden gleichgestellt. Das bedeutet, sie müssen sich vor allem im fachlichen und allgemeinen Unterricht mit dem gleichen Stoff beschäftigen. Dabei geht es speziell um die Fächer Deutsch und Mathematik. Hier werden künftig alle gleichgestellt.

Drittens. An den Mittelschulen werden ab den Jahrgangsstufen 5 und 6 Vorkurse zur Vorbereitung auf die Mittlere-Reife-Kurse ab der 7. Klasse ermöglicht. Dazu

läuft zum Schuljahresende ein Schulversuch aus. Ab dem kommenden Schuljahr wird es möglich sein, dieses Förderangebot optional zu errichten.

Viertens. Die Verwaltungsarbeit soll durch die Nutzung eines staatlichen Schulkontos erleichtert werden. Momentan werden beispielsweise bei einer Kanufahrt oder einer Abschlussfahrt Elternbeiträge oder Beiträge von schon volljährigen Schülern entrichtet. Dieses Geld kann auf das staatliche Schulkonto eingezahlt und dort verwaltet werden.

Meine Damen und Herren, da die Zeit drängt und wir in den Ausschüssen immer klare Voten hatten, möchte ich Sie bitten, dem Gesetzentwurf zuzustimmen; denn er entwickelt unser gutes bayerisches Schulsystem weiter. Ich sage Danke an den Kultusminister und allen, die daran mitgewirkt haben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächste Rednerin rufe ich Frau Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der von der Regierung vorgelegten Gesetzesänderung geht es – wir haben es gerade gehört – im Wesentlichen um vier Anpassungen im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen.

Eine wichtige Änderung in diesem Gesetzentwurf ist die Einführung einer sechsten Klassenstufe an Wirtschaftsschulen. Seit Beginn der letzten Legislatur gab es dazu einen Modellversuch, dem wir GRÜNE auch zugestimmt haben. Zum Modellversuch gibt es einen Bericht des ISB, dessen Einsicht uns Abgeordneten verwehrt worden ist. Ich möchte an dieser noch einmal ansprechen, dass es natürlich Wege gegeben hätte, diesen Original-Bericht den Mitgliedern des Bildungsausschusses vorzulegen. Diese Art von exklusivem Herrschaftswissen geht in diesen Zeiten überhaupt nicht, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir forderten unter anderem einen Zwischenbericht zur Frage, ob diese Maßnahmen den Wirtschaftsschulen mehr Schülerinnen und Schüler brächten. Die Staatsregierung muss auch die Öffnung nach der Grundschule ermöglichen, wenn diese Schulart langfristig Bestandteil unseres Schulsystems bleiben soll. Hier müssen wir aber einen Blick auf den Schülerinnen- und Schülerrückgang haben. Bereits jetzt findet langsam und leise ein Ausdünnen der Mittelschullandschaft statt. In den letzten fünf Jahren schlossen in Bayern 71 Schulen und 15 Verbände. An manchen Standorten gibt es eine starke Konkurrenz zwischen Wirtschafts- und Mittelschulen. Es wird um jede Schülerin und jeden Schüler gekämpft. Der Staatsregierung muss klar sein, dass eine Stärkung der Wirtschaftsschulen auch Auswirkungen auf örtliche Mittelschulen haben kann.

Die zweite Änderung betrifft die Einrichtung der Mittleren-Reife-Kurse in den fünften und sechsten Klassen an Mittelschulen. Wir unterstützen diese Kurse grundsätzlich, weil sie den Schülerinnen und Schülern den Einstieg in den M-Zug ab der siebten Klasse erleichtern. Wenn es Ihnen von der Regierung mit dieser wirklich guten Maßnahme ernst wäre, hätten Sie auch gleich die entsprechenden Lehrerstunden und Stellen im Haushalt hinterlegt. Ich hoffe nicht, dass Sie den Lehrerinnen und Lehrern eine zusätzliche Aufgabe durch die Hintertür ohne entsprechenden Ausgleich aufbürden. Das Schaffen zusätzlicher Kapazitäten für ein solches Angebot ist eindeutig Ihr Job, verehrter Herr Minister!

Drittens bringt die Gesetzesänderung in Artikel 40 BayEUG bringt eine sprachliche Klarstellung zur Gleichstellung aller Berufsschülerinnen und Berufsschüler. In der Praxis sind sie schon gleichgestellt; insofern wird eine redaktionelle Änderung nachgeholt.

Die vierte Änderung betrifft die Anpassung der finanziellen Abwicklung. Wir haben es auch schon gehört. Sie ermöglicht, dass Gebühren und sonstige Geldbeträge, wie zum Beispiel für Klassenfahrten, auf ein Schulkonto überwiesen werden. Ich möchte der Staatsregierung mit auf den Weg geben: Eine solche Kontoeinrichtung ist auch für die Elternbeiräte notwendig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gesetzesänderungen, die wir heute in der Zweiten Lesung besprechen und denen wir GRÜNE zustimmen, sind notwendige formale Anpassungen. Wir GRÜNE wundern uns aber bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfes schon über die Setzung der Prioritäten des Ministers. Anstelle dieses Gesetzentwurfs hätten wir uns gewünscht, dass Sie die Unterrichtsversorgung schon vor dem vorausgesagten Lehrermangel angegangen wären ebenso wie die digitale Bildung, deren lange und sträfliche Vernachlässigung durch Corona deutlich zutage tritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister, nicht nur wir, sondern die gesamte Schulfamilie hofft, dass Sie bald Antworten auf die brennenden Probleme unserer Schulen haben werden und, dass diese zeitnah zu uns in dieses Parlament kommen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. Als nächste Rednerin rufe ich Frau Eva Gottstein von der Fraktion FREIE WÄHLER auf.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe noch anwesende Herren Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf behandelt eine Reihe bildungspolitischer Fragen. Sie wurden vom Kollegen Rüth ausführlich dargestellt. Es geht um Änderungen, die unserer Meinung nach sehr sinnvoll und notwendig sind. Gerade die Wirtschafts- und Mittelschulen sehen wir völlig anders als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie sind für uns FREIE WÄHLER erfreulich. Hier werden bildungspolitische Ziele umgesetzt, die uns am Herzen liegen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass alle Schularten gleichberechtigt gefördert und kontinuierlich weiterentwickelt werden müssen. Jeder Schüler soll eine Schule nach seiner Eignung und Begabung besuchen können. Mit dieser Gesetzesinitiative sind wir deswegen nach wie vor auf dem richtigen Weg und verbessern einiges; auch wenn es wie bei dem Schulkonto teilweise Kleinigkeiten sind.

Genauso wichtig ist uns die sprachliche Frühförderung, die ebenfalls in dem Gesetzentwurf enthalten ist. Dass das Ergebnis der Sprachstandserhebung künftig unmittelbar im Anschluss an das Sprach- und Sprech-Screening an die aufnehmende Grundschule übermittelt wird, wird sicherlich zu einem frühestmöglichen Angebot notwendiger, besonderer Förderungsmaßnahmen beitragen. Unseres bisheriges Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wird gut ergänzt. Deswegen kann man nur zustimmen. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe nun den Abgeordneten Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

**Markus Bayerbach (AfD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen ist nicht der große Wurf. Es wälzt auch nichts grundlegend um, aber es dreht zumindest an ein paar Stellschrauben, was dringend notwendig war. Es bringt gezielte Verbesserungen im Detail für Wirtschaftsschulen, Mittelschulen, Lehrer und für Schüler. Vor allem für die Schüler freut mich das ganz besonders; diese gehören zu den Leistungsträgern. Meistens machen wir uns über diejenigen Gedanken, die Probleme haben.

Die sprachliche Frühförderung ist schön; es gibt sie schon seit ein paar Jahren. Das passt gerade natürlich nicht zu den Schlagzeilen, dass man Abitur ohne das Fach Deutsch machen kann, was ich persönlich sehr bedauere.

Die Möglichkeiten von M5 und M6 in der Mittelschule – übrigens nicht verpflichtend, was ich eine ganz wichtige Äußerung dazu finde – stärken die Mittelschule besonders im Niveau; sie sorgen aber auch dafür, dass gerade die Schülerzahlen an Schulen im ländlichen Raum gehalten werden können. So mancher Schulstandort wird damit gesichert. Das sogenannte Übertrittsabitur sorgt auch für eine gewisse Entzerrung. Der Druck auf viele Schüler wird nicht mehr so groß werden; dieser ist mit Blick auf den Leidensdruck vieler Schüler nicht unbedingt immer so spaßig.

Bei der Deutsch-, Mathe- und Englischförderung sehe ich das einzige Problem. Wo nehmen Sie die Lehrer her? Wir haben weder Lehrer noch Förderlehrer im Übermaß. Da stellt sich die Frage: Haben wir das Personal auf dem Papier oder kriegen wir das auch in der Realität? – Daran werden wir Sie die nächsten Jahre messen müssen.

Wir begrüßen auch die Stärkung der Wirtschaftsschulen, da wir ganz klar zum gegliederten Bildungssystem stehen. Diese wären ohne die sechste Klasse in arge Nöte gekommen. Allerdings ist zu ergänzen: Das kann nur ein erster Schritt sein; die fünften Klassen werden folgen müssen. Aber diese Schulart hat es wirklich verdient. Es gibt keine andere Schulart, die derart praktisch ausgerichtet ist und so spezialisiert ist. Ich finde, sie ist eine ganz tolle Ergänzung unseres Schulsystems.

Die Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben für Lehrer ist ein richtiger, überfälliger Schritt. – Na ja, okay, ein Schrittlchen. Da gibt es natürlich noch eine Menge zu tun. Wir haben jetzt vielleicht ein Promille von dem, was man an Verwaltungsaufgaben weglassen könnte. Ganz ehrlich: Es war wirklich ein Skandal, wie Lehrer finanzielle Transaktionen machen und fast schon in Mafia-Manier mit einem Geldköffchen über die Gänge schleichen mussten. Das Konto war natürlich mehr als überfällig. Es wird Zeit, unsere Lehrer ganz dringend von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Lehrer wollen nämlich nicht verwalten, Lehrer wollen unterrichten und Lehrer sollen unterrichten.

Artikel 40 mit der sprachlichen Klarstellung zu Berufsschülern und Umschülern würde ich unter redaktionellen Punkten abhandeln. Alles in allem sind das ein paar nette Stellschrauben. Dem Gesetzentwurf kann man zustimmen. Ich hoffe, den Worten werden auch die Taten folgen, gerade bei der M 5 und der M 6.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Für die SPD-Fraktion rufe ich die Abgeordnete Margit Wild auf.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon angesprochen, dass es eine

große Zustimmung gibt, wenngleich auch immer Kritik geäußert worden ist. Auch wir von der SPD werden diesem Gesetzentwurf zustimmen, weil die meisten Änderungen unstrittig und technisch ganz einfach notwendig sind. Positiv finde ich die Sprachförderung, weil sie, je früher sie ansetzt, umso besser und umso erfolgreicher ist. Das ist in gewisser Weise auch die Basis für den weiteren Schulerfolg.

Bei der zweiten Änderung möchte ich natürlich in keiner Weise von Mafia sprechen. Ich denke, dass ein Lehrer ein Pädagoge ist, nicht der Kassierer. Insofern ist diese Änderung auch einfach absolut notwendig und sinnvoll. Dass man Umschüler, die nicht mehr im berufsschulpflichtigen Alter sind, mit den Berufsschülern gleichstellt und mit den gleichen Rechten und Pflichten versieht, ist auch einfach absolut notwendig.

Zwei Punkte möchte ich dennoch herausgreifen, und zwar zum einen die Einführung des M-Zuges bereits ab der sechsten Jahrgangsstufe. Hier soll die Förderung in Deutsch, Englisch und Mathematik stattfinden, um die besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schüler besser vorzubereiten. Wir sagen ganz einfach: Jeder Schüler und jede Schülerin an der Mittelschule hat das Recht darauf, und es gibt die Pflicht, sie entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen zu fördern. Das ist das erste Postulat, das ist festhalte.

Zum zweiten stelle ich die Frage, mit welchen Lehrkräften Sie das denn machen wollen; denn es ist auch angekündigt, von September bis Dezember des kommenden Schuljahres eine Förderung für Schülerinnen und Schüler anzubieten, die jetzt aufgrund der Corona-Zeiten Leistungs- und Lerndefizite haben. Die Realität wird zeigen, wie man diese große Ankündigung dann in die Tat umsetzt, wenngleich ich natürlich sage: Auch wir wollen die Mittelschulen stärken. Ob dies der richtige Weg ist? – Gut. Die Realität wird es zeigen.

Nun zu den Wirtschaftsschulen mit dem Beginn bereits in der sechsten Jahrgangsstufe: Viele der Wirtschaftsschulen – das muss man wissen – stehen eigentlich vor dem Aus. Die Zahlen sind gesunken, und dann ist dies eben eine Möglichkeit. In der sechsten Jahrgangsstufe wird möglicherweise der Druck auf die fünfte Jahrgangsstufe noch kommen. Das ist der Wunsch der Wirtschaftsschulen, und es waren die staatlichen Schulen, die geklagt haben, weil sie nicht mit der sechsten Jahrgangsstufe beginnen konnten. Hier haben die Schulen Recht bekommen. Es ist natürlich auch so, dass man nicht mit der sechsten Jahrgangsstufe beginnen muss. Man kann es aber. Insofern wird man sehen: Die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern stimmen "mit den Füßen" ab. Es wird dort sicherlich eine sehr wertvolle Arbeit geleistet, aber da haben wir als SPD immer eine gewisse Vorsicht gehabt. Aber, wie gesagt, die Realität wird es zeigen.

Dann würde ich ganz einfach sagen: In der Summe gibt es kleine Schritte und notwendige Änderungen. Wir werden das in der Realität kritisch, aber gut begleiten und signalisieren heute unsere Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. Ich rufe jetzt den Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion auf.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele haben es schon angesprochen: Der Gesetzentwurf ist voller redaktioneller Anpassungen, Klarstellungen und Detailregelungen. Darüber haben wir auch schon an anderer Stelle ausführlich gesprochen. Deswegen nur zu den wenigen substanziellen Punkten in Kürze:

Erstens. Die M-Kurse in den fünften und sechsten Klassen sind grundsätzlich eine gute Option. Nur heißt das, dass, wenn diese im Rahmen der bestehenden Mittel umgesetzt werden muss, das Angebot an anderer Stelle gekürzt werden muss. Das heißt, um die Mittelschulen wirklich zu stärken, braucht es eigentlich noch viel mehr.

Zweitens. Die Wirtschaftsschule ab der sechsten Klasse ist eigentlich auch nur die Verstärkung einer Reformidee, die die FDP schon in der letzten Regierung mit der CSU, also vor einigen Jahren, mit einem Modellversuch auf den Weg gebracht hat. Hier ist nicht viel Neues dabei. Außerdem steht die Option nach einer Gerichtsentscheidung den privaten Anbietern sowieso schon grundsätzlich offen. Nur muss man hier jetzt wirklich sagen: Um die Wirtschaftsschulen mit dem wertvollen Angebot, das sie auch bringen, zu retten, brauchen wir deutlich mehr.

(Beifall bei der FDP)

Gegen die weiteren Punkte, die noch im Gesetzentwurf geregelt werden, auch mit der Ergänzung von Umschülern über das Schulkonto bis hin zur Sprachförderung, gibt es im Grunde nichts einzuwenden. Nur muss ich auch festhalten: Um unser Schulsystem insgesamt attraktiver zu gestalten, braucht es auch hier deutlich mehr.

Abschließend kann ich nur sagen: Die Corona-Krise hat vieles in unserem Schulsystem in Bewegung gesetzt. Die nächsten Monate könnten daher eigentlich eine Chance zur Gestaltung sein. – Ich schaue da auch zum Kultusminister. – Nur wird es dazu deutlich mehr Reformeifer brauchen als das, was hier im Gesetzentwurf vorgelegt ist. Zwar geht alles grundsätzlich in die richtige Richtung, aber es gibt viel mehr, was wir machen könnten. Dazu werden wir als Freie Demokraten nach der Sommerpause einige Vorschläge bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Kollege. – Ich darf nun Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo das Wort geben. Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich gerade auch mit Blick auf die Uhr nicht vor, zu sprechen. So war es eigentlich auch abgemacht. Aber ich bin auch davon ausgegangen, dass, wenn wir ein Gesetz einstimmig verabschieden – so war es zumindest in den Ausschüssen –, diejenigen, die reden, dem Gesetz auch zustimmen. Nun ist es aber so gewesen, dass mit Ausnahme des Kollegen Berthold Rüth – vielen Dank – und Eva Gottstein dann doch jeder über verschiedene Themen der Bildungspolitik gesprochen hat und mehr Kritik am Gesetz geübt hat. Insofern erlaube ich mir dann auch noch ein paar Worte dazu.

Wie gesagt, es scheint Zustimmung zu herrschen, jedenfalls war es in den Ausschüssen so. Ich hoffe auch heute auf Zustimmung und will dafür werben. Es ist nicht der Gedanke dieses Gesetzentwurfs, das gesamte Schulsystem zu ändern – das war nicht die Absicht –, sondern ein paar wertvolle Dinge weiterzuentwickeln. Ich habe den Wortmeldungen entnommen, dass das grundsätzlich auf Zustimmung stößt. Andererseits gab es Kritik ohne konkrete Vorschläge. Ich habe keinen einzigen Vorschlag gehört, wie man Mittelschulen über das, was wir jetzt tun, hinaus stärkt. Ich wäre aber auch gerne zu dieser Debatte bereit. Mir liegt es am Herzen, insbesondere denjenigen zu danken, die in den verschiedenen Schularten, um die es geht, ihre Arbeit sehr gut verrichten. Ich möchte als Erstes die Wirtschaftsschulen hervorheben. Es ist schon gesagt worden: Es ist eine starke Schulart. Es ist si-

cherlich ein Bereich, der nicht bei jedem im Fokus ist; aber es ist sehr gut, dass wir ein so ausdifferenziertes Schulsystem haben. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn ich in die weitere Landschaft schaue, dann sehe ich in vielen, ja in den meisten Bundesländern nicht eine solch differenzierte Schullandschaft, sondern dort wird vieles zusammengeworfen, was nicht zusammengehört, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb ist es gut, dass wir verschiedene Schularten haben und sie auch stärken. Es ist gut, dass wir jetzt insbesondere die Wirtschaftsschulen in den Blick genommen haben und ihnen die Möglichkeit geben, schon mit der sechsten Klasse zu beginnen.

Ähnlich ist es – das ergänzt das Ganze sehr bewusst – bei den Mittelschulen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in einigen Jahren mehr Mittelschüler haben werden als heute, weil wir einfach mehr Grundschüler haben, die aufwachsen, und wir übrigens auch in Zeiten von Corona trotz der vielen Unkenrufe aus den Reihen der Opposition sehr stabile Übertrittszahlen haben. Wenn ich die Zahlen von diesem Jahr anschau, erkenne ich sie als sehr vergleichbar mit denen anderer Jahre.

(Zuruf)

– Es ist so, dass wir genau die gleichen Quoten des Übertritts zum Gymnasium, zur Realschule und auch zur Mittelschule haben. Es wurde in den letzten Wochen und Monaten immer anders dargestellt und behauptet, wie schrecklich das alles ist. Die Ergebnisse zeigen, dass wir in den letzten Wochen und Monaten zusammen die Entscheidungen für Schulschließungen und auch für die konkreten Schulöffnungen richtig getroffen haben. Es war richtig – auch das ist von einigen kritisiert worden –, Abschlussprüfungen anzubieten. Ich kann heute nur auf die Ergebnisse des Abiturs verweisen. Es war richtig. Ähnliches gilt auch beim Übertritt.

Insofern bedanke ich mich recht herzlich für die Arbeit, die auch an den Mittelschulen geleistet wird. Das ist nicht immer die leichte Arbeit. Wir, auch ich persönlich, versuchen, die Bedingungen dort durchaus auch in dem Sinne, wie es angesprochen worden ist, zu verbessern. Ich will auch dazu deutlich machen: Ohne die Maßnahmen, die wir Anfang des Jahres eingeleitet haben und die von den vielen Oppositionsparteien abgelehnt wurden, stünden wir im nächsten Schuljahr nicht dort, wo wir stehen: Wir können Lehrerinnen und Lehrer und die Kapazitäten gewinnen.

Mein Dank gilt aber auch ganz besonders – das sei an dieser Stelle ausdrücklich gestattet – den Verwaltungskräften. Sie sind häufig das Herz der Schulen, eine Anlaufstation für die Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch für die Lehrkräfte. Das Gesetz sieht für sie die eine oder andere Erleichterung vor. Mein Ziel ist es, auch da in den nächsten Jahren weiter für Verstärkung zu sorgen.

Insofern sind diejenigen Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, positiv. Sie setzen an bestimmten Punkten an. Das war auch der Sinn und Zweck dieses Gesetzes, dass es die Zustimmung findet. Wegen der fortgeschrittenen Zeit geschieht das nicht heute, sondern morgen. Ich denke, es geht genauso wie im Bildungsausschuss und im Verfassungsausschuss. Nach den Wortmeldungen gehe ich nicht davon aus, dass es ein anderes Votum gibt.

Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, dass sie den Wert dieses Gesetzes erkannt haben. Ich darf mich recht herzlich für diese Unterstützung bedanken. Ich sage noch mal meinen Dank an die Schulen, die Lehrkräfte und die Verwaltungen und freue mich, dass wir mit einem solchen Gesetz und dem Wort des Präsidenten den ersten Plenartag in dieser Woche abschließen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es ist jetzt 20:04 Uhr. Damit werde ich die Abstimmung heute nicht mehr durchführen lassen. Bevor ich die Sitzung schließe, weise ich darauf hin, dass Sie alle bitte Ihre Unterlagen mitnehmen. Sie wissen, es gibt keine feste Platzzuteilung. Bitte nehmen Sie die Unterlagen nach Hause mit, und bringen Sie sie morgen wieder.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Morgen früh ist der Start um 09:00 Uhr. Schönen Abend!

(Schluss: 20:04 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. **Subsidiarität**

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union  
COM (2020) 220 final  
DR-Drs. 306/20  
Drs. 18/8888 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Mai 2020 (Vf. 60-VIII-20) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellern
1. Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
  2. Herrn Stefan Löw, MdL
  3. Herrn Jan Schiffers, MdL
- und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
  2. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
  3. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
  4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
  5. BayernSPD-Landtagsfraktion
  6. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
- über die Frage, ob Art. 2 Abs. 1 Sätze 1 und 3 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz sowie hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes (Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG) vom 8. November 2010 (GVBl. S. 722, BayRS 12-4-I), das zuletzt durch § 1 Abs. 18 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, mit der Bayerischen Verfassung vereinbar ist

PII-G1310.20-0017  
Drs. 18/8896 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

1. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
2. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rechten Terror bekämpfen VI - Legalen Zugang zu Schusswaffen und Munition erschweren  
Drs. 18/7067, 18/8179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU I  
Drs. 18/7631, 18/8837 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU II  
Drs. 18/7632, 18/8838 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

12. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Corona-Entlastungsinitiative für Bürger und KMU III  
Drs. 18/7633, 18/8839 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Frauen nicht alleine lassen I - medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen bayernweit sicherstellen  
Drs. 18/6191, 18/8557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Frauen nicht alleine lassen II - Schwangerschaftsabbrüche als Thema im Studium Humanmedizin und der ärztlichen Weiterbildung stärken  
Drs. 18/6192, 18/8552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Benjamin Miskowitsch, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Pilotprojekt: Beschleunigter Ausbau der S 4 West von Pasing nach Fürstenfeldbruck  
Drs. 18/4755, 18/8807 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Stärkung des Belegarzt-Systems zum Erhalt umfassender medizinischer Versorgung in ländlichen Regionen  
Drs. 18/6223, 18/8845 (A)

**Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Erfassen struktureller und wirtschaftlicher Klinikdaten  
Drs. 18/6226, 18/8553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Biodiversitätsstrategie - Bericht über die Entwicklung von 2008 bis 2020  
Drs. 18/6341, 18/8439 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



25. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger u.a. CSU  
Stiftungsrechtsreform zügig umsetzen  
Drs. 18/6481, 18/8827 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zulegen**

26. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Für ein einheitliches Messstellennetz zur praxisgerechten Ermittlung von Nitratreinträgen in Bayern, Deutschland und Europa  
Drs. 18/6538, 18/8183 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Welttag der sozialen Gerechtigkeit: Europas soziales Versprechen einlösen - Vorrang für soziale Grundrechte!  
Drs. 18/6556, 18/8205 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A



31. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Einkommensmonitoring im sozialen Wohnungsbau  
Drs. 18/6700, 18/8031 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Loibl, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bundeseinheitlicher Bußgeldkatalog für lebensmittelrechtliche Verstöße  
Drs. 18/6701, 18/8443 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Staatliche Förderung im sozialen Bereich - Verlässliche Rahmenbedingungen für Träger weiter sicherstellen  
Drs. 18/6702, 18/8628 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Teilhabe am Arbeitsmarkt - Budget für Arbeit durch bessere bundesrechtliche Rahmenbedingungen flankieren  
Drs. 18/6703, 18/8032 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals - Pflegeentlastende Maßnahmen umfassender im Pflegebudget der Kliniken berücksichtigen  
Drs. 18/6705, 18/8554 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU  
Eine "GEMA - Ehrenamtsflatrate" für Bayern!  
Drs. 18/6725, 18/8787 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ETH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH



40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Menschenunwürdige Situation an der türkisch-griechischen Grenze und in den griechischen Flüchtlingslagern sofort beenden  
Drs. 18/7053, 18/8206 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bildungsarbeit im Kampf gegen Antisemitismus stärken - Empfehlungen des Antisemitismusbeauftragten umsetzen  
Drs. 18/7054, 18/8684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zukunftsorientiert gestalten  
Drs. 18/7056, 18/8777 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesfachstelle für Barrierefreiheit im Freistaat einrichten!  
Drs. 18/7057, 18/8633 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Tierschutz voranbringen - endlich eine Tierschutzbeauftragte oder einen  
Tierschutzbeauftragten für Bayern einführen!  
Drs. 18/7059, 18/8671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Expertinnen- und Expertenkommission zur Weiterentwicklung der  
Lehrkräftebildung einsetzen  
Drs. 18/7060, 18/8685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Europäischer Schüler- und Jugendaustausch für alle III:  
Verankerung an Schulen und in der Lehreraus- und -fortbildung  
Drs. 18/7061, 18/8548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u.a. SPD  
Gifffreie Verpackungen und Plastikmaterialien zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern umsetzen!  
Drs. 18/7093, 18/8445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

48. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD  
Heuschreckenplage: Unterstützung für Bayerns Partnerland Äthiopien  
Drs. 18/7095, 18/8778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verbotene Tiertransporte in Drittstaaten sofort beenden  
Drs. 18/7174, 18/8185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild u.a. SPD  
Lebensmittelverstöße konsequent und nachvollziehbar ahnden -  
bundesweiten Bußgeldkatalog einführen!  
Drs. 18/7176, 18/8446 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Corona-Schutz für Flüchtlinge verbessern  
Drs. 18/7197, 18/8836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,  
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz der Schwächsten unserer Gesellschaft - Pflegeheimplätze in der  
Corona-Krise sicherstellen  
Drs. 18/7234, 18/8846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer,  
Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)  
Betrieb der Tafeln in Bayern während der Corona-Krise sicherstellen  
Drs. 18/7236, 18/8634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer,  
Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)  
Rückerstattung von Kinderbetreuungsgebühren  
Drs. 18/7237, 18/8635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Betriebe der Land- und Forstwirtschaft bei Agrardiesel entlasten  
Drs. 18/7273, 18/8161 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratie und Rechtsstaat auch in Ungarn  
Drs. 18/7274, 18/8207 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Uli Henkel, Dr. Anne Cyron, Jan Schiffers u.a. AfD  
Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung - keine staatlichen Fördermittel für Extremisten jedweder Art  
Drs. 18/7279, 18/8783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



61. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Klaus Adelt,  
Horst Arnold u.a. SPD  
Corona-Bonuszahlung auch an Reinigungs- und Servicekräfte in  
Bayerns Kliniken und Pflegeheimen zahlen  
Drs. 18/7296, 18/8847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr,  
Doris Rauscher u.a. SPD  
Frauen bei Anstieg häuslicher Gewalt schützen  
Drs. 18/7305, 18/8636 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Europäische Seenotrettung - jetzt!  
Drs. 18/7307, 18/8208 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



67. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Jan Schiffers, Ralf Stadler u.a. AfD  
Unterstützung von Tierheimen und tierheimähnlichen Einrichtungen (z. B. Gnadenhöfe und Tierschutzvereine) aufgrund der Corona-Krise  
Drs. 18/7345, 18/8673 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

68. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. AfD  
Corona-Krise auch in bayerischen Zoos und Tierparks - finanzielle Hilfe sofort!  
Drs. 18/7346, 18/8674 (A)  
Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

69. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bayerische Entwicklungszusammenarbeit - Förderung von Waldprojekten als aktiver Beitrag zum weltweiten Klimaschutz  
Drs. 18/7352, 18/8209 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Fürs Lehramt geeignet? Weiterentwicklung des Orientierungspraktikums zur Optimierung der Studienwahl und Senkung von Studienabbruchquoten  
Drs. 18/7409, 18/8686 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Betreuungs-Dilemma lösen: Pflegende Angehörige und Eltern betreuungspflichtiger Kinder entlasten  
Drs. 18/7418, 18/8848 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

72. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)  
Kita-Gebührenentlastung für die gesamte Zeit der Schließung erstatten - auch rückwirkend  
Drs. 18/7419, 18/8637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig,  
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Thomas Huber u.a. CSU,  
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Unterstützung und Förderung des internationalen Austauschs  
an Förder-, Mittel- und Realschulen  
Drs. 18/7428, 18/8687 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß  
§ 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

74. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel  
u.a. und Fraktion (AfD)  
Sicherung der Wertschöpfung in Bayern - Rückabwicklung der  
Klimaschutzpolitik jetzt  
Drs. 18/7429, 18/8829 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

75. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt  
u.a. und Fraktion (FDP)  
Beschleunigung beim Austausch des störungsanfälligen Stellwerks am  
Münchner Ostbahnhof  
Drs. 18/7450, 18/8792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerische Kliniken nicht im Regen stehen lassen!  
Drs. 18/7452, 18/8850 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Systemrelevanz der Medien anerkennen! Existenz bayerischer Medienunternehmen und Medienschaffender sichern  
Drs. 18/7459, 18/8830 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Trassensicherung vor Entwidmung  
Drs. 18/7462, 18/8797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Alternativen Weg zum (Fach-)Abitur über die beruflichen Schulen stärken - Förderfähigkeit der BOS-Schüler gewährleisten  
Drs. 18/7463, 18/8688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

80. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Qualifizierungsprojekt für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund in Bayern auf den Weg bringen  
Drs. 18/7465, 18/8689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

81. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Luftverschmutzung als Brandbeschleuniger für COVID-19-Erkrankungen: Umweltschutz-Maßnahmen und Forschung jetzt auf den Weg bringen!  
Drs. 18/7466, 18/8447 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

82. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Margit Wild,  
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD  
Runder Tisch zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung - Keine  
Pensionärinnen und Pensionäre zurück an die bayerischen Schulen!  
Drs. 18/7467, 18/8543 (A)

**Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGesChO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für Bildung und Kultus**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

83. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Volkmar Halbleib,  
Christian Flisek u.a. SPD  
Finanzielle Hilfen für Solo-Selbständige im Kultur- und Kreativbereich  
Drs. 18/7468, 18/8415 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

84. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Familien und Paare in Corona-Zeiten nicht durch Grenzen trennen  
Drs. 18/7576, 18/8210 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

85. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Gesamtmobilitätskonzept für Bayern  
Drs. 18/7578, 18/8798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

86. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerisches Eisenbahnfinanzierungsgesetz für die Unterstützung nichtbundeseigener Bahnen schaffen  
Drs. 18/7579, 18/8799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

87. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Frauen und Kinder während der Corona-Pandemie wirksam vor Gewalt schützen!  
Drs. 18/7584, 18/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

88. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerns Unternehmen unterstützen durch Kombination von wirtschaftlicher Stabilisierung und ökologischer Transformation  
Drs. 18/7586, 18/8842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

89. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Abmahnrisiko für Hersteller von Mund-Nasen-Schutz zeitlich beschränken  
Drs. 18/7588, 18/8851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

90. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Praxisgerechte Umsetzung der Düngeverordnung zum Gewässerschutz  
Drs. 18/7589, 18/8286 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

91. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)  
Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise - Verwaltung digitalisieren  
Drs. 18/7599, 18/8832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

92. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)  
Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise - Standortunabhängiges Arbeiten  
Drs. 18/7600, 18/8833 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

93. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Corona-Soforthilfe beschleunigen  
Drs. 18/7607, 18/8834 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

94. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Kräfte für Kleinunternehmer und Soloselbstständige bündeln:  
Corona-Hilfen kumulieren  
Drs. 18/7608, 18/8835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

95. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron,  
Dr. Ralph Müller u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz der Bürgerrechte: Sofortige Aufhebung der Maskenpflicht im  
ÖPNV und in allen Ladengeschäften  
Drs. 18/7618, 18/8562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

96. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch,  
Martina Fehlner u.a. SPD  
Sonderprogramm Soziales - Gemeinnützige Organisationen und  
Sozialverbände in Corona-Pandemie umfassend unterstützen  
Drs. 18/7620, 18/8550 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

97. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,  
Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Dr. Franz Rieger u.a. CSU  
COVID-19-Folgen begegnen - Dauerhaft einheitlicher ermäßigter  
Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe  
Drs. 18/7626, 18/8795 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



101. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)  
Zügige Testung von Kindern und Jugendlichen auf Covid-19  
veranlassen  
Drs. 18/7643, 18/8563 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

102. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Kinderschutz auch in Zeiten der Corona-Pandemie sicherstellen  
Drs. 18/7644, 18/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

103. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen AfD  
Pestizideinsatz per Hubschrauber in bayerischen Wäldern beenden!  
Drs. 18/7646, 18/8448 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

104. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Grundversorgung sichern, Frauenrechte schützen -  
Schwangerschaftsabbrüche auch während der Pandemie gewährleisten  
Drs. 18/7655, 18/8564 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

105. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Beratungsgutscheine für Start-ups und Gründerinnen und Gründer  
Drs. 18/7656, 18/8865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

106. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Corona-Pandemie: Schutzräume für wohnungs- und obdachlose Frauen schaffen!  
Drs. 18/7657, 18/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

107. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Soziales Bayern in der Krise III - Verpflegungskosten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der stationären Jugendhilfe übernehmen!  
Drs. 18/7658, 18/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



111. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Der Filmwirtschaft Perspektiven geben - Klare Regeln für Wiederaufnahme von Drehs schaffen  
Drs. 18/7672, 18/8841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

112. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Videokonferenzsoftware an Bayerns Schulen einfach und sicher verfügbar machen  
Drs. 18/7676, 18/8690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

113. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Stefan Schuster u.a. SPD  
Traditions- und Volksfeste retten: Sofortprogramm für Schausteller und Marktkaufleute  
Drs. 18/7677, 18/8826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





120. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Dr. Simone Strohmayr, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)  
Demokratische Gewaltenteilung in Ungarn wiederherstellen  
Drs. 18/7746, 18/8213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

121. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Klaus Steiner,  
Alexander König u.a. CSU,  
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Heuschreckenplage bekämpfen, Lebensmittelversorgung sichern -  
Unterstützung für Äthiopien  
Drs. 18/7749, 18/8215 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

122. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch,  
Martina Fehlner u.a. SPD  
Aufhebung des generellen Aufnahmestopps in Einrichtungen für  
Menschen mit Behinderung  
Drs. 18/7752, 18/8045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





129. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Saisonarbeitskräfte schützen - Arbeitsrecht, Sozialstandards und Infektionsschutz auf bayerischen Feldern sicherstellen  
Drs. 18/7770, 18/7977 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

130. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wohnen auf dem Supermarkt - Leitlinien für Kommunen entwickeln  
Drs. 18/7772, 18/8804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

131. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausfallgagen konsequent umsetzen - Freie und kurzfristig sozialversicherungspflichtig Beschäftigte staatlicher Kultureinrichtungen nicht vergessen  
Drs. 18/7773, 18/8416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

132. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kultur-Rettungsschirm für den Kulturstaat Bayern - irreparable Schäden an unserer kulturellen Infrastruktur abwenden  
Drs. 18/7776, 18/8417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

133. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Solidarität mit Entwicklungsländern zeigen: Partnerländer im Kampf gegen COVID-19 und seine Folgen unterstützen  
18/7780, 18/8779

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

134. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Pflege-Bonus flexibilisieren  
Drs. 18/7793, 18/8879

Votum des federführenden Ausschusses  
für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

135. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Versorgung mit gesundheitsrelevanten Gütern während einer Pandemie - Anlage von strategischen Reserven - Unabhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland  
Drs. 18/7794, 18/8857

Votum des federführenden Ausschusses  
für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

136. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU  
Rahmenbedingungen für das Zweite Medizinische Staatsexamen (M2) während der Corona-Pandemie bestmöglich gestalten  
Drs. 18/7795, 18/8566

Votum des federführenden Ausschusses  
für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

137. Antrag der Abgeordneten Dr. Ralph Müller, Franz Bergmüller, Josef Seidl u.a. und Fraktion (AfD)  
Echte Kostensenkung im Wohnungsbau durch Rückführung der EnEV-Standards - nicht nur keine Verteuerung!  
Drs. 18/7796, 18/8805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

138. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller,  
Dr. Ralph Müller u.a. und Fraktion (AfD)  
Investitionen in Wohnungsbau attraktiver machen durch erweiterte  
Sonderabschreibung und erhöhte Absetzungen!  
Drs. 18/7801, 18/8796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

139. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold,  
Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)  
Probeunterricht absagen - Eltern sollen über Schullaufbahn entscheiden  
Drs. 18/7806, 18/8692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

140. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD  
Rückkehr zu echten Werten - Goldstandard einführen!  
Drs. 18/7816, 18/8771 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

141. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,  
Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Evaluation der finanziellen Situation von Krankenhäusern, Reha-  
Einrichtungen, Pflegeheimen, Einrichtungen für Menschen mit  
Behinderung sowie Arzt- und Zahnarztpraxen durch den besonderen  
Einsatz während der Corona-Krise  
Drs. 18/7823, 18/8858 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

142. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold,  
Markus Rinderspacher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Europäische Horizonte weiß-blau: Bayerns Grenzen zu Österreich und  
Tschechien wieder öffnen  
Drs. 18/7825, 18/8772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

143. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)  
Tornado-Ersatzbeschaffung voranbringen - Zukunftsfähigkeit der  
bayerischen Luftfahrtindustrie erhalten!  
Drs. 18/7827, 18/8864 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

144. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aufnahmestopp in Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung lockern!  
Drs. 18/7828, 18/8859 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

145. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Berichts-antrag Inzuchtdepression bei bayerischen Wildtieren  
Drs. 18/7832, 18/8413 (G)

**Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

146. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Grunderwerbsteuer - Privilegieren des Ersterwerbs von selbst genutzten Wohnimmobilien  
Drs. 18/7833, 18/8800 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

147. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Erhöhung des Grundfreibetrags  
Drs. 18/7850, 18/8811 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten,  
voraussichtlich in der Plenarsitzung im September 2020**

148. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Nulltoleranz bei Pestizidrückständen in Lebensmitteln  
Drs. 18/7851, 18/8450 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

149. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Deutsche EU- Ratspräsidentschaft 2020: Raus aus der Krise,  
rein in die Zukunft!  
Drs. 18/7852, 18/8773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

150. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Transparenz zum Ursprung von COVID-19: Internationale  
Untersuchungen in China jetzt auf den Weg bringen  
Drs. 18/7854, 18/8780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

151. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Chancengleichheit und psychosoziale Auswirkungen des Lockdowns III:  
Situation von Studierenden an bayerischen Hochschulen  
Drs. 18/7857, 18/8789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

152. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD  
Bargeld erhalten, Kaufkraft nachhaltig sichern  
Drs. 18/7859, 18/8774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

153. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek,  
Doris Rauscher u.a. SPD  
Investitionsprogramm für die Freie Kulturszene  
Drs. 18/7865, 18/8085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

154. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz u.a. SPD  
Kein Platz für China in der Konsultativgruppe des  
UN-Menschenrechtsrats  
Drs. 18/7906, 18/8781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

155. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann,  
Harald Güller u.a. SPD  
Initialzündung für einen neuen Aufschwung in Bayern Kommunales  
Investitionsprogramm in Höhe von drei Milliarden Euro.  
Drs. 18/7907, 18/8813 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

156. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,  
Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Infektionsschutz bei Versammlungen sicherstellen -  
Verschwörungstheorien entgegentreten!  
Drs. 18/7941, 18/8782 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



160. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Versammlungsfreiheit und Hygienemaßnahmen in Zeiten von Corona in Einklang bringen  
Drs. 18/7995, 18/8910 (ENTH)

**Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

161. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Soziale Aspekte der Regelstudienzeitverlängerung mitdenken - Studierende besser unterstützen  
Drs. 18/7996, 18/8418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

162. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)  
Anhörung zum Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes  
Drs. 18/8141, 18/8923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>









175. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sachverständigenanhörung zur Reform des Bayerischen Hochschulgesetzes  
Drs. 18/8860, 18/8880 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

176. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)  
Sachstandsbericht Immobilien Freistaat Bayern (IMBY)  
Drs. 18/7451, 18/8810 (E) [X]

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

177. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wie kommt der Tourismus aus der Krise? Professionelle Beratung unterstützen  
Drs. 18/7464, 18/8831 (erledigt erklärt) [X]

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen:

**Der vorschlägt, den Antrag für erledigt zu erklären**